

Profile

Profile

Forschungsbereiche
Forschungsgruppe
Arbeitsmarktpolitik und
Europäischer Sozialfonds
Regionales Forschungsnetz
Arbeitsgruppen
Kompetenzzentrum
Empirische Methoden
Forschungsdatenzentrum
Emmy-Noether-
Nachwuchsgruppe
Promovieren am IAB
Servicebereiche
Koordination der
Evaluationsforschung
Geschäftsleitung

sitzend:

Dr. Thomas Kruppe

zweite Reihe v.l.n.r.:

Karin Rudloff

Dr. Ursula Jaenichen

Waltraud Kirchner

Dr. Elke Jahn

PD Dr. Gesine Stephan

Sarah Bernhard

nicht im Bild:

Dr. Frank Wießner



Ein zentrales Ziel der Arbeitsförderung ist die Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium umfasst ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen, der finanzielle Aufwand ist beträchtlich. Die eng bemessenen Finanzierungsspielräume zwingen zu einem sorgfältigen Umgang mit den verfügbaren Mitteln. Umfang, inhaltliche Ausgestaltung und Anwendungsbereiche arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen werden dabei durchaus kontrovers diskutiert. Wirkungsforschung kann hier wichtige Beiträge zu einer Optimierung leisten. Vor diesem Hintergrund sieht der Bereich seine zentrale Aufgabe in der Evaluation arbeitsmarktpolitischer Instrumente und Programme.

Der Forschungsbereich befasst sich insbesondere mit den folgenden Fragen: Sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Vermittlung, Qualifizierung und Integration von Arbeitslosen effektiv? Wie gestaltet sich der Zugang in die Förderung mit diesen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten? Welchen Einfluss haben institutionelle Rahmenbedingungen auf Arbeitsmarktstrukturen und -übergänge?

Ansatzpunkt der laufenden Forschungsarbeiten des Bereichs ist die Mikroebene. Untersuchungsgegenstand sind insbesondere Lohnkostenzuschüsse, die Gründungsförderung durch die Arbeitsagentur, Aspekte der Förderung beruflicher Weiterbildung sowie verschiedene Hilfen zur Vermittlung. Dabei trägt der Bereich durch seine Arbeiten auch zur Qualitätssicherung der Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit bei.

Die inhaltliche Ausrichtung des Bereichs erfordert schon per se vorausschauendes Denken für vorausschauendes Handeln. So untersuchte der Bereich etwa innovative Fördereinrichtungen für gründungswillige Arbeitslose; ein Schwerpunkt lag dabei auf der Strukturierung des Maßnahmezuganges durch ein „Kaskadenmodell“. Nachdem dieser Ansatz bereits in den Entwürfen für ein Fünftes SGB III-Änderungsgesetz aufgegriffen worden war, wurde diese Idee auch mit der Einführung des neuen Gründungszuschusses (§ 57 SGB III) weiterverfolgt. Gerade begonnen wurde mit einer Evaluationsstudie zur Selektivität bei der Vergabe von Bildungsgutscheinen. Die Ergebnisse dürften für die politischen Entscheidungsträger von hohem Interesse sein.

Der Bereich verfügt seit Jahren über Expertenwissen zu den Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Er profitiert dabei von der Nähe zu den Geschäftsprozessen der Bundesagentur für Arbeit. Ein Alleinstellungsmerkmal weist der Forschungsbereich bundesweit im Bereich der mikroökonomischen Evaluation von Lohnkostenzuschüssen mit Vergleichsgruppenansätzen auf. Gleichzeitig sind die Forschungsarbeiten des Bereichs dadurch gekennzeichnet, dass je nach Untersuchungsgegenstand unterschiedliche methodische Zugänge gewählt werden.

Der Forschungsbereich hat an zwei Modulen der Evaluation der Hartz-Gesetze I – III mitgewirkt; die Module wurden durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Frühjahr 2004 ausgeschrieben. Die Endberichte wurden Mitte 2006 vorgelegt und enthielten auf Basis umfangreicher qualitativer und quantitativer Forschungsergebnisse Politikempfehlungen. Die Evaluation umfasste Untersuchungen zur Inanspruchnahme der Förderung, ihrer Wahrnehmung und Einschätzung, ihrer direkten und indirekten Wirkungen auf die Arbeitsmarktchancen von Arbeitslosen sowie Abschätzungen der Kosten-Nutzen-Relation des Instrumenteneinsatzes.

Forschungsergebnisse aus verschiedenen Projekten wurden in referierten Zeitschriften veröffentlicht, etwa zur Wirkung von Eingliederungszuschüssen auf die Arbeitsmarktchancen der Geförderten, auf internationalen Konferenzen vorgetragen, z. B. zum Thema „Base Period, Qualifying Period and the Equilibrium Rate of Unemployment“ auf der Tagung der „Applied Econometrics Association“ in Neapel, oder in Bundestagsanhörungen präsentiert, z. B. zur Evaluation von Vermittlungsgutscheinen.



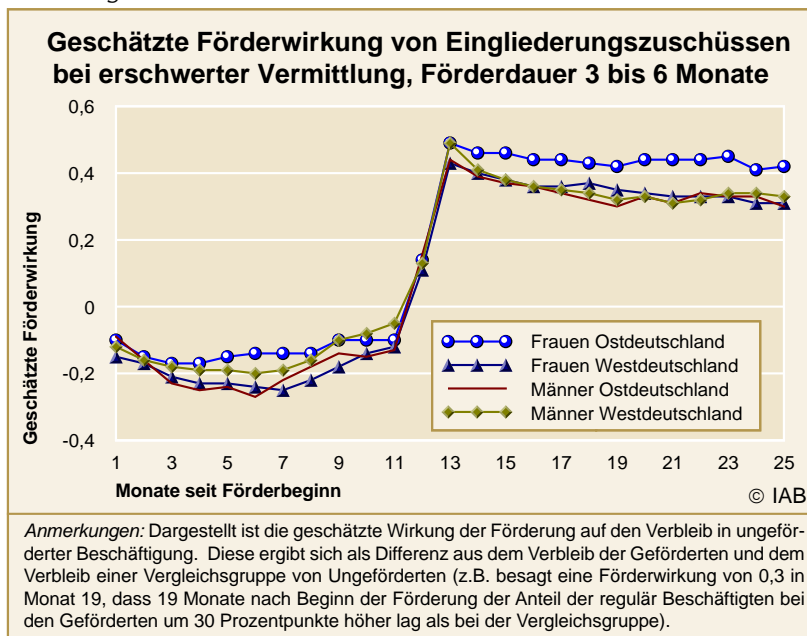
PD Dr. Gesine Stephan

Der im Jahr 2004 gegründete Forschungsbereich ging aus dem früheren Arbeitsbereich „Wissenschaftliche Praxisbegleitung“ des IAB hervor. Aus der Analyse des ostdeutschen Arbeitsmarktes im Transformationsprozess entwickelte sich der derzeitige Schwerpunkt. Der Bereich wird seit April 2004 von PD Dr. Gesine Stephan geleitet.

Eingliederungszuschüsse und Entgeltsicherung

In einem Modul der Hartz-Evaluation führte der Forschungsbereich in Kooperation mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und dem Institut für Arbeit und Technik umfassende Wirkungsanalysen zu Eingliederungszuschüssen durch. Dabei handelt es sich um temporäre Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber. Sie sollen bewirken, dass Unternehmen Arbeitslose einstellen, die ohne Förderung die Eintrittshürden ins Unternehmen nicht genommen hätten.

Abbildung 1



Analysiert wurden zudem zwei speziell auf ältere Arbeitnehmer zugeschnittene Instrumente: Bei der Entgeltsicherung – einer Form des Kombilohns – erhalten ältere Arbeitnehmer einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt, wenn sie eine im Vergleich zum bisherigen Entgelt niedriger entlohnte Tätigkeit aufnehmen. Der Beitragsbonus befreit Arbeitgeber bei Einstellung eines älteren Arbeitslosen vom Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.

Die Förderwirkung von Eingliederungszuschüssen wurde durch den Vergleich mit einer Gruppe nicht geförderter Personen

geschätzt. Dabei setzt sich die Vergleichsgruppe aus Personen mit ähnlichen Merkmalen zusammen wie die Gruppe der Geförderten. Das zentrale Ergebnis der Analysen ist: Eingliederungszuschüsse wirken sich positiv auf die individuellen Beschäftigungschancen der Geförderten aus. Sie unterstützen die dauerhafte Eingliederung von Personen mit Vermittlungshemmnissen (Abbildung 1).

Projektmitarbeiter/innen:

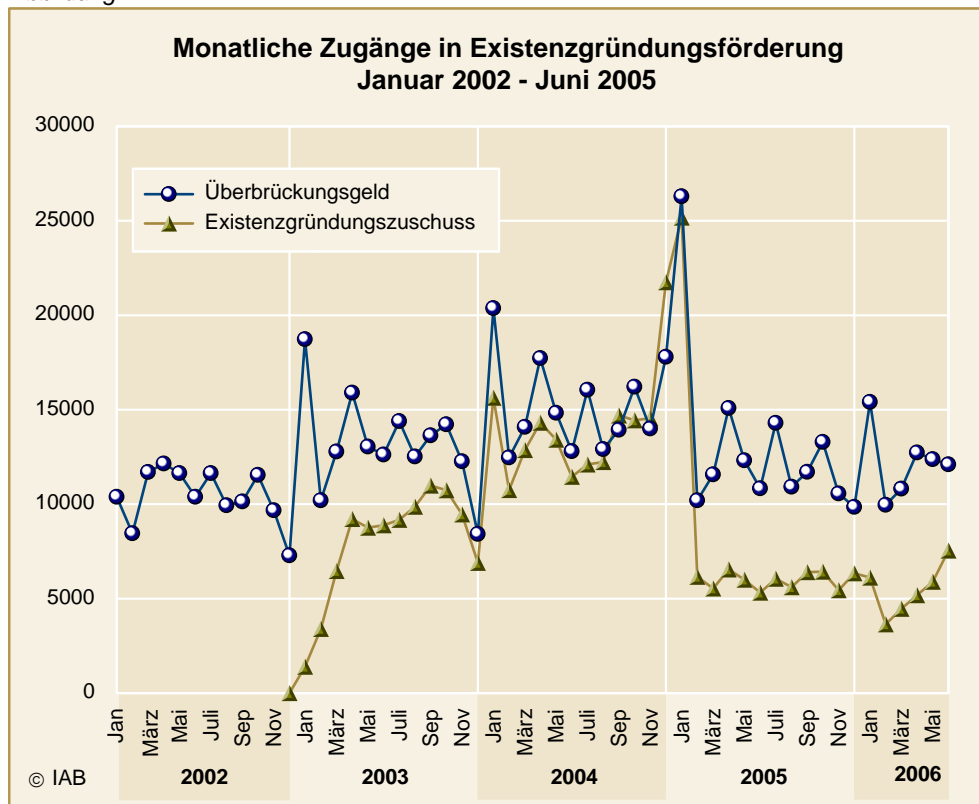
Dr. Ursula Jaenichen, Matthias Schäffer, PD Dr. Gesine Stephan

Existenzgründungen

Eines der zentralen Ziele der Hartz-Reformen war, gründungswilligen Arbeitslosen durch gezielte Unterstützung den Schritt in die berufliche Selbständigkeit zu erleichtern. In einem weiteren Modul der Hartz-Evaluation legte der Forschungsbereich in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, der Gesellschaft für Arbeitsmarktaktivierung sowie infas und sinus differenzierte Ergebnisse zur Wirkung des 2003 neu geschaffenen Existenzgründungszuschusses (Ich-AG) und des schon länger existierenden Überbrückungsgeldes vor. Beide Instrumente, die Mitte des Jahres 2006 zum neuen Gründungszuschuss zusammengelegt wurden, haben seit 2003 zu einem starken Anstieg von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit beigetragen. Etwa die Hälfte aller Gründungen in der Bundesrepublik wird derzeit durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert (Abbildung 2).

Auswertungen der Teilnehmerstrukturen weisen darauf hin, dass es sich bei den geförderten Gründern um eine Positivauswahl der Arbeitslosen handelt. Im Vergleich der Instrumente zeigt sich: Empfänger des Überbrückungsgeldes sind im Durchschnitt besser qualifiziert und waren vor Aufnahme der Förderung weniger lange arbeitslos als Personen, die mit einem Existenzgründungszuschuss gefördert wurden. Frauen nutzen weitaus häufiger den Existenzgrün-

Abbildung 2



dungszuschuss als das Überbrückungsgeld, auch weil Teilzeitselbständigkeit eine immer größere Rolle spielt.

Projektmitarbeiter/innen:
Susanne Noll, Dr. Frank Wießner

Selektivität durch Bildungsgutscheine

Die zentrale Frage dieses neuen Projektes ist, ob sich aufgrund der Einführung von Bildungsgutscheinen die Förderstrukturen der Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (FbW) geändert haben. Bildungsgutscheine werden seit Januar 2003 ausgegeben und enthalten das konkrete Bildungsziel sowie die Laufzeit der Maßnahme. Die Wahl des Weiterbildungsanbieters wird den Arbeitslosen selbst überlassen.

Für die Analysen werden prozessproduzierte Daten der BA zur Ausgabe von Bildungsgutscheinen aus dem Bewerberangebot und zur Maßnahmeteilnahme mit dem IAB-Datensatz „Integrierte Erwerbsbiografien“

verknüpft. Untersucht wird, ob Selektivität in der Vergabe und bei der Einlösung von Bildungsgutscheinen zu beobachten ist. Zum einen wird geprüft, ob und wie sich der Personenkreis der Geförderten verändert hat. Zum anderen wird analysiert, welche Personen Gutscheine gegebenenfalls nicht eingelöst haben. Ergebnisse des Projekts werden 2007 vorgelegt. Sie sollen aktuelle mikroökonomische Evaluationen der Förderung beruflicher Weiterbildung ergänzen und letztlich in die Formulierung politikrelevanter Handlungsempfehlungen münden.

Projektmitarbeiter/innen:
Dr. Thomas Kruppe, Karin Rudloff

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

Forschungsgruppe Arbeitsmarktpolitik und Europäischer Sozialfonds

erste Reihe v.l.n.r.:

Eva Schweigard
Dirk Oberschachtsiek

zweite Reihe v.l.n.r.:

Dr. Axel Deeke
Astrid Lisette Engelhardt
Patrycja Scioch
Gunnar Schwab
Dr. Thomas Kruppe
Claudia Schiener



Die aktive Arbeitsmarktpolitik des Bundes und der Länder wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ergänzt. Mit gesonderten ESF-Programmen können Personen gefördert werden, die aus leistungsrechtlichen Gründen von der gesetzlichen Arbeitsförderung ausgeschlossen sind. Solche Programme unterstützen außerdem Maßnahmen, die in der gesetzlichen Regelförderung nicht vorgesehen sind. Die Forschungsgruppe beschäftigt sich daher vor allem mit folgenden Fragen: Welche Wirkungen entfalten diese arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramme? Wird damit der vom ESF angestrebte Zusatznutzen erreicht („europäischer Mehrwert“)? Welche Lehren werden daraus für die nationale Arbeitsmarktpolitik gezogen?

Die Forschungsgruppe war bis zum Frühjahr 2006 noch Projektgruppe im Forschungsbereich „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“. Sie bearbeitet diese Fragen am Beispiel des so genannten ESF-BA-Programms, das an Lücken des Sozialgesetzbuches III ansetzt. Die Begleitforschung untersucht in verschiedenen Projekten: die Umsetzung und die Wirkungen der ergänzenden Förderung in den Bereichen der beruflichen Weiterbildung und der Existenzgründung von Arbeitslosen, die Vermittlung von berufsbezogenen Deutschkenntnissen an Arbeitslose mit Migrationshintergrund sowie die ESF-Unterstützung von Qualifizierungsmaßnahmen bei Transferkurzarbeit. Diese Projekte sind vergleichend angelegt. Gefragt wird also nach der Effizienz und Effektivität der ESF-Förderung im Vergleich zur gesetzlichen Regelförderung.

Primäre Aufgabe der Forschungsgruppe ist somit, wissenschaftlich begründete Schlussfolgerungen zur künftigen Rolle des ESF zu erarbeiten und die Weiterentwicklung der gesetzlichen Arbeitsförderung zu unterstützen. Mit ihrem Konzept der prozess- und kontextorientierten Wirkungsanalyse trägt sie auch bei zur Analyse institutioneller Strukturen von Arbeitsmarktpolitik und zur sozialwissenschaftlichen Anreicherung mikroanalytischer Wirkungsforschung.

ESF-Förderung beruflicher Weiterbildung

Mit Hilfe des ESF-Unterhaltsgeldes können Arbeitslose an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung teilnehmen, die keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Leistung zum Lebensunterhalt haben. Für die Evaluation dieses Förderprogramms wurden in diesem Projekt zusammen mit dem Servicebereich ITM die einschlägigen administrativen Daten der BA für die Forschung aufbereitet. Zusätzlich wurde eine bundesweite postalische Befragung von ESF-geförderten Personen, Teilnehmern ohne ESF-Unterstützung und arbeitslosen Nichtteilnehmern durchgeführt.

Hauptergebnis der Wirkungsanalyse ist, dass die Weiterbildung für ESF-Geförderte im Vergleich zu den Nichtteilnehmern den gleichen Beschäftigungseffekt aufweist wie für die ausschließlich nach dem SGB III geförderten Personen. So gesehen hat sich die ESF-Förderung für diejenigen gelohnt, die ohne das ESF-Unterhaltsgeld nicht teilgenommen hätten. Im Laufe des Projekts wird diesen Aspekten unter Berücksichtigung der Maßnahmheterogenität und der personellen Heterogenität weiter nachgegangen. Dabei werden auch die Ergebnisse einer bereits durchgeführten telefonischen Wiederholungsbefragung einbezogen.

Projektmitarbeiter:

Dr. Axel Deeke, Dr. Thomas Kruppe

Ergänzende Hilfen bei Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit

Zusätzlich zum Überbrückungsgeld des SGB III bot bis 2003 das ESF-BA-Programm die Möglichkeit zu einem vorbereitenden Existenzgründungsseminar und bis heute zu einem begleitenden Coaching. In welcher Weise war dieses Seminar bei der Gründungsentscheidung behilflich? Erhöht ein Coaching die Überlebensdauer der Gründung? Zur Beantwortung dieser Fra-



Dr. Axel Deeke

gen wurden zunächst die BA-Prozessdaten zu allen Gründungen mit Überbrückungsgeld, sowie zu allen Gründungshilfen der Freien Förderung und des ESF-BA-Programms in den Jahren 2000 bis 2002 herangezogen. Mit Hilfe eines mikroökonomischen Entscheidungsmodells wurden danach die Teilnahmewahrscheinlichkeit an den ergänzenden ESF-Hilfen sowie der Teilnahmeeffekt ermittelt. Dabei dient die Arbeitslosigkeit als negativer Indikator für den Teilnahmeeffekt. Die Untersuchung zum Existenzgründungsseminar zeigt einen schwach negativen Effekt auf die Gründungswahrscheinlichkeit. Für das Coaching ergibt die mikroökonomische Wirkungsanalyse einen tendenziell positiven Effekt auf die Überlebenswahrscheinlichkeit. Derzeit werden diese Befunde mit einer Ausweitung des Beobachtungszeitraums überprüft und um eine eigene empirische Erhebung zur Heterogenität von Coaching-Maßnahmen ergänzt.

Projektmitarbeiter:

Dirk Oberschachtsiek

Internationale Vergleiche und Europäische Integration

erste Reihe v.l.n.r.:

Timo Baas

PD Dr. Herbert Brücker

Cornelia Sproß

Dr. Carola Grün

Dr. Sabine Fromm

zweite Reihe v.l.n.r.:

Kristina Lang

Knut Emmerich

Regina Konle-Seidl

Thomas Rhein

Werner Winkler

nicht im Bild:

Elmar Hönekopp

Daniela Steinberger



Die steigende Mobilität von Arbeit und Kapital, die Ausweitung des internationalen Handels und die zunehmende europäische Integration beeinflussen die Arbeitsmärkte in Deutschland und Europa. Als Ergebnis dieser Internationalisierungsprozesse und als Antwort auf nationale Beschäftigungskrisen haben die meisten OECD-Länder umfassende Reformen des Arbeitsmarktes und Sozialstaates eingeleitet. Der Forschungsbereich untersucht die Folgen der Internationalisierung für die Arbeitsmärkte und analysiert die Reformen des Arbeitsmarktes im internationalen Vergleich.

Im Mittelpunkt der Forschung stehen folgende Leitfragen: Welche Konsequenzen resultieren aus Erweiterung und Vertiefung der EU für die Arbeitsmärkte in Deutschland und Europa? Welche Gründe gibt es für die zunehmende internationale Migration und welche Konsequenzen hat dies für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme? Wie wirken sich Handel, die steigende Mobilität von Kapital und neue Formen der internationalen Arbeitsteilung auf die inländische Beschäftigung aus? Welche Strategien zur Integration von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt werden in anderen Ländern angewandt und wie sind diese unter den jeweiligen Rahmenbedingungen zu bewerten?

Eine Daueraufgabe des Forschungsbereichs ist die vergleichende Analyse von Arbeitsmarktinstitutionen und -reformen. Hierzu gehört die langfristig angelegte Forschung zur Arbeitsmarktintegration erwerbsfähiger Hilfeempfänger. Dabei werden verschiedene Aktivierungsstrategien verglichen und ihre Wirkungen unter anderem mit dem Instrument der Meta-Analyse systematisch untersucht. Dafür hat der Bereich eine umfassende Informationsbasis über relevante Arbeitsmarktinstitutionen, beschäftigungspolitische Programme und nationale Wirkungsanalysen in zahlreichen europäischen Ländern geschaffen. In einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit der BA wurde eine Datenbank über Reformen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsverwaltungen in Europa (PES-Monitor) erstellt.

Zugleich untersucht der Bereich kontinuierlich die Ursachen der internationalen Migration und ihre Arbeitsmarktwirkungen für Deutschland und andere europäische Länder. Hierfür hat der Bereich gemeinsam mit internationalen Partnern eine Datenbasis zur Migration, zur Qualifikationsstruktur der Migranten und zu weiteren, für internationale Analysen wichtigen Variablen, etwa zur Einkommensverteilung in rund 150 Ländern, aufgebaut.

Veränderungen in der Migrationspolitik werden Sozialstruktur und Wirtschaft der Ein- und Auswanderungsländer in Zukunft stark beeinflussen. Der Forschungsbereich untersucht deshalb schon heute die Konsequenzen des weltweit zu beobachtenden Strategiewechsels in der Zuwanderungspolitik, die sich zunehmend an Kriterien wie Bildung und beruflicher Qualifikation orientiert. Auf Grundlage jüngerer theoretischer Ansätze und neuer Datensätze wird analysiert, ob dieser Strategiewechsel der Aufnahmeländer zusätzliche Humankapitalinvestitionen in den Herkunftsländern auslöst. Daraus können sich wichtige Erkenntnisse für die künftige Gestaltung einer gemeinsamen Migrationspolitik der EU und ihrer Nachbarstaaten ergeben.

Der internationale Vergleich bietet die Chance, Probleme des Arbeitsmarktes und Wirkungen von Arbeitsmarktreformen in anderen Ländern zu analysieren, die in Deutschland noch nicht sichtbar geworden sind. So untersucht der Bereich die Nachhaltigkeit der Arbeitsmarktintegration von Erwerbslosen über den Niedriglohnssektor in Ländern wie Großbritannien, wo bereits länger als in Deutschland solche Aktivierungsstrategien verfolgt werden. Der Bereich ist deshalb für die BA, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, aber auch internationale Institutionen wie die OECD, die EU-Kommission und die ILO ein wichtiger Ansprechpartner.



PD Dr. Herbert Brücker

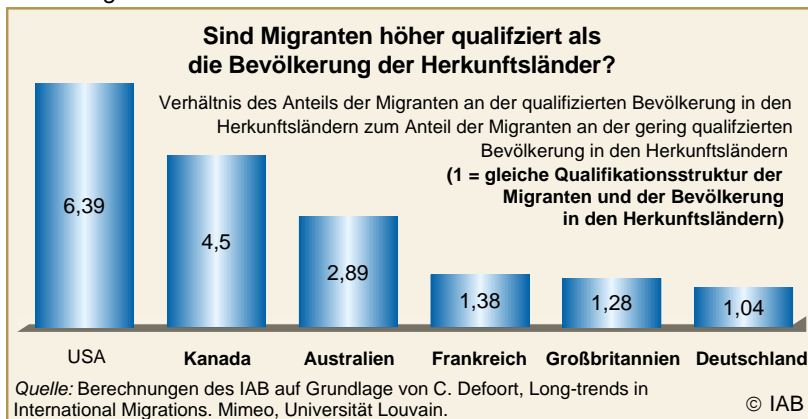
Mit seinen Arbeiten zu den Arbeitsmarktwirkungen der EU-Osterweiterung, zur Schätzung von Migrationspotenzialen und den „New Economics of the Brain Drain“ hat der Forschungsbereich einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Migrationsforschung geleistet. Der Forschungsbereich kooperiert international mit Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen und ist Teil eines Marie-Curie-Exzellenznetzwerkes zur Migrationsforschung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs publizieren regelmäßig in internationalen Fachzeitschriften und stellen ihre Forschungsergebnisse auf wissenschaftlichen Tagungen vor. Auch in den Medien und in politiknahen Veranstaltungen sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieses Forschungsbereichs häufig präsent.

Um der stark zunehmenden Bedeutung der Internationalisierung für die Arbeitsmarktforschung Rechnung zu tragen, wurde der Forschungsbereich im Jahr 2003 gegründet. Er wird seit Dezember 2005 von PD Dr. Herbert Brücker geleitet.

The Impact of Migration on Human Capital Investment

Auch in Europa wird zunehmend die Steuerung der Zuwanderung nach Humankapitalkriterien diskutiert. Dies löst in den Herkunftsländern Ängste vor einem „Brain Drain“ aus. Tatsächlich sind Emigranten meist höher qualifiziert als der Bevölkerungsdurchschnitt ihrer Heimatländer. Dies gilt insbesondere für die Migration in Länder, die wie die USA, Kanada und Australien schon seit langem eine gezielte Einwanderungspolitik nach solchen Kriterien betreiben (Abbildung 1). Gemeinsam mit Wissenschaftlern der Universitäten Lille und Louvain untersucht das IAB deshalb die Frage, ob durch Migration das Humankapital in den Herkunftsländern zu- oder abnimmt. Denn die Chance zur Migration könnte ja auch zusätzliche Investitionen der Individuen in ihr Humankapital auslösen.

Abbildung 1



Für die empirische Untersuchung dieser Frage wurde ein neuer Paneldatensatz mit Makro-Variablen erstellt, der auch die Qualifikationsstruktur der Migrationsbevölkerung aus rund 150 Herkunftsländern in den sechs wichtigsten Zuwanderungsländern der EU von 1975 bis 2000 umfasst.

Die vorläufigen Schätzergebnisse bestätigen die Hypothese, dass mit zunehmender Migration die Humankapitalinvestitionen der Bevölkerung in den Herkunftsländern steigen. Ferner zeigt sich, dass Individuen

umso stärker in ihre eigene Bildung bereits in ihren Heimatländern investieren, je größer die Einkommensspreizung zwischen gering und hoch Qualifizierten in den Zielländern ist. Dasselbe gilt, wenn die Zielländer ihre Zuwanderung sehr stark nach Bildungskriterien steuern.

Projektmitarbeiter/innen:

Aus dem IAB: PD Dr. Herbert Brücker, Dr. Carola Grün

Extern: Frédéric Doquier (Universität Louvain), Cécily Defoort (Universität Lille II)

Aktivierung erwerbsfähiger Hilfeempfänger im internationalen Vergleich

Seit Mitte der 1990er Jahre werden in vielen Ländern Reformen zur „Aktivierung“ erwerbsfähiger Hilfeempfänger durchgeführt, die in ihrer Intention mit der Einführung des SGB II vergleichbar sind. Ziel des Forschungsprojektes ist es, durch eine komparative Analyse unterschiedlicher Aktivierungsstrategien in Dänemark, den Niederlanden, Schweden, Großbritannien und den USA Schlussfolgerungen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration erwerbsfähiger Hilfeempfänger in Deutschland zu ziehen.

In diesem Projekt wird der Einfluss des gesetzlichen und institutionellen Rahmens, der leistungsrechtlichen Ausgestaltung sowie der Implementations- und Governancestrukturen auf den Erfolg von Aktivierungsstrategien untersucht.

Die Sekundärauswertung nationaler Evaluationsstudien aus Skandinavien und den Niederlanden deutet darauf hin, dass Teilnehmer an kommunalen Aktivierungsprogrammen in diesen Ländern nicht häufiger aus dem Leistungsbezug ausscheiden bzw. in den ersten Arbeitsmarkt einmünden als Nichtteilnehmer. Demgegenüber kann für Großbritannien und die USA gezeigt werden, dass die Abgangsraten bzw. Übergangswahrscheinlichkeiten durch die Kom-

bination von verpflichtenden Programmen mit „In-Work Benefits“ steigen. Allerdings liegen für die skandinavischen Länder und die Niederlande – trotz einer hohen Zahl von Evaluierungen – nur wenige methodisch gesicherte Ergebnisse vor.

Die Ergebnisse des Projektes zeigen auch, dass wegen der engen Definition der Erwerbsunfähigkeit in Deutschland mehr erwerbslose Hilfeempfänger in die Aktivierung einbezogen werden als in den Vergleichsländern. Zudem bestehen hierzulande weniger Möglichkeiten, in passive Leistungssysteme etwa für Erwerbsunfähige und Langzeitkranke oder in Frühverrentung auszuweichen.

Projektmitarbeiterinnen:
Dr. Sabine Fromm, Regina Konle-Seidl,
Kristina Lang, Cornelia Sproß

Auswirkung der EU-Erweiterung auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

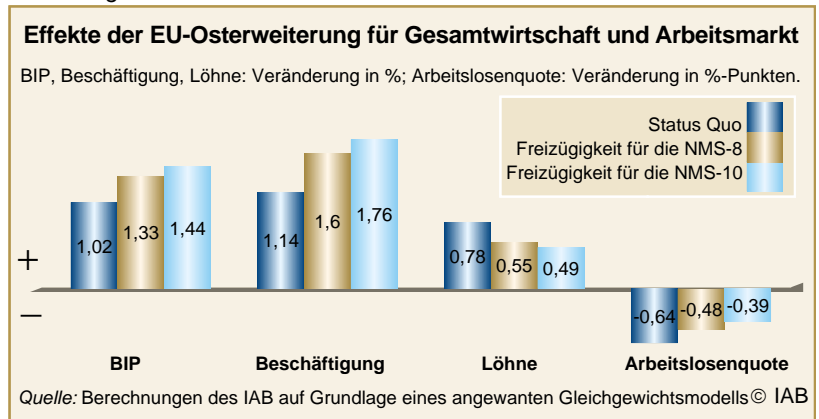
Mit der Osterweiterung sind die Hürden für Handel und Kapitalverkehr zwischen der EU und den neuen Mitgliedsstaaten weiter gesenkt worden. Spätestens im Jahr 2011 muss die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch in Deutschland eingeführt werden. In diesem Forschungsprojekt untersucht das IAB gemeinsam mit der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen (Münster), Cambridge Econometrics und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung die Effekte der Erweiterung für Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft in ausgewählten Mitgliedsstaaten der EU.

Für diesen Zweck ist vom IAB ein Gleichgewichtsmodell entwickelt worden. Das Modell berücksichtigt Lohnrigiditäten in Form einer „Lohnkurve“. Es bildet die internationalen Verflechtungen Deutschlands mit den neuen Mitgliedsstaaten und anderen Regionen der Welt durch eine aktuelle Input-Matrix von Eurostat ab. Damit können

die Effekte der Erweiterung für Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft in verschiedenen Politikszenerarien simuliert werden.

Werden die Übergangsregelungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit beibehalten, so steigen durch die Osterweiterung das BIP in Deutschland um 1 Prozent, die Beschäf-

Abbildung 2



tigung um 1,1 Prozent und die Löhne um 0,8 Prozent, während die Arbeitslosenquote um 0,6 Prozentpunkte sinkt. Bei Einführung der Freizügigkeit für die acht neuen Mitgliedsstaaten fallen der Anstieg des BIP und der Beschäftigung um rund ein Drittel höher aus, während das Lohnwachstum um 0,2 Prozent und der Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte schwächer ausfallen. Durch Einführung der Freizügigkeit für Bulgarien und Rumänien würden BIP und Beschäftigung weiter steigen, Lohnwachstum und Rückgang der Arbeitslosigkeit aber leicht gedämpft werden (Abbildung 2).

Projektmitarbeiter:
Aus dem IAB: Timo Baas, PD Dr. Herbert Brücker, Elmar Hönekopp
Extern: Ben Gardiner (Cambridge Econometrics), Peter Huber (WIFO Wien), Gerhardt Untiedt (GEFRA Münster)

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

Wachstum, Demographie und Arbeitsmarkt

erste Reihe v.l.n.r.:

Angela Thein
Dr. Johann Fuchs
Brigitte Weber
Dr. Ulrich Walwei
Katrin Dörfler

zweite Reihe v.l.n.r.:

Jürgen Wiemers
Alexander Reinberg
Markus Hummel
Michael Feil
Peter Schnur
Dr. Gerd Zika

nicht im Bild:

Doris Söhnlein



Die Erfahrungen mit krisenhaften Entwicklungen von Wirtschaft und Beschäftigung sowie die sich abzeichnenden Konsequenzen der demographischen Entwicklung unterstreichen die Bedeutung der langfristigen Trends am Arbeitsmarkt. Daraus ergibt sich zum einen ein Bedarf an zukunftsorientierten Analysen, die sich mit den „Leitplanken“ für strategische und gesellschaftliche Planungs- und Reformprozesse auseinandersetzen. Zum anderen geht es um eine wissenschaftlich fundierte Untersuchung politischer Maßnahmen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, die zur Lösung bereits bestehender oder erwartbarer Arbeitsmarktprobleme in Frage kommen.

Das Erkenntnisinteresse des Bereichs lässt sich daher mit folgenden Forschungsfragen umreißen: Wie entwickeln sich Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage in der längeren Frist? Dabei ist zu klären, welche Faktoren hinter den Entwicklungen stehen und welche Chancen und Risiken sich etwa aus dem nicht mehr umkehrbaren demographischen Wandel ergeben. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Untersuchung der sich verändernden Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung und ihrer Konsequenzen für die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt.

Im zweiten Schwerpunkt der Analysen wird danach gefragt, welche Maßnahmen die Arbeitsmarktentwicklung wie stark und in welche Richtung beeinflussen können. Den Makroeffekten der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und daran ansetzender Reformen gilt momentan besonderes Augenmerk.

Wesensmerkmal der Analysen ist, dass sie empirisch angelegt sind und zu quantifizierten Aussagen führen. Basis hierfür sind modellgestützte Rechnungen: Mit seinem umfassenden und einzigartigen Projektionssystem ist der Bereich bei Fragen zur Zukunft des Arbeitsmarktes permanent auskunftsfähig. Mit der Bildungsgesamtrechnung verfügt er über ein ausgefeiltes Rechenwerk, das langfristige Qualifikationstrends genau abbildet. Die Bestimmung des Erwerbspersonenpotenzials basiert auf regelmäßig aktualisierten Regressionsschätzungen der Arbeitsmarktpartizipation. Dies erlaubt eine systematische Erfassung der verdeckten Arbeitslosigkeit (Stille Reserve). Die beschäftigungspolitischen Analysen stützen sich auf zwei erprobte, interdependente Makromodelle mit jeweils einem detaillierten Arbeitsmarktmodul. Zudem wird gerade ein Mikrosimulationsmodell zur genauen Untersuchung sozialstaatlicher Reformen entwickelt.

Von der Arbeit des Bereichs profitieren Praxis und Wissenschaft. Nutzen für arbeitsmarktpolitische Entscheidungsträger wird vor allem durch anwendungsorientierte Publikationen gestiftet. Jüngste Beispiele betreffen die Abschätzung der Konsequenzen der Rente mit 67 auf das längerfristige Arbeitskräfteangebot, die Auswirkungen wachsender Ölpreise auf den Beschäftigungstrend und die Darstellung der Qualifikationsstruktur älterer Erwerbspersonen.

Auch im politiknahen Raum werden die Bereichsergebnisse stark nachgefragt. So finden sie Eingang in die Bildungsplanung der Bund-Länder-Kommission, die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Ausbau des Bildungs- und Hochschulsystems, die Vorschläge der Rürup-Kommission zur Reform der sozialen Sicherungssysteme. Sie sind Gegenstand parlamentarischer Anhörungen im Bund und in den Ländern oder dienen der strategischen Positionierung der Bundesagentur für Arbeit.

Die laufende Weiterentwicklung und Aktualisierung der Rechenwerke sowie der Projektions- und Simulationsmodelle ist ein wichtiger Beitrag zur Grundlagenforschung. Die Arbeiten entstehen in Kooperation mit renommierten Partnern wie dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung oder der Universität Osnabrück. Dies festigt auch die eigene Kompetenz und Unabhängigkeit.

In selbst veranstalteten oder in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung in Halle an der Saale durchgeführten Workshops wurde festgestellt, wie unverzichtbar diese wissenschaftlichen Werkzeuge für eine seriöse Beratung sind. Gerade am Beispiel der Beschäftigungseffekte einer Senkung der Sozialabgaben konnte gezeigt werden, dass wissenschaftliche Aussagen durch verschiedene Modelle besser abgesichert werden können.



Dr. Ulrich Walwei

Nicht zu unterschätzen ist schließlich auch, dass zukunftsorientierte Analysen dazu beitragen, neue Forschungsfelder und Forschungsfragen zu identifizieren. Daraus ergeben sich vielfältige Kooperationsbeziehungen auch innerhalb des Instituts, z.B. mit Blick auf die Arbeitsmarktentwicklung besonderer Personengruppen (Forschungsbereich „SGB II Soziale Sicherung und Arbeitsmarktpartizipation“), auf Kohortenanalysen zum langfristigen Bildungsgeschehen (Forschungsbereich „Bildung und Beschäftigung, Lebensverläufe“) oder auch auf die Integration der Arbeitszeitdimension in Langfristszenarien (Forschungsbereich „Konjunktur, Arbeitszeit und Arbeitsmarkt“).

Der Forschungsbereich besteht in seinem jetzigen Zuschnitt seit Anfang 2004. Seine Wurzeln – insbesondere hinsichtlich der langfristigen Projektion – reichen bis in die Gründerjahre des IAB zurück. Seit 1997 wird der Bereich von Dr. Ulrich Walwei geleitet, der seit 2003 auch Vizedirektor des IAB ist.

Rente mit 67

Eines der am meisten diskutierten politischen Themen des Jahres 2006 war die „Rente mit 67“. Medien, Parteien und Verbände haben dazu auch die Expertise des IAB eingeholt, dessen Forschungsbereich 3 mit dem Projekt zur „Quantifizierung künftiger Personalreserven“ eine empirisch fundierte Untersuchung vorgelegt hat. Geschätzt wurde, wie viele zusätzliche Arbeitskräfte im Falle der Neuregelung des Rentenbezugs der Wirtschaft zur Verfügung stehen könnten.

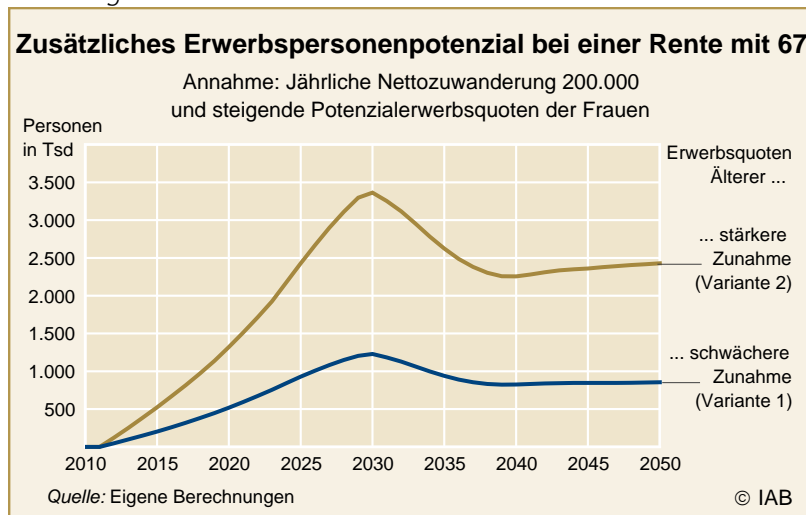
Basis der Forschungsarbeit bildeten die IAB-Projektionen zum Erwerbspersonenpotenzial und zur Erwerbsbevölkerung. Sie wurden ergänzt um eine Analyse der Übergänge von der Beschäftigung in den Ruhestand. Dabei wurden eine obere und eine untere Variante gebildet, um alle plausiblen Reaktionsweisen der Versicherten einzufangen. Die untere Variante (Variante 1 in *Abbildung 1*) simuliert lediglich eine

Es zeigt sich, dass durch eine Rente mit 67 der für die mittlere Frist von 10 bis 15 Jahren erwartete Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials über einen längeren Zeitraum erheblich abgeschwächt würde. Langfristig, z.B. im Jahr 2050, könnten durch die rentenrechtliche Neuregelung zwischen einer und 2,5 Mio. Arbeitskräfte als Personalreserven erschlossen werden.

Nichtsdestoweniger schafft die Rente mit 67 auch beschäftigungspolitische Herausforderungen. Wenn im Jahr 2029 die stufenweise Einführung abgeschlossen ist, werden für bis zu 3,3 Mio. Menschen zusätzliche Arbeitsplätze benötigt – und zwar möglichst sozialversicherungspflichtige, weil nur so neue Rentenansprüche entstehen. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, durch rechtzeitiges Handeln die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer zu verbessern.

Projektmitarbeiter:
Dr. Johann Fuchs

Abbildung 1

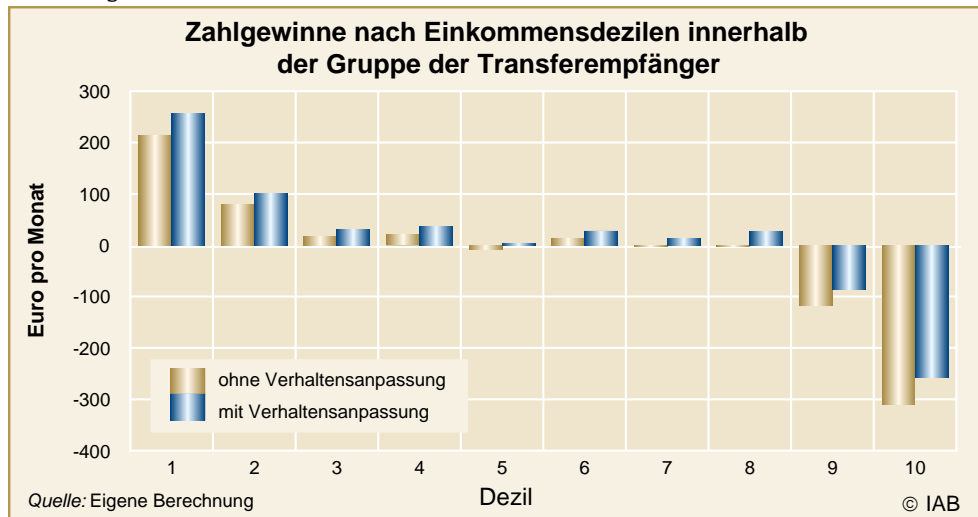


Verschiebung des Rentenzugangs um zwei Altersjahre, ohne dass sich an der derzeitigen Praxis etwas ändert. Dagegen bildet die obere Variante (Variante 2 in der *Abbildung 1*) eine Situation ab, in der praktisch keine Frühverrentung mehr stattfindet.

Verteilungseffekte des Arbeitslosengeldes II

Die Einführung der neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II) hat die verfügbaren Einkommen der vormaligen Bezieher von Arbeitslosen- und Sozialhilfe verändert. Mit diesem Projekt, das Teil der Wirkungsforschung nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch ist, sollten die Auswirkungen auf die personelle Einkommensverteilung untersucht werden. Die ex ante-Analyse stützt sich auf ein Mikrosimulationsmodell, das auf langjährigen Vorarbeiten am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) fußt und im IAB in Kooperation mit diesem weiterentwickelt wurde. Mit Hilfe dieses Modells können die Nettoeinkommen vor und nach Einführung des ALG II berechnet werden.

Abbildung 2



Wie in der Armut- und Ungleichheitsforschung üblich, wurden für die untersuchte Population die Haushaltseinkommen je Erwachsenenäquivalent berechnet. Dazu wird das gesamte Einkommen eines Haushaltes auf seine Mitglieder verteilt, um die gemeinsame Nutzung von Gütern zu berücksichtigen. Die Daten lieferte die Stichprobe des Sozioökonomischen Panels (SOEP).

Zunächst wurden die statischen Verteilungseffekte (ohne Verhaltensreaktionen) untersucht. Bezogen auf die gesamte Einkommensverteilung sind dabei praktisch keine Auswirkungen der ALG II-Einführung auf die gebräuchlichen Ungleichheitsmaße wie den Gini-Koeffizienten zu finden. Innerhalb der Gruppe der Transferempfänger ist aber ein leichter Rückgang der Ungleichheit feststellbar. Die Armutsanalyse zeigt ebenfalls nur marginale Veränderungen. Für sich genommen hat die Hartz IV-Reform die Armutsquote leicht gesenkt. Ursächlich hierfür dürfte in erster Linie die großzügigere Einkommens- und Vermögensanrechnung sein.

Dadurch sind auch die durchschnittlichen Zahlungen an die ersten sechs Dezile der Einkommensverteilung *innerhalb der Gruppe der Transferempfänger* leicht gestiegen (Abbildung 2).

Die Zahlgewinnanalysen zeigen weiter, dass *innerhalb der gesamten Bevölkerung* das erste Dezil durch die Reform gewinnt. Die Verluste konzentrieren sich im 3. bis 5. Dezil.

Schließlich wurde auch untersucht, wie sich die Verteilung verändert, wenn Veränderungen des Verhaltens der Arbeitsanbieter berücksichtigt werden. Tendenziell führt das ALG II zu einer höheren Erwerbsbeteiligung, was wiederum zur Folge hat, dass es in allen Bereichen der Einkommensverteilung zu höheren Zuwächsen bzw. geringeren Verlusten kommt als ohne Verhaltensanpassung. Qualitativ ergeben sich jedoch bei einer Berücksichtigung des Angebotsverhaltens die gleichen Verteilungswirkungen wie für den Fall ohne Verhaltensanpassung (Abbildung 2).

Projektmitarbeiter:
Michael Feil, Jürgen Wiemers

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

erste Reihe v.l.n.r.:
Dr. Eugen Spitznagel

zweite Reihe v.l.n.r.:
Margit Lott
Susanne Wanger
(mit Lilli)
Thomas Rothe
Renate Müller
Martina Rebien
Hans-Uwe Bach
Dr. Sabine Klinger
Anja Kettner

nicht im Bild:
Kathi Zickert
Christian Gaggermeier



Für Steuerungs- und Planungszwecke der Politik im Allgemeinen und der BA im Besonderen sind wissenschaftlich fundierte Kenntnisse und Projektionen für den Arbeitsmarkt unabdingbar. Damit können aktuelle Fehlentwicklungen aufgedeckt und kurzfristige Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen eingeschätzt werden. Das Arbeitsmarktgeschehen betrifft aber stets auch Individuen und Betriebe, die diese Informationen ebenfalls zur Orientierung nutzen können. Die Analysen und Prognosen der kurzfristigen Arbeitsmarktentwicklung des Forschungsbereichs 4 ergänzen sich mit der langfristigen Perspektive des Forschungsbereichs Wachstum, Demographie und Arbeitsmarkt durch komplementäre Daten und Methoden.

Regelmäßige Projektionen der Arbeitsmarktbilanz für das laufende bzw. kommende Jahr bilden die Kernaufgabe des Bereichs. Eine weitere Aufgabe ist die kurzfristige Arbeitsmarktanalyse, die teils eng mit der Projektion verknüpft, teils eigenständig ist.

Wie lange arbeiten Arbeitnehmer oder Selbstständige im Jahr? Wie viele Arbeitsstunden fließen in die Produktion? Welche Auswirkungen hat die Arbeitsmarktpolitik im Wirtschaftskreislauf, und wie viel Geld kosten diese Maßnahmen? Welche Dynamik steckt eigentlich im Arbeitsmarkt, die man über den bloßen Vergleich von Bestandsgrößen nicht erkennt? Wie groß ist das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot? Auf welchen Wegen und wie schnell besetzen Unternehmen freie Stellen, gibt es einen Arbeitskräftemangel?

Informationen zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot und über den Verlauf von Stellenbesetzungen liefert eine repräsentative Betriebsbefragung. Sie wird auch genutzt, um aktuelle Fragen möglichst rasch zu beantworten, etwa zur betrieblichen Einschätzung der Hartz IV-Reform. Die EU orientiert sich an diesem Konzept beim Aufbau einer europaweit harmonisierten, quartalsierten Stellenerhebung. Als Mitglied einer Task Force der Europäischen Kommission begleitet der Bereich dieses Vorhaben wissenschaftlich.

Auch zur Flexibilisierung der Arbeitszeit hat der Bereich schon früh geforscht: Die umfassende Arbeitszeitrechnung, deren Ergebnisse vom Statistischen Bundesamt in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung übernommen werden, enthält u. a. Informationen über Arbeitszeitkonten und bezahlte Überstunden. Auf Basis der Arbeitszeitrechnung kann z. B. gezeigt werden, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen zwar deutlich zugenommen hat. Wegen der starken Zunahme der Teilzeitbeschäftigung wuchs das von ihnen erbrachte Arbeitsvolumen aber nur unterdurchschnittlich.

Der Forschungsbereich wird regelmäßig zur aktuellen Lage und weiteren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu Rate gezogen, beispielsweise in Vorbereitung und in Reaktion auf die monatliche Pressekonferenz der BA. Mit seiner Expertise zur Projektion des Arbeitsmarktes ist der Bereich im interministeriellen Arbeitskreis „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ des Bundes vertreten. Zu aktuellen Gesetzentwürfen der Wirtschaftspolitik, wie dem Gesetz zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung, beraten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch Stellungnahmen oder in Bundestagsanhörungen. Die Kurzberichte zur Arbeitsmarktprojektion stoßen auf ein breites Medienecho und dienen der BA, aber auch der wissenschaftlichen Community, als Arbeitsgrundlage. Einzigartig ist dabei die tiefe Differenzierung – nach Rechtskreisen des SGB II bzw. III, nach erstem und zweitem Arbeitsmarkt, nach Ost und West, nach Erwerbsformen –, was den Informationsbedürfnissen der Bundesagentur für Arbeit und anderer Institutionen entgegenkommt. Zudem fließen diese Prognoseergebnisse in die Arbeit des Regionalen Forschungsnetzes ein und sind Basis der Regionalprognosen.



Dr. Eugen Spitznagel

Weitere regelmäßige Aufgaben sind die konzeptionelle Weiterentwicklung, Pflege und Auswertung der Arbeitszeitrechnung, der Arbeitskräftegesamtrechnung sowie der Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot. Mit Hilfe dieser Instrumente generiert der Bereich Daten, die im IAB genutzt und zum Teil auch der nationalen und internationalen Statistik zur Verfügung gestellt werden. Mit der umfassenden Zusammenstellung und Erklärung der Dynamik von Erwerbsstrukturen betreibt der Bereich eine herausragende Forschung, deren Ergebnisse auch in referierten Zeitschriften veröffentlicht wurden.

Der Bereich verbessert – auch in Kooperation mit anderen Instituten – permanent seine Methoden und seine Datenbasis. So forschen die Wissenschaftler gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Empirische Methoden an innovativen Imputationsverfahren für Antwortausfälle in der Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots. Zudem befassen sie sich mit neueren Fragen der Verschränkung von Arbeitszeit- und Bildungspolitik. Dr. Eugen Spitznagel leitet den Bereich seit 1998.

Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot

Sowohl in Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs als auch in ökonomisch schwierigen Zeiten ist die Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Um diesen Prozess arbeitsmarktpolitisch unterstützen zu können, müssen beide Marktseiten beobachtet und ihr Zusammenspiel analysiert werden. Die ungedeckte Nachfrage bzw. die offenen Stellen können aber nicht so umfassend und strukturiert abgebildet werden wie die Zahl der Arbeitslosen auf der Angebotsseite. Lange Zeit war man auf die Analyse der bei der BA gemeldeten offenen Stellen beschränkt. Seit 1989 befragt das IAB jedoch regelmäßig Betriebe, ermittelt so das gesamtwirtschaftliche Angebot an offenen Stellen und zeichnet Stellenbesetzungsvorgänge detailliert nach.

Im Herbst 2005 wurden insgesamt rd. 1,1 Mio. Stellen angeboten, fast 400.000 mehr als im Herbst 2004. Zu diesem Anstieg hat der „Zweite Arbeitsmarkt“ mit seinen geförderten Beschäftigungsverhältnissen maßgeblich beigetragen. Am „Ersten Arbeitsmarkt“ wurden rd. 980.000 Stellen angeboten, gut 270.000 mehr als im Vorjahr. Der Anteil der gemeldeten Stellen stieg um 5 Prozentpunkte auf nunmehr 38 Prozent. Bei den marktbestimmten Stellen ging die Quote leicht zurück.

Die repräsentative Erhebung erfragt auch zu jeweils aktuellen Themen die betrieblichen Einschätzungen, etwa zur Arbeitszeitverlängerung und jüngst zur Hartz IV-Reform. Die Auswertung des Datenmaterials wird weiter intensiviert. Es sollen verstärkt mikroökonomische Methoden angewandt werden, auch um die Dauer von Stellenbesetzungen und verbliebene Diskrepanzen zwischen Bewerber- und Arbeitsplatzprofil eingehender zu untersuchen. Dabei wird die Rolle der Vermittlungsdienste der Bundesagentur für Arbeit einen Schwerpunkt bilden.

Projektmitarbeiter/innen:

Anja Kettner, Martina Rebien, Dr. Eugen Spitznagel

Arbeitskräftegesamtrechnung

Die Analyse der Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt erfolgt überwiegend auf der Basis von Bestandsgrößen und ihren (Netto-)Veränderungen. Forschungsfragen zur Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen, zur Arbeitsmarktdynamik und zum Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung lassen sich damit noch nicht angemessen beantworten. In der Arbeitskräftegesamtrechnung (AGR) werden deshalb die „Ströme“ zwischen verschiedenen „Konten“ der Arbeitsmarktbilanz dargestellt, z. B. die Zu- bzw. Abgänge bei den Auszubildenden, den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den registrierten Arbeitslosen.

Datengrundlage für die Übergänge auf dem Arbeitsmarkt ist der Datensatz „Integrierte Erwerbsbiografien“ des IAB. Aus den Meldungen von Betrieben und Arbeitsagenturen werden alle Übergänge zwischen einzelnen Erwerbszuständen ermittelt. Andere Statuswechsel wie Schulabgänge, Studienanfänge, Rentenzugänge werden als aggregierte Größen aus anderen Quellen hinzugefügt. Statistisch nicht belegte Ströme werden geschätzt: Es entsteht eine konsistente Gesamtrechnung für die Bevölkerung.

Die AGR belegt beispielsweise, dass die Wahrscheinlichkeit, die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres zu verlassen, in Ostdeutschland mit 54 Prozent deutlich niedriger ist als im Westen mit 61 Prozent. Allerdings ist die Beschäftigungsdynamik, gemessen als Anteil der neuen sowie der beendeten Beschäftigungsverhältnisse am Bestand, in Ostdeutschland höher. Dies deutet einerseits auf eine höhere Flexibilität und andererseits auf eine geringere Stabilität der Beschäftigung hin.

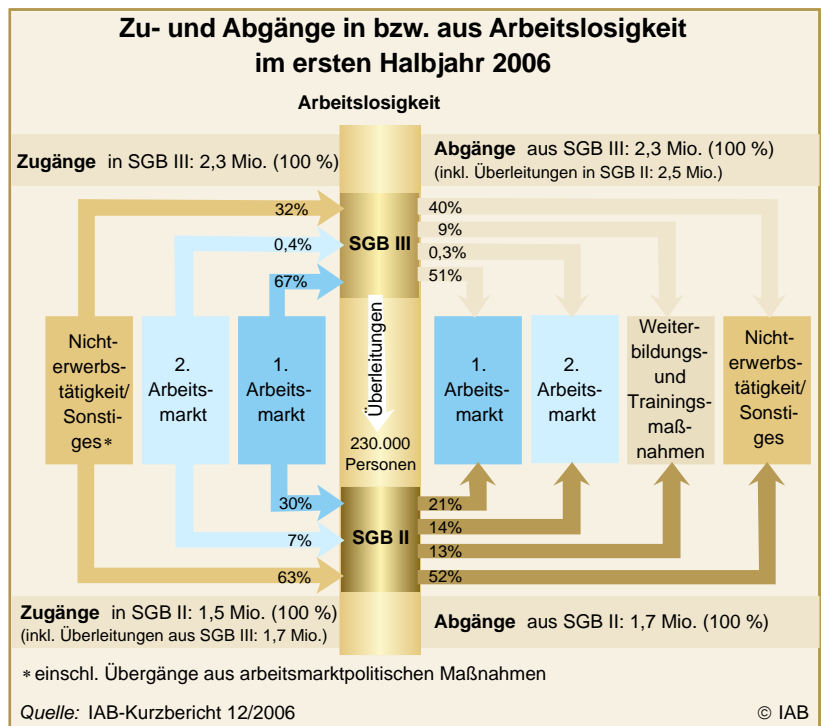
Analysen der Zu- und Abgänge in bzw. aus Arbeitslosigkeit zeigen u. a. deutliche Unterschiede in den Übergangsmustern zwischen den Rechtskreisen SGB II und III. Während jeder zweite der abgehenden SGB III-Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt wechselt, ist es im Rechtskreis SGB II nur jeder fünfte (*Abbildung*).

Die AGR bietet eine umfassende Datenbasis, um dynamische Prozesse auf dem Arbeitsmarkt aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu analysieren und politikrelevante Schlussfolgerungen zu ziehen.

Projektmitarbeiter:
Thomas Rothe

Arbeitszeit- und bildungspolitische Optionsmodelle – Potenziale, Akzeptanz und Wirkungen

Die hohe Unterbeschäftigung in Deutschland wird auch unter günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erst auf mittlere Sicht geringer. Langfristig droht auf Teilarbeitsmärkten ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, vor allem, weil das Erwerbspersonenpotenzial demographisch bedingt zurückgeht. Verschränkte arbeitszeit- und bildungspolitische Maßnahmen könnten sowohl kurzfristig den Arbeitsmarkt entlasten als auch auf längere Sicht solchen Mangellagen präventiv entgegenwirken. In diesem Projekt sollen Potenziale für solche Maßnahmen ausgelotet werden. Zu denken ist dabei z.B. an Optionsmodelle für befristete Teilzeitarbeit und flexible Lebensarbeitszeit in Verbindung mit Zeiten für Aus- und Weiterbildung. Auf der Grundlage empirisch fundierter Modellrechnungen soll abgeschätzt werden, in welcher Größenordnung solche Optionen beansprucht werden könnten und welche Arbeitsmarktwirkungen daraus resultieren würden.



Die Schlüsselrolle der beruflichen Bildung für die aktive Teilnahme am Erwerbsleben verdeutlicht die bereits vorliegende Analyse der Qualifikationsstruktur des Erwerbspersonenpotenzials und seiner Komponenten – der Erwerbstätigen, der Arbeitslosen und der Stillen Reserve: 20 Prozent der Erwerbstätigen, aber 34 Prozent der Arbeitslosen und 41 Prozent der Personen in der Stillen Reserve haben nämlich keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Eine repräsentative Auswahl von Betrieben wurde bei der Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots zu arbeitszeit- und bildungspolitischen Maßnahmen befragt. Auf dieser Basis werden Präferenzen der Arbeitgeber für Optionsmodelle analysiert und mit den Ergebnissen der Potenzialanalyse zusammengeführt.

Projektmitarbeiter/innen:
Margit Lott, Dr. Eugen Spitznagel,
Kathi Zickert

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

erste Reihe v.l.n.r.:

Anette Haas
Van Phan thi Hong
PD Dr. Uwe Blien
Dr. Katja Wolf

zweite Reihe v.l.n.r.:

Andreas Damelang
Karin Münzer
Felix Rüb
Dr. Udo Brix

nicht im Bild:

Franziska Hirschenauer



In einer Zeit, in der regionale Theorien und Ansätze an Bedeutung gewonnen haben, wurden Kapazitäten für regionale Analysen in anderen Instituten reduziert. Im Gegensatz dazu hat das IAB durch den gleichzeitigen Aufbau eines eigenen Forschungsbereiches und des Regionalen Forschungsnetzes hier einen Schwerpunkt gesetzt. Denn die beobachtbaren Disparitäten auf regionalen Arbeitsmärkten sind ausgeprägt und dauerhaft.

Die zentralen Aufgaben des Forschungsbereiches bestehen in der Analyse dieser Disparitäten und ihrer Ursachen, der Funktionsweise regionaler Arbeitsmärkte und des regionalen Gründungsgeschehens. Durch Analysen auf kleinräumiger Ebene werden Erkenntnisse gewonnen, die für die Erklärung gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge von Bedeutung sind und dem wissenschaftlichen Beratungsbedarf der BA in regionalen Fragen entgegen kommen.

Leitfragen des Forschungsbereiches sind: Worin bestehen Unterschiede zwischen regionalen Arbeitsmärkten? Wodurch werden diese Unterschiede hervorgerufen und wie entwickeln sie sich? Wie gestalten sich die Wechselbeziehungen zwischen den Regionen und welche Wirkung haben sie? Wie und warum unterscheiden sich die Wirkungen einheitlicher institutioneller Rahmenbedingungen in ihrem regionalen Einfluss? Welche Wirkungen entfalten regionale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik?

Ein wichtiges Anliegen der Regionalforschung des IAB ist es, die Zentrale der BA und ihre Regionaldirektionen bei Benchmarking und Controlling zu beraten. Aus diesem Grund wird regelmäßig eine Typisierung der Agenturbezirke und der Kreise durchgeführt. Sie hat das Ziel, die Wirksamkeit der arbeitsmarktpolitischen Instrumente des SGB III vor dem Hintergrund der großen Heterogenität der Problemlagen angemessen vergleichen zu können.

Im Jahre 2005 wurde die Grundsicherung für Arbeitssuchende neu geregelt – gesetzlich verankert im SGB II. Neue Organisationseinheiten, die sogenannten SGB II-Träger, haben bundesweit die Betreuung der Arbeitssuchenden übernommen. Die Regionalforschung des IAB hat auch hierfür eine regionale Typisierung durchgeführt, die von der BA und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales verwendet wird.

Erkenntnisse eines mit dem Regionalen Forschungsnetz des IAB durchgeführten Projekts verweisen auf die Bedeutung von Migration und kultureller Diversität für regionale Entwicklungen. Je höher die kulturelle Vielfalt, desto besser entwickeln sich Innovationen und Beschäftigung. Die Ergebnisse wurden in einem internationalen und interdisziplinären Forschungsverbund zu „Diversity, Integration and the Economy“ gewonnen, der durch die Volkswagen-Stiftung gefördert wird. Während dieses Thema bislang vor allem im angelsächsischen Raum diskutiert wurde, gewinnt es aufgrund des demographischen Wandels und der Öffnung der nationalen Arbeitsmärkte auch auf dem Kontinent an Bedeutung.

Durch seine vielfältigen Aktivitäten ist der Forschungsbereich für viele Themen der regionalen Arbeitsmarktforschung ein gefragter Ansprechpartner in Deutschland. Dies liegt vor allem an den durchgeführten Analysen zu Nachfrage, Angebot und Löhnen auf regionalen Arbeitsmärkten und der dabei entwickelten methodischen Kompetenz. Der Forschungsbereich berät die anderen Forschungsbereiche im Hause, die BA und die Politik in regionalen Arbeitsmarktfragen. Zusammen mit dem Regionalen Forschungsnetz baut der Bereich derzeit seine starke Position in der regionalen Arbeitsmarktforschung in Deutschland weiter aus.



PD Dr. Uwe Blien

Auf internationalen wissenschaftlichen Foren sind seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Publikationen und Vorträge präsent, nicht zuletzt aufgrund von Kooperationen mit renommierten Partnern aus dem In- und Ausland. Anhaltend große Nachfrage vor allem aus der Praxis gilt den Typisierungen in Zusammenhang mit dem SGB III und dem SGB II, die auch auf wissenschaftlichen und praxisnahe Konferenzen präsentiert wurden.

Im IAB gab es schon seit langer Zeit eine Arbeitsgruppe Regionalforschung, die 2004 in einen eigenen Forschungsbereich umgewandelt wurde, weil man hier einen erhöhten Forschungs- und Beratungsbedarf sah. Der Bereich wird seit seiner Gründung von PD Dr. Uwe Blien geleitet. Der Bereich ist über gemeinsame Projekte und über das in ihm angesiedelte Regionalbüro sowohl programmatisch als auch organisatorisch eng mit dem Regionalen Forschungsnetz (S. 24 ff.) verzahnt.

Ökonomische Effekte kultureller Vielfalt (Diversity-Projekt): Arbeitsmarkteintritt von jungen Migranten

Im Diversity-Projekt wird untersucht, wie sich kulturelle Vielfalt auf regionaler Ebene auswirkt. Derzeit ist vor allem von Interesse, inwieweit jungen Migranten der Berufseinstieg nach Abschluss einer dualen Ausbildung gelingt und wie stabil ihre erste Beschäftigungsphase ist. Zudem wird analysiert, ob ein hohes Maß an kultureller Vielfalt in einer Region den Berufseinstieg junger Migranten eher erleichtert oder erschwert. Für die Analyse wird eine Datenbasis zu den Absolventen des dualen Ausbildungssystems im Jahr 2002 aus den Integrierten Erwerbsbiographien des IAB generiert. In der Abbildung unten ist der Status im Anschluss an eine ungeforderte Ausbildung dargestellt und der Integrationserfolg von Deutschen, Türken und sonstigen Migranten verglichen.

Fast zwei Drittel aller Deutschen finden direkt nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz. Demgegenüber gelingt nur gut der Hälfte der Türken der Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis, 40 Prozent werden arbeitslos.

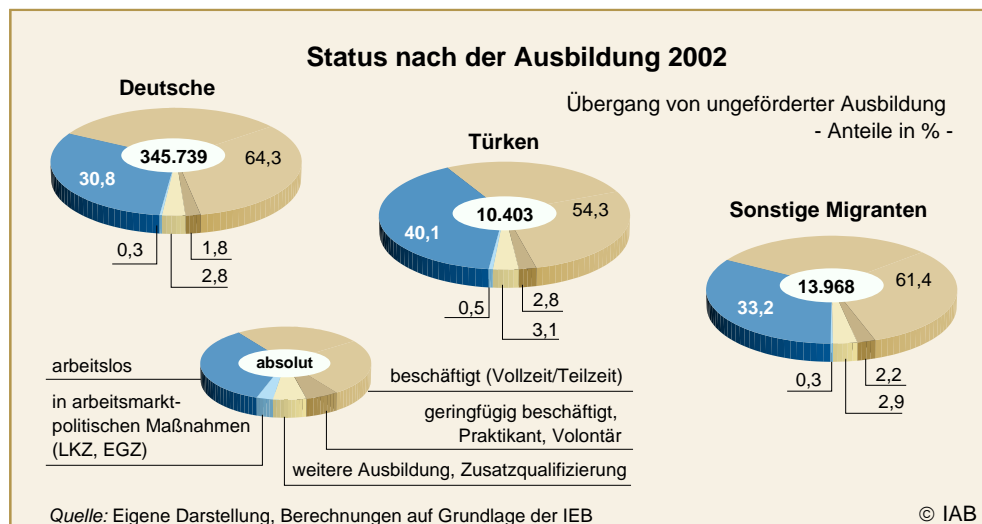
Die Gruppe der sonstigen Migranten weist ein den Deutschen ähnliches Übergangsmuster auf. Weitere Ausbildungsgänge, geringfügige Beschäftigung oder Praktika spielen im Anschluss an die Ausbildung kaum eine Rolle.

Die Ergebnisse lassen die Interpretation zu, dass türkische Absolventen benachteiligt sind. Die Untersuchung zeigt, dass dies zum Teil der starken Konzentration auf bestimmte Ausbildungsberufe geschuldet ist. Gezielte Beratungsangebote können helfen, das bisherige Berufsspektrum zu erweitern. Zusätzlich erschweren Sprachprobleme den Einstieg in eine qualifizierte Beschäftigung. Um die Berufschancen von jungen Migranten zu verbessern, wäre deshalb eine frühzeitige und gezielte Sprachförderung angebracht.

Projektmitarbeiter/innen:

Aus dem IAB: PD Dr. Uwe Blien, Andreas Damelang, Anette Haas, Dr. Annekatrien Niebuhr

Extern: Dr. Christina Boswell (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Institut), Prof. Dr. Horst Entorf (TU Darmstadt), Dr. Katja Michaelowa, Prof. Gianmarco Ottaviano (Universität Bologna), Prof. Sarah Spencer (Universität Oxford), Dr. Sylvia Stiller, Prof. Dr. Thomas Straubhaar (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Institut)



Arbeitsmarkteffekte von Standortverlagerungen

In dem gerade begonnenen Projekt werden Betriebe verglichen, die verlagert wurden bzw. ihren Standort nicht gewechselt haben. Hierbei sollen in erster Linie Hypothesen aus der Theorie der Firmendemographie überprüft werden. Diese postuliert, dass vor allem junge Betriebe verlagert werden. Es wird angenommen, dass solche Betriebe häufig im Zentrum von Ballungsräumen entstehen, die dann an die Peripherie umziehen, sobald ihr Raumbedarf wächst.

Zudem wird untersucht, welche weiteren Determinanten die Wahrscheinlichkeit einer Verlagerung beeinflussen: Wie wirken sich z.B. unterschiedliche Hebesätze bei der Gewerbesteuer aus? Welche Rolle spielen die Bodenpreise?

In einer zweiten Projektphase soll eine regionale Verlagerungsbilanz gezogen werden. Dabei geht es darum, Gewinner und Verlierer unter den Regionen zu identifizieren. Da sich die Kostenstrukturen vergleichbarer Betriebe ähneln, siedeln sich solche Betriebe voraussichtlich in denselben Regionen an. Unterstellt man eine gewisse Persistenz dieser Prozesse, resultiert daraus zumindest tendenziell ein Muster. Demnach gibt es Regionen mit negativer und positiver Verlagerungsbilanz. Damit verbunden sind unterschiedliche regionale Arbeitsmarkteffekte, die im Vordergrund der Untersuchung stehen.

Datengrundlage des Projekts bildet die Betriebsdatei des IAB. Damit lassen sich Betriebe im Zeitverlauf untersuchen. So kann die räumliche Mobilität der Betriebe auf verschiedene Weise nachvollzogen werden (Wechsel der PLZ, der Gemeinde oder des Kreises). Die Analysen auf der einzelbetrieblichen Ebene werden anhand von Logitmodellen bzw. von Matched-Pairs-Ansätzen durchgeführt.

Projektmitarbeiter: Dr. Udo Brix

Effekte regionaler Arbeitslosigkeit auf das Lohnniveau

Internationale Untersuchungen zur sogenannten „Lohnkurve“ haben gezeigt, dass regionale Arbeitslosigkeit das Lohnniveau tendenziell senkt. Nach einem häufig zitierten Ergebnis von Blanchflower und Oswald reduziert eine Verdoppelung der regionalen Arbeitslosenquote den Lohn um ca. 10 Prozent. Dies entspricht einer Elastizität von $-0,1$. Ähnliche Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland weisen nach, dass dieser Zusammenhang auch für den deutschen Arbeitsmarkt gilt, der Effekt jedoch kleiner ist. Begründet wurde das mit dem System der Tarifverhandlungen hierzulande, in dem Löhne nicht auf der Ebene von Regionen, sondern von Branchen vereinbart werden.

Die Studien aus den neunziger Jahren konnten aber nur Teilaspekte dieses Phänomens erklären. Auf verbesserter Datenbasis wurden deshalb weitere Untersuchungen begonnen. Dabei zeigen sich Unterschiede im Niveau und in der Fristigkeit: Der langfristige Effekt für die Bundesrepublik Deutschland (West) weist eine Lohnelastizität der Arbeitslosenquote von $-0,02$ bis $-0,03$ auf, ist also deutlich kleiner als im internationalen Durchschnitt. Der kurzfristige Effekt ist noch geringer.

Projektmitarbeiter/innen:

Aus dem IAB: PD Dr. Uwe Blien, Van Phan thi Hong, Dr. Katja Wolf

Extern: Prof. Dr. Paul Elhorst (Universität Groningen), Prof. Badi H. Baltagi, Ph.D. (Syracuse University, USA) ■

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

Regionales Forschungsnetz und Regionalbüro

1. Nord

Dr. Per Kropp
Dr. Annekatrien Niebuhr
Andrea Stöckmann
Volker Kotte



2. Niedersachsen-Bremen

Uwe Harten
Andrea Brück-Klingberg
Susann Koschtowski
Dr. Martin Wrobel



3. Nordrhein-Westfalen

Dr. Frank Bauer
Katharina Hampel
Georg Sieglen
Birgit Carl
Philipp Fuchs



4. Hessen

Dr. Carola Burkert
Annette Röhrig
Doris Waber
Kai Kirchhof
Peter Schaade
(nicht im Bild)



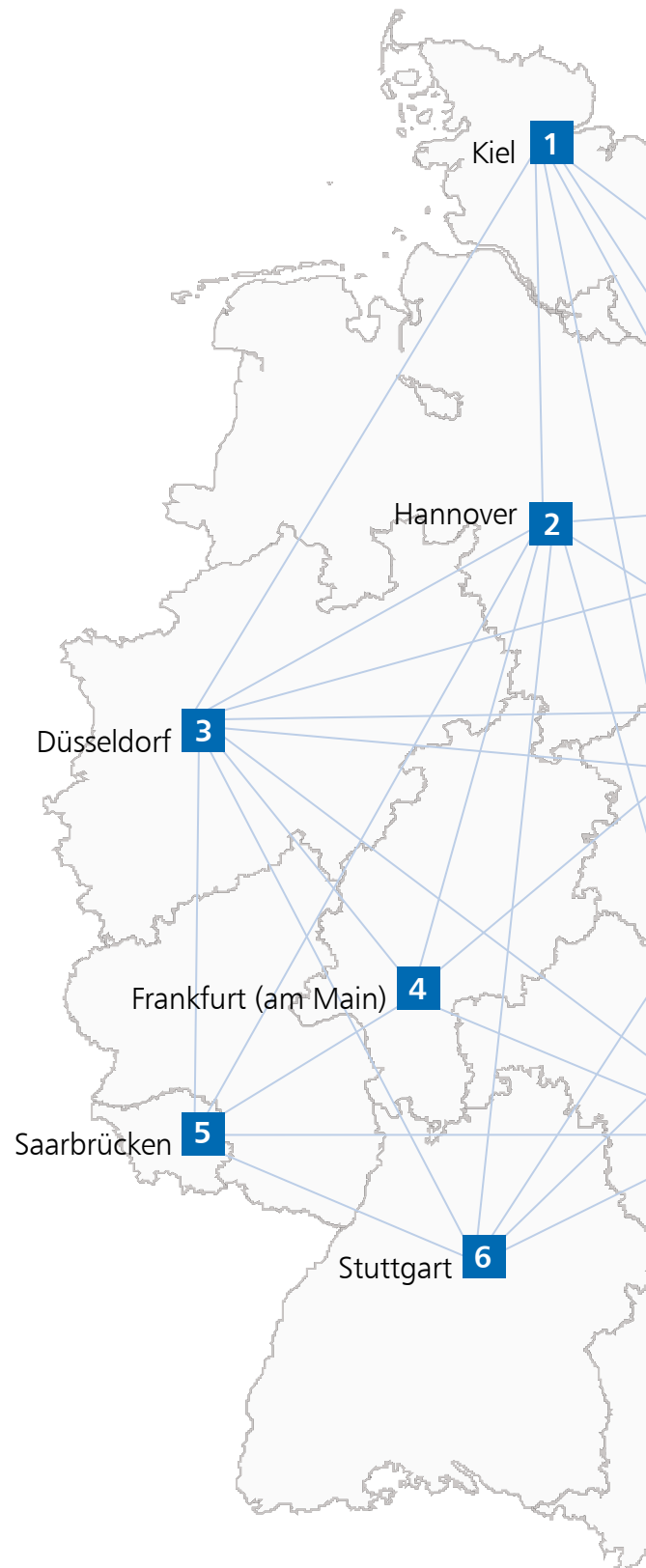
5. Rheinland-Pfalz-Saarland

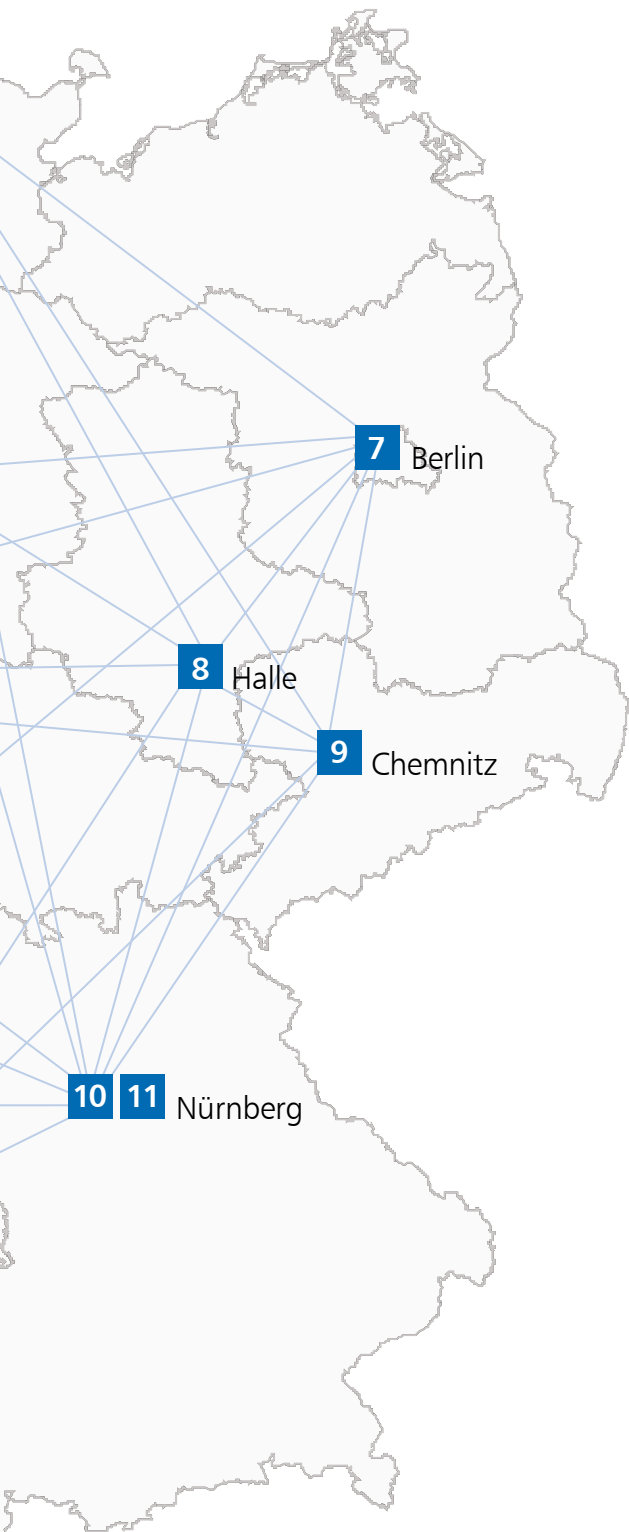
Dr. Anne Otto
Jochen Stabler
Stefan Hell
Dr. Oliver Ludewig



6. Baden-Württemberg

Silke Hamann
Matthias Rau
Daniel Jahn
Dr. Rüdiger Wapler





7

7. Berlin-Brandenburg

Dr. Dieter Bogai
Doris Wiethölter
Dr. Holger Seibert
Jeanette Carstensen



8

8. Sachsen-Anhalt-Thüringen

Dr. Nadia Granato
Birgit Fritzsche
Dr. Oliver Farhauer
Dr. Ingrid Dietrich



9

9. Sachsen

Uwe Sujata
Gisela Streller
Marcus Kunz
Antje Weyh



10

10. Bayern

Doris Baumann
Daniel Werner
Stefan Böhme
Lutz Eigenhüller
Dagmar Sima



11

11. Regionalbüro im IAB, Nürnberg

Hannelore Brehm (sitzend)
Elke Amend
Klara Kaufmann
Stefan Fuchs (Leitung)
Norbert Schanne (sitzend)

Regionales Forschungsnetz und Regionalbüro

Die räumlichen Disparitäten auf regionalen Arbeitsmärkten sind von Dauer. Deshalb wurde eine regional differenzierte Arbeitsmarktpolitik immer wieder angemahnt und im Januar 2002 im Job-AQTIV-Gesetz verankert. Die Bundesagentur für Arbeit hat dazu ein neues Steuerungsmodell entwickelt, das die lokalen Akteure der Arbeitsmarktpolitik mit mehr Kompetenz und Verantwortung ausstattet. Als Grundlage für Entscheidungen von Regionaldirektionen und Agenturen der BA sind damit mehr denn je fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse erforderlich, die über die Funktionsweise regionaler Arbeitsmärkte und über regionale Besonderheiten informieren.

Auf diese Anforderungen und die dezentrale Ausrichtung der BA hat das IAB mit der Einrichtung eines Regionalen Forschungsnetzes reagiert, das von Nürnberg aus koordiniert wird. Die Fäden dieses dezentral organisierten Netzes verknüpfen die einzelnen Forschungseinheiten in den Regionaldirektionen der BA. Sie laufen im „Regionalbüro“ zusammen, das im Forschungsbereich „Regionale Arbeitsmärkte“ (S. 20 ff.) angesiedelt ist. Gemeinsam mit diesem untersucht das Regionale Forschungsnetz des IAB Strukturen und Entwicklungen regionaler Arbeitsmärkte sowie Fragen der regionalen Mobilität. Zudem werden Wirkungen regionaler Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik auf regionale Entwicklungen analysiert.

Leitfragen des Forschungsbereiches sind: Wie gestaltet sich die Arbeitsmarktentwicklung in den deutschen Bundesländern, Agenturbezirken und Kreisen? Was sind ihre Determinanten und wie wird sie zukünftig verlaufen? Welche Faktoren beeinflussen die räumliche Verteilung wirtschaftlicher Aktivität von Unternehmen? Was kennzeichnet regionale Cluster und Unternehmensnetzwerke? Was bestimmt die Mobilität innerhalb? Von welchen Faktoren hängt sie ab?

Die Forschung des Regionalen Forschungsnetzes ist stark auf das Informationsbedürfnis und die Interessen „vor Ort“ gerichtet. Dadurch können viele Entwicklungen frühzeitig erkannt und im IAB eingespeist werden. Diese „Fühlungsvorteile“ haben ihre Nützlichkeit schon bewiesen, beispielsweise beim Thema „Kombilohn“, bei verschiedenen regionalen Evaluationsprojekten oder bei der Analyse des „brain drain“ von Ost- nach Westdeutschland. Auch die Arbeiten der „Prognosegruppe“ sind dafür ein gutes Beispiel.

Leitbild der Arbeit des Regionalen Forschungsnetzes ist das Forschen „in den und für die Regionaldirektionen“. Daraus resultiert zum einen die Aufgabe, wissenschaftlich fundierte Analysen bei hoher Praxisnähe für die Regionaldirektionen zu erstellen. Zum anderen arbeiten ausnahmslos alle regionalen Einheiten an vergleichenden Analysen der regionalen Arbeitsmärkte: bei Untersuchungen zur Mobilität von Auszubildenden oder der langfristigen Beschäftigungsentwicklung im „VALA-Projekt“, der vergleichenden Analyse von Länderarbeitsmärkten. Besonders hervorzuheben ist der kleinräumige Fokus der Studien auf Kreisebene. Dadurch wird eine stärkere Variation in den Daten erreicht, die eine vergleichende Interpretation der Ergebnisse erlaubt. Sie profitiert enorm vom Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die regionalen und lokalen Besonderheiten.

Aufgrund seiner dezentralen Struktur, seiner hohen Vernetzung und angemessenen personellen Ausstattung ist das Regionale Forschungsnetz eine singuläre Erscheinung in der deutschen Forschungslandschaft. Dadurch ist gewährleistet, dass regionale Analysen systematisch vergleichend „von oben“ und wegen der Führungsvorteile auch systematisch differenzierend „von unten“ gefertigt werden können. Auch dafür ist das Projekt „VALA“ ein prägnantes Beispiel.

Ansätze und Ergebnisse aus dem Projekt „VALA“ wurden vor allem in der Fachöffentlichkeit und von der Politik stark nachgefragt. Es wurde in Workshops und auf Tagungen vielfach präsentiert und erreichte eine breite Resonanz in den Medien und in der Landespolitik. Aus dem Projekt sind bisher 16 Länderberichte in der Reihe „IAB Regional“, mehrere ausführliche Kreisberichte und Kartenbände sowie zwei IAB-Kurzberichte hervorgegangen. Außerdem entstanden mehrere Publikationen in referierten wissenschaftlichen Zeitschriften.

Das Projekt „Regionale Arbeitskräftenachfrage“ wurde bereits auf mehreren hochrangigen wissenschaftlichen Konferenzen vorgestellt. Es verspricht einen wichtigen Beitrag zur Erklärung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung aus der Dynamik von technischem Fortschritt und Strukturwandel.



Stefan Fuchs

Das Regionale Forschungsnetz wurde 2004 gegründet und steht in der Tradition der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in den Regionaldirektionen der BA.

Die Leitung obliegt Stefan Fuchs.

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten (VALA)

In diesem „Netzprojekt“ wurde die langfristige regionale Beschäftigungsentwicklung mittels einer erweiterten Shift-Share-Regression in Faktoren zerlegt, wie sie aus gängigen Arbeitsmarkt- und regionalwissenschaftlichen Theorien abgeleitet werden können. Dazu zählen etwa die regionale Qualifikations-, Branchen- und Lohnstruktur. Besonders hervorzuheben ist die kleinräumige Ebene der Analyse (Kreise), durch die eine stärkere Variation in den Daten erreicht wird. Sie erlaubt zudem eine regional vergleichende Interpretation der Ergebnisse, die vom Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort enorm profitiert. Auf die vielfach publizierten Ergebnisse des Projekts wird von den Akteuren in der Region gern zugegriffen.

An diesem Projekt ist das gesamte Regionale Forschungsnetz beteiligt.

Evaluation des „Modellprojekts für jugendliche Langzeitarbeitslose in Dortmund“

Die ARGE Dortmund führt seit August 2005 ein Modellprojekt für jugendliche langzeitarbeitslose Handwerker durch, das aus drei Modulen besteht: einem Eingangsprofiling, darauf aufbauenden Qualifikationselementen und aus Betriebspraktika mit flexiblen Laufzeiten. Die Teilnehmer werden während der elfmonatigen Laufzeit von „JobCoaches“ betreut, die sowohl für die Praktikumsakquise und die Verwaltungsarbeit als auch für die sozialpädagogische Betreuung zuständig sind.

Das IAB Nordrhein-Westfalen untersucht einerseits, ob die vergleichsweise teure Maßnahme ein erfolgreiches Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt ist. Andererseits werden die Implementation, der Maßnahmenverlauf und die Vermittlungsarbeit der „JobCoaches“ analysiert. Für die Evaluation wurde eine Vollerhebung bei allen Teilnehmern und Praktikumsbetrieben durchgeführt (Abbildung 1). Darüber hinaus wurden die für die Qualifikation zuständigen Meister sowie die „JobCoaches“ ausführlich interviewt. Ersten qualitativen Analysen zufolge ist der bemerkenswert hohe Vermittlungserfolg maßgeblich auf die Schnittstellenfunktion des „JobCoaches“ zwischen Teilnehmern, ARGE und lokalem Handwerk zurückzuführen.

Eine quantitative Wirkungsanalyse der Kausaleffekte wird vorbereitet. Im August 2006 legte das Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen mit dem „JobTrainer NRW“ ein strukturell ähnliches, flächendeckendes Projekt auf.

Bei der kompetitiven Ausschreibung erhielt das IAB Nordrhein-Westfalen den Zuschlag für die begleitende Evaluation.

Projektmitarbeiter/innen:
Dr. Frank Bauer, Philipp Fuchs, Katharina Hampel

Abbildung 1

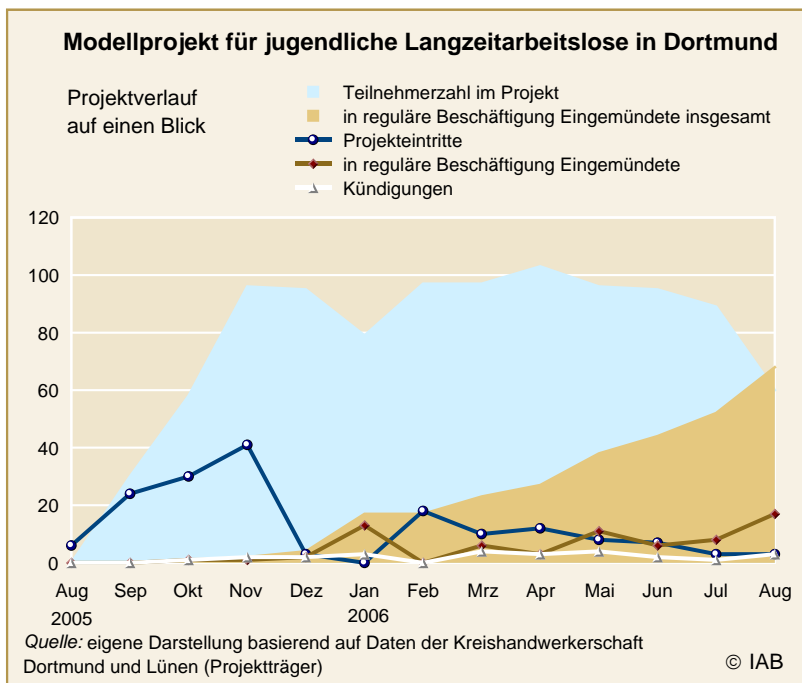
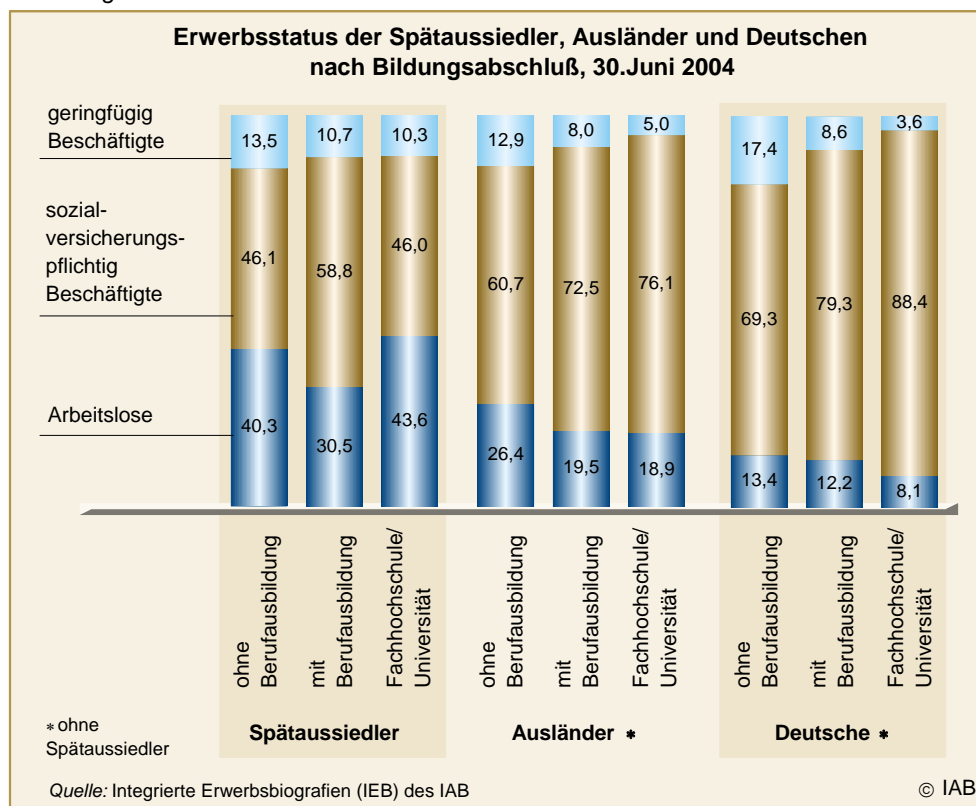


Abbildung 2



Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern

Eine gesellschaftspolitische Herausforderung ist die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Für die größte Gruppe der Migranten in Deutschland, die Spätaussiedler, verlief sie bis Anfang der 1990er Jahre relativ unproblematisch. Seitdem scheint dies aber schwieriger geworden zu sein, wie u. a. eine IAB-Studie von Barbara Koller (1997) gezeigt hat. Dabei beruhen Informationen zur Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern vielfach auf Befragungen wie dem sozioökonomischen Panel. Wegen der geringen Fallzahlen sind damit aber differenzierte Analysen nur bedingt durchführbar.

Mit den Integrierten Erwerbsbiografien des IAB kann man nun die Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern differenziert nach Qualifikation, Alter, Geschlecht oder Wohn- und Arbeitsort analysieren (Abbildung 2).

Dabei wird ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt mit der von „Ausländern“ und „Deutschen“ verglichen, jeweils ohne Spätaussiedler. Zusätzlich werden Ursachen für die unterschiedliche Arbeitsmarktpomformance der Vergleichsgruppen erforscht.

Der Fokus wird dabei auf der Bedeutung der Qualifikation für die Arbeitsmarktintegration liegen. Hierzu soll die Signalwirkung von Bildungsabschlüssen ebenso untersucht werden wie die Verweildauer in Arbeitslosigkeit vor dem Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis.

Projektmitarbeiter/innen:
 Andrea Brück-Klingberg, Dr. Carola Burkert,
 Dr. Holger Seibert, Dr. Rüdiger Wapler ■

erste Reihe v.l.n.r.:

Dr. Ute Leber
 PD Dr. Lutz Bellmann
 Viktoria Nußbeck
 Florian Janik

zweite Reihe v.l.n.r.:

Silke Hartung
 Christian Hohendanner
 Jens Stegmaier
 Dr. Susanne Kohaut
 André Pahnke
 Peter Ellguth

nicht im Bild:

Iris Möller
 Dr. Mathias Plicht
 Barbara Schwengler



Betriebliche Verhaltensweisen sind zentrale Bestimmungsgrößen für die Nachfrage nach Arbeitskräften. Der Forschungsbereich befasst sich mit der Beobachtung, Messung und Erklärung der betrieblichen Arbeitsnachfrage. Die Forschungsfragen, die hierbei zu beantworten sind, betreffen erstens die Determinanten der betrieblichen Beschäftigungsentwicklung. Hier geht es zum Beispiel um den Bedarf an Fachkräften, die Zusammensetzung der Belegschaften oder die Nutzung von geförderter Beschäftigung. Zweitens werden die Aus- und Weiterbildungsaktivitäten der Betriebe und ihre Bestimmungsgründe analysiert. Drittens wird gefragt, welchen Einfluss betriebliche Reorganisationsprozesse auf die Beschäftigungsentwicklung haben. Einen vierten Schwerpunkt bildet schließlich die Untersuchung der industriellen Beziehungen, etwa der betrieblichen Mitbestimmung, der Tarifbindung sowie der Lohnfindungsprozesse und ihres Zusammenhangs mit der Beschäftigungsentwicklung.

Da in Deutschland umfassende Daten zur betrieblichen Arbeitskräftenachfrage fehlten, entwickelte der Forschungsbereich 1993 das IAB-Betriebspanel. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Befragung von mittlerweile rd. 16.000 Betrieben aller

Wirtschaftszweige und Größenklassen, die jährlich wiederholt wird. Für die Durchführung der Erhebung sowie die Pflege und Weiterentwicklung des Erhebungsinstruments verwendet der Forschungsbereich einen erheblichen Teil seiner Ressourcen. Der Fragebogen umfasst einerseits jährlich wiederkehrende Fragen, etwa zu den Bestimmungsgrößen der Beschäftigungsentwicklung, der Personalnachfrage und den Beschäftigungserwartungen der Betriebe sowie zu den Einflussgrößen der Produktivität.

Darüber hinaus ist Raum für jährlich wechselnde Schwerpunktthemen. Im Jahr 2006 waren dies etwa betriebliche Bündnisse für Arbeit und Rahmenbedingungen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Außerdem wurde die Fragen zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer aus dem Jahr 2002 wiederholt, um Veränderungen im betrieblichen Einstellungsverhalten ermitteln zu können.

Die hieraus gewonnenen Strukturinformationen legen eine wichtige Basis für die Forschung innerhalb und außerhalb des IAB. Wegen der von vielen Bundesländern finanzierten Aufstockungstichproben ist das Betriebspanel zudem auf Länderebene auswertbar. Damit können wichtige Informationen

über die regionale Arbeitskräftenachfrage gewonnen werden, beispielsweise über die Besonderheiten des ostdeutschen Arbeitsmarkts. Bei der Auswertung des Betriebspanels unter regionalen Gesichtspunkten kooperiert der Forschungsbereich eng mit dem Regionalen Forschungsnetz des IAB. Generell tragen die Angaben zur betrieblichen Arbeitsnachfrage dazu bei, dass sich die BA bei ihrer Vermittlungs- und Beratungstätigkeit stärker an der betrieblichen Realität orientieren kann. Darüber hinaus wird dieser in Deutschland einzigartige Datensatz externen Forschern über das Forschungsdatenzentrum zugänglich gemacht. In seiner eigenen Forschungsarbeit setzt der Bereich zusätzlich auf spezielle Befragungen in einzelnen Branchen, auf betriebliche Fallstudien sowie auf die Verknüpfung des Panels mit Individualdaten. Dabei werden die Daten des IAB-Betriebspanels mit Längsschnittdaten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus den Geschäftsdaten der BA verknüpft. Aus diesen Verknüpfungen entstanden die Linked-Employer-Employee-Datensätze (LIAB).

Die enge Verbindung zwischen Erhebung und Auswertung des IAB-Betriebspanels ist entscheidend für die Qualität der Arbeit des Forschungsbereichs. In das IAB-Betriebspanel werden vielfach Fragen von hoher politischer Aktualität aufgenommen, um aktuelle Debatten mit wissenschaftlichen Befunden begleiten zu können. Ein Beispiel hierfür ist die Diskussion zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit sowie zur Einstellung und Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. Es ging dabei vornehmlich um die Bereitschaft der Betriebe, ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen bzw. um die generellen Beschäftigungsprobleme Älterer. Im Jahr 2006 konnten die wissenschaftlichen Befunde hierzu in den Beratungsprozess für die BA und ihre Selbstverwaltung eingebracht werden. Große Resonanz fanden auch die Studien zur Verbreitung und zu den Produktivitäts-



PD Dr. Lutz Bellmann

wirkungen von Systemen der Mitarbeiterbeteiligung an Gewinn und Kapital, die mit der derzeitigen politischen Debatte um den Investivlohn überraschend an Aktualität und Relevanz gewonnen haben.

Aus den Forschungsarbeiten des Bereichs entstanden zahlreiche Publikationen in referierten wissenschaftlichen Zeitschriften, so etwa Beiträge zu Themen der Tarifbindung (aktuell etwa im *European Journal of Industrial Relations*) oder zur betrieblichen Weiterbildung. Ebenso konnten im Wettbewerb erfolgreich Drittmittel eingeworben werden.

Betriebsforschung gab es im IAB schon vor dem Aufbau des IAB-Betriebspanels; sie war allerdings stärker auf den technischen Wandel und seine Beschäftigungswirkung ausgerichtet. 1993 wurde das IAB-Betriebspanel zunächst als Arbeitsgruppe in den damaligen Forschungsbereich „Technologie und Betriebswirtschaft“ integriert. Seit 1997 wird diese Arbeitsgruppe von PD Dr. Lutz Bellmann geleitet, der 2000 auch die Leitung des gesamten Forschungsbereichs übernahm. Anfang 2004 wurde der Bereich in „Betriebe und Beschäftigung“ umbenannt.

Lohn- und Beschäftigungswirkungen von betrieblichen Reorganisationsprozessen

In diesem Projekt werden die Bestimmungsgründe betrieblicher Reorganisationsprozesse und ihre Wirkung auf die Beschäftigung und Entlohnung von Erwerbstätigen mit unterschiedlichen Qualifikationen untersucht. Betrachtet werden einzelne Maßnahmen wie ihr Zusammenwirken. Dabei wird insbesondere der „skill-bias-Hypothese“ nachgegangen, derzufolge organisatorische Veränderungen heutzutage nicht qualifikationsneutral sind, sondern zu Lasten von Un- und Angelernten gehen. Solche Änderungen betreffen beispielsweise den Abbau von Hierarchieebenen, die Delegation von Entscheidungskompetenzen nach „unten“ oder die Einführung von Gruppenarbeit.

Zumindest in den Jahren zwischen 1996 bis 2004 haben sich betriebliche Reorganisationsmaßnahmen insgesamt positiv auf die Arbeitsnachfrage deutscher Betriebe ausgewirkt. Die Ergebnisse stützen zudem die Hypothese des qualifikationsverzerrten organisatorischen Wandels. Im Vergleich verschiedener Einzelmaßnahmen wird für West- wie für Ostdeutschland deutlich, dass sich insbesondere die Reorganisation von Abteilungen auf die Beschäftigung von Un- und Angelernten negativ auswirkt.

Projektmitarbeiter:

PD Dr. Lutz Bellmann, André Pahnke

Auswirkungen der Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten nach SGB II auf Betriebe und Branchen

In diesem Kooperationsprojekt mit dem Forschungsbereich „SGB II Soziale Sicherung und Arbeitsmarktpartizipation“ wird untersucht, wie sich die Einführung von Ein-Euro-Jobs auf das Beschäftigungsverhalten der Arbeitgeber auswirkt. Im Vordergrund stehen die vom Gesetzgeber intendierten Effekte dieser Beschäftigungsform, etwa mit Blick auf die Arbeitsmarkt – und Sozialintegration. Betrachtet werden aber auch nicht-intendierte Effekte, insbesondere Substitutions- und Verdrängungseffekte. Erste multivariate Analysen des IAB Betriebspanels bestätigen den Eindruck von Arbeitsgelegenheiten als „altem Wein in neuen Schläuchen“: Ein-Euro-Jobs nehmen in vielen Betrieben den Platz anderer rückläufiger Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung ein. Die hohe Nutzungsintensität der Ein-Euro-Jobs in vielen Betrieben lässt Zweifel aufkommen, ob die Zusätzlichkeit der Tätigkeiten immer gegeben ist. So konnte in einem Fixed-Effects-Panelmodell ein negativer Effekt der Ein-Euro-Jobs auf die Wachstumsrate sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nachgewiesen werden – allerdings nur für Ostdeutschland. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängt wird. Diese vorläufigen Studien werden neben einer deutschlandweiten qualitativen Erhebung komplettiert durch zwei weitere Wellen des IAB Betriebspanels sowie durch eine vertiefte Befragung von Einsatzbetrieben für die Jahre 2006 und 2007 (*Abbildung*).

Projektmitarbeiter:

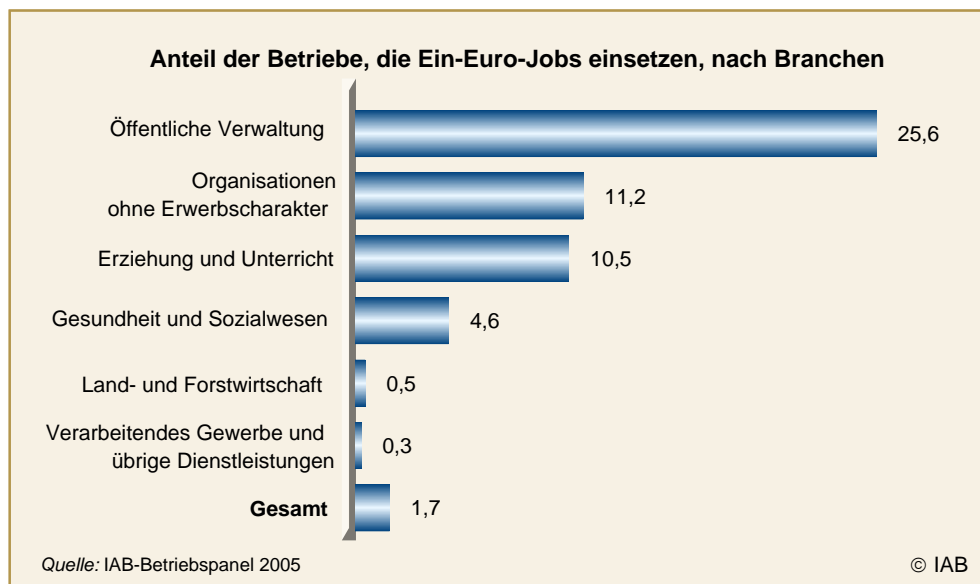
Aus dem IAB: Christian Hohendanner
Extern: Matthias Klemm M. A., Prof. Dr. Gert Schmidt, Frank Sowa M. A. (alle Institut für Soziologie der Universität Erlangen-Nürnberg)

Betriebliche Mitbestimmung

Mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahre 2001 hat der Gesetzgeber versucht, den Erosionsprozess der betrieblichen Mitbestimmung zu stoppen. „Die Bildung von Betriebsräten durch eine Entbürokratisierung des Wahlrechts“ sollte erleichtert werden. Mit den Daten des IAB-Betriebspanels von 1998 bis 2005 wurde erstmals die Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung vor diesem Hintergrund empirisch untersucht. Die Ergebnisse bestätigen die Erwartungen des Gesetzgebers nicht: Weder in den Längsschnitt-Schätzungen zur Verteilung von Betriebsräten noch in Analysen zu ihrer Einführung zeigen sich signifikante Zuwächse für den Zeitraum nach der Gesetzesänderung.

Mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes wurden auch die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates erweitert. Dazu gehört etwa der Bereich der betrieblichen Weiterbildung, wo dem Betriebsrat u. a. ein Initiativrecht und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Einrichtung und Durchführung betrieblicher Bildungsmaßnahmen eingeräumt werden. Unter Verwendung von Matching-Methoden lässt sich zwar zeigen, dass das Weiterbildungsangebot und die Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsräten höher sind als in Betrieben ohne Betriebsrat. Bei Betrachtung der zeitlichen Entwicklung sind aber keine signifikanten Veränderungen zwischen diesen beiden Gruppen feststellbar. Damit lässt sich auch hier kein statistisch abgesicherter Effekt des gesetzgeberischen Eingriffs nachweisen.

Projektmitarbeiter:
Peter Ellguth



Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

Bildung und Beschäftigung, Lebensverläufe

erste Reihe v.l.n.r.:

Franziska Schreyer
Sandra Popp
Dr. Corinna Kleinert
Maria Jungkunst
Erika Schmotzer

zweite Reihe v.l.n.r.:

Dr. Hannelore Plicht
Dr. Hans Dietrich
Dr. Britta Matthes
Brigitte Schels
Prof. Dr. Wolfgang
Ludwig-Mayerhofer
Manfred Antoni
Karin Simon
Gerhard Engelbrech

nicht im Bild:
Wolfgang Biersack



Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt sind in Deutschland eng verknüpft, nicht zuletzt wegen der großen Zuweisungskraft beruflicher Abschlüsse und anderer Bildungszertifikate. Prozesse des (beruflichen) Bildungserwerbs haben daher die Arbeitsmarktforschung und -politik schon immer interessiert. Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft hat auch die Berufsstruktur grundlegend verändert. Dies hat dazu beigetragen, dass Bildung und Kompetenz für nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen über den ganzen Lebenslauf hinweg an Bedeutung gewonnen haben.

Vor diesem Hintergrund besteht die Hauptaufgabe des Forschungsbereichs darin, Zusammenhänge von Bildung und Beschäftigung zu analysieren, insbesondere aus einer Lebensverlaufsperspektive.

Leitfragen des Forschungsbereichs sind: Wie gestalten sich frühe Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beschäftigung sowie der Verlauf der ersten Erwerbsjahre? Welchen Stellenwert nehmen Weiterbildung und Kompetenzerwerb bei Erwachsenen nach Abschluss der Erstausbildung ein? Welche Zusammenhänge zeigen sich zwischen Bildungsprozessen, Erwerbsverläufen und Erwerbsmobilität? Welche Rolle spielen dabei Geschlecht und soziale Herkunft?

Der Forschungsbereich ergänzt Arbeiten des IAB um die Betrachtung individueller Erwerbsverläufe aus einer Längsschnittperspektive. Er zählt außerdem bei der Analyse des dualen Systems, des Ausbildungsmarktes sowie einzelner Berufsgruppen zu den gesuchten Gesprächspartnern im Hause sowie bei Politik und Presse.

Gegenwärtig übernimmt der Bereich mit dem Projekt „Qualifikationen, Kompetenzen und Erwerbsverläufe“ eine Vorreiterrolle bei der systematischen Erforschung der Grundkompetenzen Erwachsener. Seit Jahren wird beklagt (Stichwort „PISA für Erwachsene“), dass entsprechende Daten in Deutschland fehlen. Das Projekt wird im Laufe des Jahres 2007 erstmals Informationen über die Lesefähigkeit und das Zahlenverständnis der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland liefern. Durch die aktive Teilnahme an mehreren einschlägigen Konferenzen und Workshops hat sich das IAB große Akzeptanz in der Forschungslandschaft und beim Bundesministerium für Bildung und Forschung erarbeitet. Das Projekt ist auch in Vorarbeiten für das nationale Bildungspanel einbezogen. Die dafür entwickelten methodischen Neuerungen zur Erfassung von Bildungs- und Erwerbsverläufen wurden auf mehreren wissenschaftlichen Tagungen vorgestellt.

Die Aufbereitung und Bereitstellung konsolidierter Grundinformationen zu Ausbildung und Beschäftigung sind zentrale Infrastrukturaufgaben des Bereichs. Dieser Aufgabenschwerpunkt umfasst Informationssysteme zur dualen Ausbildung (Ausbildung im Spiegel der Statistik) und zur Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf Ebene einzelberuflicher Aggregate (Berufe im Spiegel der Statistik). Diese Berichtssysteme beruhen im Wesentlichen auf Bestandsgrößen zu einem festen Berichtstag. Derzeit laufen Vorarbeiten zur Entwicklung von Kennziffern zur beruflichen Mobilität auf der Basis von Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit. Mit diesen Berichtssystemen ist die Aufgabe verbunden, die Fachöffentlichkeit und die Bundesagentur für Arbeit kontinuierlich zu beraten.

Die IAB-Führungskräftestudie, ein Kooperationsprojekt der Forschungsbereiche „Bildung und Beschäftigung, Lebensläufe“ und „Betriebe und Beschäftigung“, lieferte 2006 erstmals einen repräsentativen Überblick über die Beteiligung von Frauen an Führungspositionen in Deutschland. Untersucht wurde dieses Phänomen einerseits aus der Perspektive der Betriebe in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, andererseits aus der Perspektive der einzelnen Führungskräfte. Die Ergebnisse der Studie wurden in zwei Kurzberichten der allgemeinen Öffentlichkeit vorgestellt. Sie erzielten eine breite Medienresonanz und führten zu einer Fülle an Vorträgen und Präsentationen in Wissenschaft und Praxis.

Der Forschungsbereich 7, der zum 1. Januar 2004 eingerichtet wurde, bildet momentan in Deutschland die einzige Institution, die systematisch Lebensverläufe mit dem Schwerpunkt auf Bildung und Erwerbsarbeit erforscht. Ehemals stark engagierte Einrichtungen, wie das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin oder der Sonderforschungsbereich 186 der Universität Bremen, sind dort nicht mehr aktiv.



Prof. Dr. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer

Der Forschungsbereich entstand durch die Fusion der ehemaligen Arbeitsbereiche „Soziologische Arbeitsmarktforschung“ und „Berufs- und Qualifikationsforschung“.

Bis September 2006 wurde der Bereich von Dr. Hans Dietrich geleitet. Seit Oktober 2006 hat Prof. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Universität Siegen) die Bereichsleitung vertretungsweise übernommen.

Allein unter Männern. Zum Arbeitsmarkt von Akademikerinnen im technischen Feld

Die wissenschaftliche und öffentliche Debatte zum Thema „Frauen in Männerberufen“ konzentriert sich meist auf Fragen von Sozialisation und Motivation. Wie aber ist die Arbeitsmarktlage für Frauen, die stark männerdominierte Ingenieur- oder Naturwissenschaften studiert haben? Um dieser Frage nachzugehen, wurden vor allem Mikrozensus und Arbeitslosenstatistiken von den 80er Jahren bis zur Jahrtausendwende ausgewertet.

Frauen aus „Männerfächern“ wie Bauingenieurwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik, Wirtschaftsingenieurwesen, Informatik und Physik sind gegenüber ihren männlichen Exkommilitonen fast durchweg im Nachteil. So sind sie doppelt so häufig arbeitslos und arbeiten öfter auf den einfachen und mittleren Ebenen der betrieblichen Hierarchie.

Im Vergleich zu den Frauen aus anderen Fächern ist das Bild weniger klar: Frauen aus Männerfächern haben zwar öfter unbefristete Verträge. Sie sind aber – entgegen

der gängigen Annahme – auch häufiger arbeitslos. Diese Befunde gelten für die alten und die neuen Bundesländer in ähnlicher Weise, allerdings nicht in jeder Beziehung: Wurden im Westen in den 90er Jahren die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen aus Männerfächern am Arbeitsmarkt eher kleiner, so nahmen sie im Osten eher zu. Den Werbekampagnen für mehr Frauen in Technik und Naturwissenschaft zum Trotz scheinen dort einschlägig ausgebildete Frauen aus qualifizierter Arbeit verdrängt worden zu sein. So arbeitet nicht einmal jede dritte ausgebildete Ingenieurin im Ingenieurberuf (*Abbildung*).

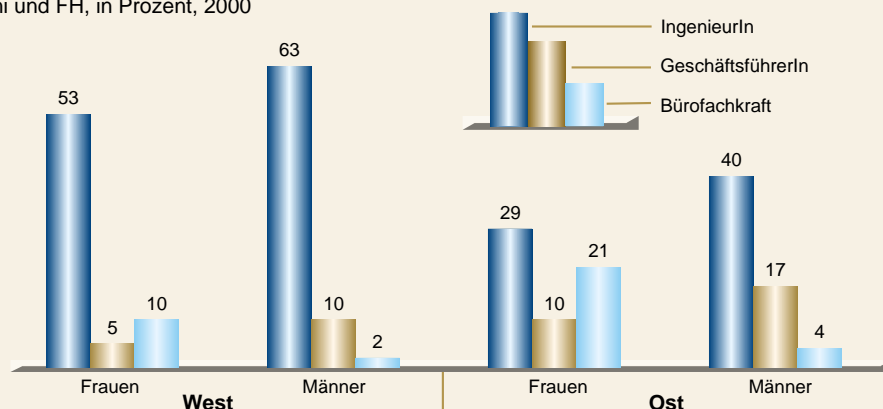
Projektmitarbeiterin:
Franziska Schreyer

Qualifikationen, Kompetenzen und Erwerbsverläufe

Zusammenhänge von Bildungszertifikaten, kognitiven Grundkompetenzen und Erwerbsverläufen bei Erwachsenen sind bislang unerforschtes Terrain. Wichtige Fragestellungen sind: In welchem Verhältnis stehen kognitive Grundkompe-

Erwerbstätige aus ingenieurwissenschaftlichen Männerfächern nach Beruf

Uni und FH, in Prozent, 2000



Quelle: Mikrozensus.

© IAB

Anmerkung: Nur Berufe $\geq 10\%$ in mindestens einer Zelle.
Ohne AusländerInnen und geringfügig Beschäftigte.
Frauen: Anteile der GeschäftsführerInnen und Bürofachkräfte (West) basieren auf geringen Fallzahlen.

tenzen und formale Bildungszertifikate bei verschiedenen Erwerbsgruppen? Welche Bedeutung haben kognitive Grundkompetenzen im Vergleich zu formalen Bildungszertifikaten für den Erwerbserfolg? Zu welchen Veränderungen der kognitiven Grundkompetenzen führen Veränderungen der Erwerbssituation oder die Beteiligung an (Weiter-)Bildung?

Eine Pilotstudie im Jahr 2004 ergab, dass Leistungstests bei Erwachsenen in Face-to-Face-Interviews durchgeführt werden können und zu validen Ergebnissen führen. Das nunmehr entwickelte Design der Hauptstudie sieht als Grundgesamtheit die 18- bis 50-jährige Bevölkerung in Deutschland vor. Die Erhebung findet in zwei Phasen statt: Zuerst werden die gesamten bisherigen Bildungs- und Erwerbsverläufe der Untersuchungspersonen in einem computergestützten Telefoninterview erfasst, mit dessen Hilfe der Qualifikationserwerb im Kontext formaler Bildungsaktivitäten und nicht-formaler Lebensereignisse detailliert erfragt wird. Im zweiten Schritt werden in persönlichen Interviews Leistungstests zu Lesefähigkeit und Zahlenverständnis durchgeführt. Hier werden die Testinstrumente des International Adult Literacy Survey eingesetzt, die in Kooperation mit Statistics Canada und dem Educational Testing Service, USA, für diese Studie adaptiert wurden.

Ein Ablauf-Pretest Ende 2006 zeigte, dass selbst nach einem umfangreichen Lebensverlaufsinterview die Zustimmung zur Teilnahme an den Leistungstests hoch ist. Sie kann in niedrigen und mittleren Bildungsgruppen durch monetäre Anreize deutlich erhöht werden.

Projektmitarbeiter/innen:

Manfred Antoni, Dr. Hans Dietrich,
Dr. Corinna Kleinert, Dr. Britta Matthes

Bildungs- und Erwerbsverläufe von Teilnehmern an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der BA

Wegen eines angespannten Ausbildungsstellenmarktes, höheren Anforderungen an Auszubildende und mangelnder Ausbildungsreife haben gering qualifizierte Jugendliche zunehmend Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche. Das im September 2004 eingeführte neue Fachkonzept der Berufsvorbereitung (BvB) der Bundesagentur für Arbeit zielt auf eine gestraffte und flexible Förderstrategie. Damit gehen Veränderungen wie die Begrenzung der Förderdauer einher, von denen besonders die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen betroffen ist.

Bislang gibt es weder Erkenntnisse zum mittelfristigen Erfolg der Fördermaßnahmen noch zu den wichtigen Einflussgrößen für einen erfolgreichen Übergang. Die Voraussetzung für Verbleibsanalysen anhand von Daten der Bundesagentur für Arbeit ist erst mit dem Jahrgang 2006 in vollem Umfang gegeben. Deshalb setzt das Projekt am Teilnehmerkreis dieses Jahrgangs an, für den Befragungsdaten von Teilnehmern und Bildungsträgern mit Prozessdaten der BA verknüpft werden sollen. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der Integration in die berufliche Ausbildung.

Im Jahr 2006 hat mit der Erhebung der ersten Welle der Befragungsdaten die Feldphase begonnen. Bis Ende des Jahres wurde die Erstbefragung von 2000 BvB-Teilnehmern abgeschlossen. Eine zweite Befragung ist nach Maßnahmeende geplant. Die Erstbefragung der 311 Bildungsträger konnte bis zum Jahreswechsel abgeschlossen werden.

Projektmitarbeiter/innen:

Dr. Hans Dietrich, Dr. Hannelore Plicht ■

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

SGB II Soziale Sicherung und Arbeitsmarktpartizipation

erste Reihe v.l.n.r.:

Brigitte Schels
Sandra Popp
Johanna Dornette

zweite Reihe v.l.n.r.:

Dr. Christina Wübbecke
Dr. Mark Trappmann
Juliane Achatz
Dr. Andreas Hirseland
Dr. Markus Promberger
Christina Witzke
Dr. Ulrich Wenzel
Angela Rauch



Armut und Erwerbslosigkeit zählen traditionell zu den Gegenständen sozialwissenschaftlicher Beschäftigung mit dem Arbeitsmarkt. Globalisierung und der Wandel hin zur wissenszentrierten nachindustriellen Arbeitsgesellschaft haben Grundlagen sozialer Sicherung und Bedingungen der Arbeitsmarktpartizipation nachhaltig verändert. In Deutschland wurden mit der Reform der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe strikere Aktivierungsstrategien und härtere Zugangsregelungen eingeführt.

Übergreifendes Ziel des Forschungsbereiches ist es, die Auswirkungen der SGB II-Reform auf die soziale Ungleichheit und die soziale Integration in die Gesellschaft zu untersuchen. Vor diesem Hintergrund befasst sich der Forschungsbereich mit der sozialen Sicherung und Arbeitsmarktpartizipation erwerbsfähiger Hilfebedürftiger, aber auch der Sozialhilfebezieher, der Menschen mit Behinderungen und der ‚working poor‘ sowie von Personen ohne Leistungsanspruch, aber mit Arbeitsmarktproblemen.

Leitfragen des Forschungsbereiches sind: Welche Umstände bewirken den Zugang in länger dauernde Erwerbslosigkeit und Hilfebedürftigkeit? Welche Auswirkungen haben Langzeitarbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit auf die Orientierungen, Fähigkeiten und die Lebenssituation von Betroffenen und ihren Familien? Wie beeinflusst die individuelle und die familiäre Situation den Verbleib in und die Überwindung von Erwerbslosigkeit und Hilfebedürftigkeit? Welche Rolle spielt dabei die institutionelle Praxis der Armutsbekämpfung und Aktivierung? Geht mit der abnehmenden Erwerbsintegration eine Erosion biographischer Sicherheit, gesellschaftlicher Stabilisierung und Inklusion einher?

Diese Forschungsfragen beantwortet der Bereich durch eine Kombination qualitativer und quantitativer Methoden. Damit lassen sich neue soziale Risiken und Chancen erkennen und ihre Verbreitung einschätzen. So sollen Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktforschung vor allem für Prozesse sensibilisiert werden, die sich am Arbeitsmarkt selbst nicht beobachten lassen, für dessen Performance und Ergebnisse sie jedoch häufig entscheidend sind.

Mit dem IAB-Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (IAB-PASS) und der IAB-Querschnittsbefragung „Lebenssituation und soziale Sicherung 2005“ (IAB-QS) betreut der Forschungsbereich gemeinsam mit den Forschungsbereichen „SGB II Effektivität und Effizienz von Leistungen“ und „SGB II Strukturen und Bewegungen im Niedrigeinkommensbereich“ sowie „Koordination der Evaluationsforschung“ zwei wichtige und miteinander verbundene Erhebungen. Es geht um die kontinuierliche Analyse der sozialen Bedingungen und Folgen der SGB II-Gesetzgebung. Systematisch ergänzt werden diese standardisierten Erhebungen durch die Qualitative Längsschnitt-Befragung und -Beobachtung „Armutsdynamik und Arbeitsmarkt“ (IAB-QUABB). Die längerfristige Beobachtung von Erwerbslosigkeit und Armut auf der Haushaltsebene erlaubt es auch auf konzeptionell wie empirisch ausgesprochen breiter Basis, allgemeine Erkenntnisse über Prozesse gesellschaftlichen Wandels zu gewinnen.

Die SGB II-Forschung am IAB ist interdisziplinär ausgerichtet. Die Aufgabe des FB 8 besteht vorrangig darin, Bedürftigkeit und Armutslagen soziologisch zu analysieren – auch mit Blick auf Theorien, Begriffe und Kategorien der Armutsforschung. Im Unterschied zu anderen Institutionen in Deutschland wird Armutsforschung hier allerdings eng mit Arbeitsmarktfragen verzahnt.

Diese Verzahnung erfolgt über einen konsequenten Mix aus quantitativen und qualitativen Methoden. Dabei sind die Erhebungsinstrumente IAB-QUABB und IAB-PASS von zentraler Bedeutung.

Die Aufgabe des Bereichs liegt daneben in der Forschung zu Personengruppen, die von Armut und Hilfebedürftigkeit in besonderer Weise betroffen sind. Hier ist einerseits die Forschung zu älteren erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu nennen. Andererseits geht



Dr. Markus Promberger

es um die Projekte zu Schwerbehinderten und zu beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen.

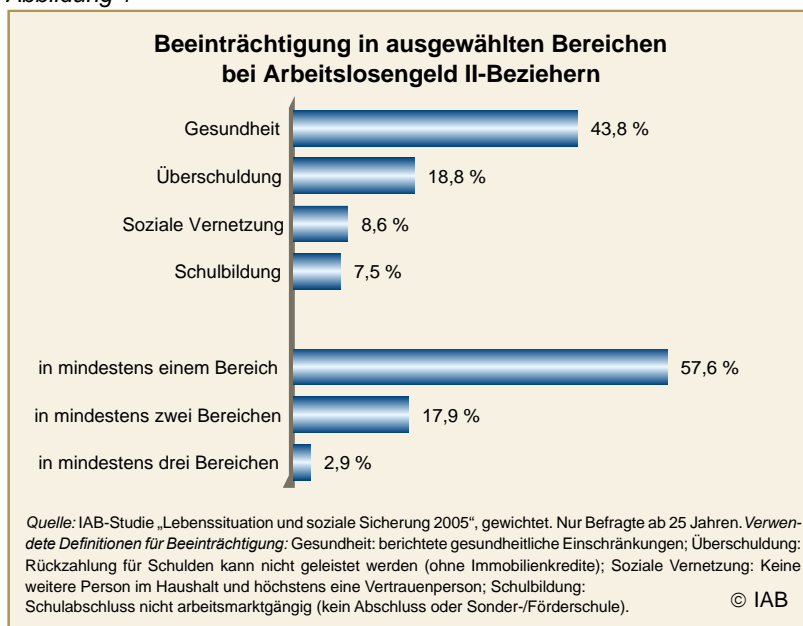
Durch Publikationen von Kurzberichten und Zeitschriftenaufsätzen, durch Vorträge sowie durch Vernetzungen und Kooperationen mit Externen beginnt sich der noch junge Bereich zu profilieren. Die Sichtbarkeit reicht stark in die ‚Scientific Community‘ hinein, etwa durch die Vorträge auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2006 und erste Referate auf internationalen Konferenzen. Die Erhebungen IAB-QS und IAB-PASS sind für Wissenschaft und Fachöffentlichkeit gleichermaßen von Interesse und wurden auf Vorträgen und in Berichten der BA und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgestellt. Die Forschung zu Schwerbehinderten und beruflicher Rehabilitation ist seit Jahren ein verlässlicher Partner für die Fachöffentlichkeit und die zuständigen politischen Akteure.

Der Forschungsbereich 8 wurde gemeinsam mit den anderen beiden SGB II-Bereichen Mitte 2005 gegründet. Er wird von Dr. Markus Promberger geleitet.

Armutsbekämpfung bei mehrfach beeinträchtigten Hilfebedürftigen: Die Rolle der Eingliederungsvereinbarung

Erwerbslosigkeit und finanzielle Unterversorgung gehen regelmäßig einher mit weiteren Beeinträchtigungen: Gesundheitsprobleme, Qualifikationsdefizite, schlechtes Wohnumfeld, Diskriminierung, fehlender Zugang zu hilfreichen Netzwerken, arbeitsweltfernes Alltagsverhalten etc.. Solche mehrfachen, ineinander greifenden Probleme bei Hilfebedürftigen können sich besonders hemmend auf die soziale Teilhabe und die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt auswirken.

Abbildung 1



Hier hält das SGB II Möglichkeiten vor, um auf multiple Problemlagen mit fallspezifisch abgestimmten Maßnahmebündeln zu reagieren. Im Mittelpunkt des Projekts steht die sog. Eingliederungsvereinbarung. Sie ist ein wichtiges und innovatives Instrument, um die zur Stabilisierung und Integration der Betroffenen erforderlichen Maßnahmen vorausschauend zu planen. Im Hintergrund steht die ungleichheitssoziologisch und armutspolitisch bedeutsame Frage, wie

Institutionen der Armutsbekämpfung mit mehrfach beeinträchtigten Menschen umgehen. Insbesondere geht es darum zu klären, ob vertragsförmig ausgestaltete Betreuungsverhältnisse für diesen Personenkreis angemessen sind.

Untersuchungsleitend sind in diesem Zusammenhang insbesondere die folgenden Fragen: Ist der Abschluss von Eingliederungsvereinbarungen bei mehrfach Beeinträchtigten unwahrscheinlicher als bei Hilfebedürftigen, die nur finanziell unterversorgt sind? Weisen die abgeschlossenen Eingliederungsvereinbarungen fallgruppenspezifische inhaltliche Unterschiede auf? Inwiefern trägt die Praxis der Eingliederungsvereinbarung dazu bei, multiple Einschränkungen abzubauen?

Zur Klärung dieser Fragen werden in einem ersten Schritt das Ausmaß und die Typik solcher mehrfachen Beeinträchtigungen bei Hilfebedürftigen identifiziert. Datenbasis ist die IAB-Studie Lebenssituation und soziale Sicherung 2005. In einem zweiten Schritt wird untersucht, in welchem Umfang und mit welchen Inhalten die SGB II-Eingliederungsvereinbarung bei verschiedenen Falltypen zum Einsatz kommt. Ergänzend dazu sollen mögliche Alternativekonzepte zur Steuerung von Integration untersucht werden. In einem dritten Schritt soll geprüft werden, wie sich der Einsatz des 2005 noch in der Implementationsphase befindlichen Instrumentes im Zeitverlauf verändert. Die hierfür erforderlichen Informationen liefert u. a. die IAB-Panelerhebung Arbeitsmarkt und Soziale Sicherheit ab Ende 2007.

Projektmitarbeiter/innen:
Juliane Achatz, Dr. Ulrich Wenzel

**Armutsdynamik und Arbeitsmarkt:
Entstehung, Verfestigung und Überwindung von Hilfebedürftigkeit**

Seit der Einführung des SGB II werden die Bedingungen sowohl für die Verfestigung als auch für die Überwindung von Hilfebedürftigkeit verstärkt diskutiert. Vielfach gelten die früheren Systeme der Armutsbekämpfung wie Sozial- und Arbeitslosenhilfe als mitursächlich für das Anwachsen und die Verstetigung von Langzeitarbeitslosigkeit und finanzieller Unterversorgung. Dieser ‚Armutsfalle‘ versucht das SGB II durch eine gezielte Aktivierung der Hilfeempfänger entgegen zu wirken. Ziel ist die Überwindung von Hilfebedürftigkeit aus eigener Kraft, letztlich also die Aufnahme von Erwerbsarbeit.

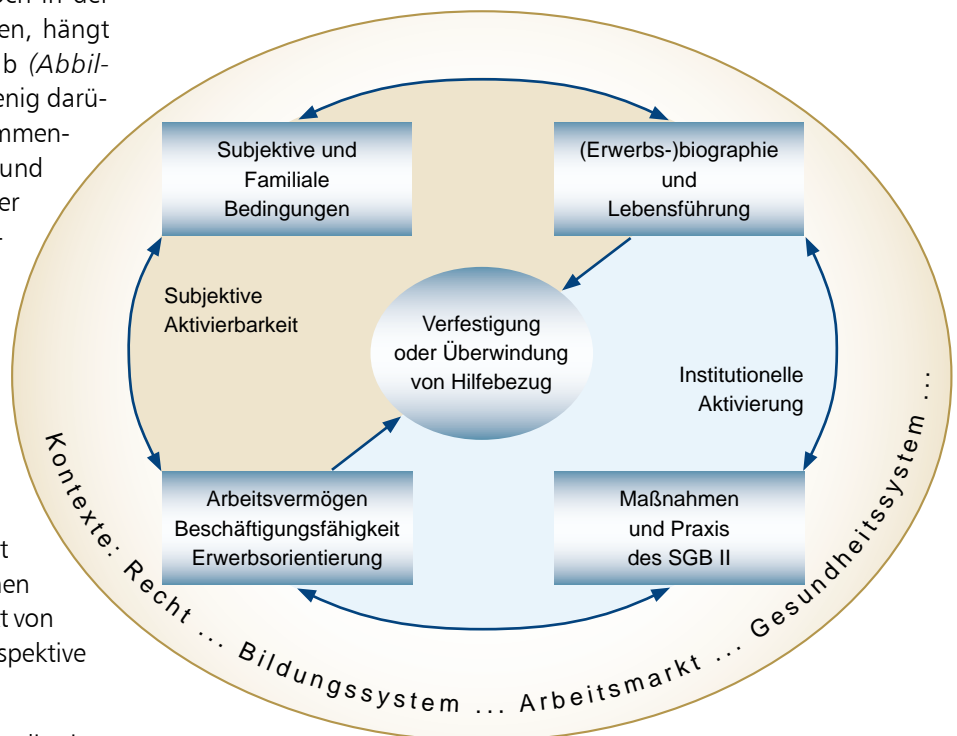
Diese Strategie einer verstärkten Einbeziehung der Hilfeempfänger setzt nicht nur deren Mitwirkungsbereitschaft, sondern auch deren Mitwirkungsfähigkeit voraus. Ob diese Voraussetzungen jedoch in der Praxis geschaffen werden können, hängt von verschiedenen Faktoren ab (Abbildung 2). Empirisch ist bislang wenig darüber bekannt, wie die Lebenszusammenhänge, Handlungsbedingungen und Handlungsmuster erwerbsfähiger Hilfebedürftiger mit Grundsicherungsleistungen und Aktivierungsmaßnahmen des SGB II korrespondieren. Gegenstand des Projekts sind daher die soziale Lage der Betroffenen, ihre Alltags- und Familiensituation, ihre Lebensstrategien, ihre Arbeitsorientierung, sowie ihr Umgang und ihre Erfahrungen mit den Institutionen und Maßnahmen des SGB II. All dies wird im Kontext von persönlicher Biographie und Perspektive der Betroffenen untersucht.

Hierfür wurde ein explorativer, qualitativer Forschungsansatz mit folgenden Leitthemen gewählt: (a) subjektive, mikrosoziale,

auch familienbezogene Bedingungen der Entstehung und möglichen Verfestigung bzw. Überwindung von Hilfebedürftigkeit, (b) Entwicklung von Arbeitsvermögen, Beschäftigungsfähigkeit und Erwerbsorientierungen, (c) Hilfebedürftigkeit im Kontext prekärer und unsteter Erwerbsbiographien und (d) der jeweilige Beitrag der SGB II-Träger in der konkreten Praxis. Wie in der qualitativen Sozialforschung üblich, erfolgt die konkrete Hypothesenbildung erst im weiteren Verlauf des Forschungsprozesses – gestützt auf rekonstruktiv gewonnene Zwischenergebnisse. Die Datenbasis wird aus einem Kurzzeitpanel mit zwei Wellen biographisch-narrativer Interviews sowie aus ergänzenden teilnehmenden Beobachtungen bestehen.

Projektmitarbeiter/innen:
Dr. Andreas Hirseland, Dr. Ulrich Wenzel

Abbildung 2
**Hilfebedürftigkeit und Hilfebezug:
Ein dynamisches Geschehen**



**Näheres zu den Projekten des Bereiches
unter www.iab.de/iab/projekte**

SGB II Effektivität und Effizienz von Leistungen

v.l.n.r.:

Dr. Anton Nivorozhkin
 Dr. Laura Romeu Gordo
 Pia Klotz
 PD Dr. Joachim Wolff
 Eva Jozwiak
 Katrin Hohmeyer



Mit der Einführung des SGB II und der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde die Arbeitsmarktpolitik für erwerbsfähige hilfebedürftige Personen vereinheitlicht und deren Aktivierung in den Vordergrund gerückt. Den traditionellen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wurden neue hinzugefügt, wie etwa die Arbeitsgelegenheiten oder das Einstiegs geld. Zugleich wurden die Bedingungen für den Leistungsbezug verschärft, z. B. durch weitreichende Zumutbarkeitsbedingungen.

Der Forschungsbereich analysiert vor diesem Hintergrund die Effektivität und Effizienz der Leistungen für Arbeitslosengeld II-Empfänger. Hierbei ist die zentrale Frage, ob bedürftige arbeitslose Personen durch die neue Politik rasch und nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Um diese Frage zu beantworten, wird zunächst untersucht, welche Personengruppen durch verschiedene aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gezielt gefördert werden. Werden dabei Gruppen mit offensichtlichen Eingliederungsproblemen vernachlässigt?

In einem zweiten Schritt geht es um den Erfolg aktiver Maßnahmen: Wie wirkt sich die Teilnahme an diesen Maßnahmen auf die Eingliederung in ungeforderte Beschäftigung aus?

Rechtfertigt der Nutzen der Maßnahmen die Kosten? Dabei werden auch Unterschiede in der Effektivität der Maßnahmeteilnahme für verschiedene Personengruppen quantifiziert und die Wirkungen unterschiedlicher Maßnahmen verglichen.

Weiterhin untersucht der Forschungsbereich auch die Verschärfung des Leistungsrechts: Führen Sanktionen dazu, dass hilfsbedürftige Personen rascher und stabiler zurück ins Erwerbsleben finden und gegebenenfalls auch ihre Anspruchslöhne zurücknehmen? Scheiden Personen aus anderen Gründen aus dem Arbeitslosengeld II-Bezug aus, z. B. dadurch dass sie in einen Haushalt mit höherem Einkommen wechseln?

Schließlich wird der Frage nachgegangen, welche Wirkungen dies alles auf die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes hat: Welche Nettoeffekte haben die verschiedenen Instrumente auf die Matching-Effizienz und die Quote der Arbeitsuchenden auf regionaler Ebene?

Der Bereich wendet sich somit Themen zu, bei denen in Deutschland bisher noch große Forschungslücken bestehen. Dies gilt erstens für die Wirkungen aktiver Arbeitsmarktpolitik für erwerbsfähige Hilfebedürftige. Insbesondere für die Maßnahmen im Bereich der früheren Sozialhilfe gibt es nämlich kaum systematische Erkenntnisse.

Mit den Analysen zur Teilnehmerstruktur von Arbeitsgelegenheiten und SGB III-Instrumenten, die für ALG II-Bezieher eingesetzt werden können, wurden nun erste Informationslücken geschlossen. Es wurde gezeigt, dass die aktiven Maßnahmen des SGB II bisher Personen mit besonderen Vermittlungshemmnissen vielfach noch nicht gezielt fördern. Diese Ergebnisse wurden in Kurz- und Forschungsberichten und in einem Beitrag für eine referierte Zeitschrift publiziert. Außerdem wurden sie auf einem Workshop Geschäftsführern von Arbeitsagenturen und ARGEN vorgestellt, also der Praxis für Steuerungszwecke zur Verfügung gestellt.

Zudem gibt es für Deutschland noch keine Analysen zu den Wirkungen von Sanktionen in der Arbeitsmarktpolitik. Studien für die Niederlande und die Schweiz weisen nach, dass die Bemühungen um eine Eingliederung in Arbeit nach einer Sanktion deutlich steigen können.

Der Forschungsbereich untersucht für Deutschland, ob nach einer Sanktion die Beschäftigungswahrscheinlichkeit der Betroffenen zu- und die Wahrscheinlichkeit, bedürftig zu sein, abnimmt. Dabei geht es vor allem darum, ob es unterschiedliche Wirkungen für verschiedene Personengruppen gibt und ob der Grund für die Sanktion eine Rolle spielt, etwa die Ablehnung eines Stellenangebotes oder einer Arbeitsgelegenheit.

Das Projekt zielt dabei nicht nur auf die wissenschaftliche Debatte um Sanktionen. Vielmehr wird es auch einen Beitrag zur Beantwortung der Frage leisten, ob die gegenwärtige rechtliche Ausgestaltung der Sanktionen und ihre Handhabung in der Praxis dabei helfen, die Ziele des SGB II zu erreichen.



PD Dr. Joachim Wolff

Datengrundlage für die Projekte, die der Bereich durchführt, sind in erster Linie die Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit. Damit betritt der Forschungsbereich nicht nur inhaltliches Neuland, sondern erschließt erstmals auch diese Datenbasis für die Wirkungsforschung zum SGB II. Damit werden für die Wissenschaftler innerhalb und außerhalb des IAB Vorarbeiten geleistet, auf die man aufbauen kann.

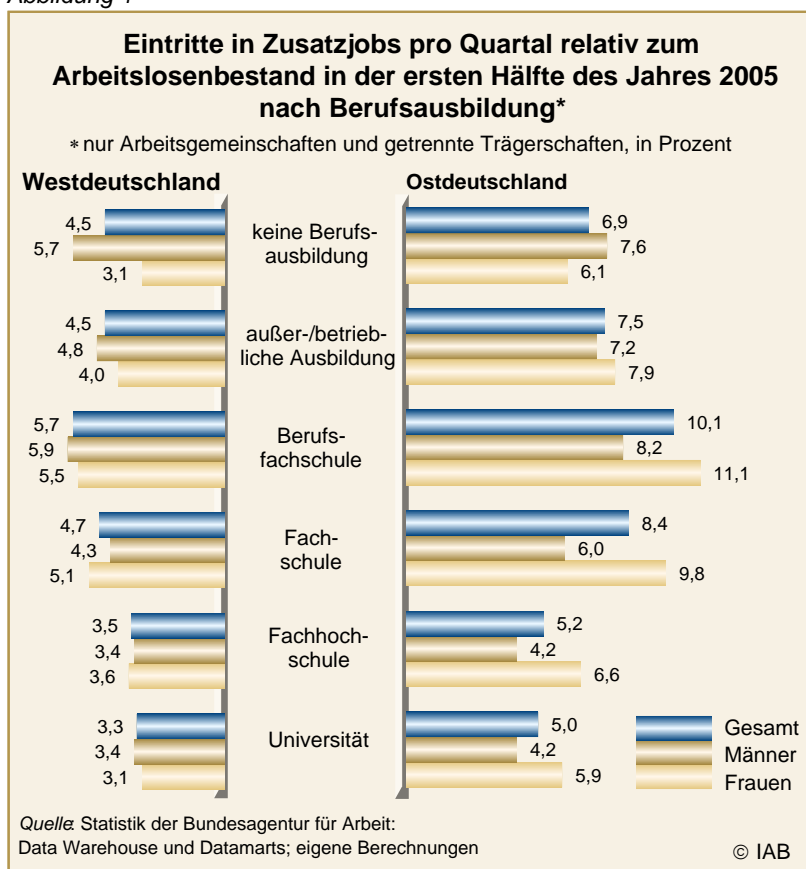
Der Bereich „Effektivität und Effizienz von Leistungen“ trägt damit zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags des IAB zur SGB II- Wirkungsforschung bei. Eine enge Verzahnung besteht auch mit der Wirkungsforschung des Forschungsbereichs „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ im Bereich des SGB III. Der Forschungsbereich 9 wurde mit dem Aufbau der SGB II-Forschung im IAB Mitte 2005 gegründet und wird seitdem von PD Dr. Joachim Wolff geleitet.

Arbeitsgelegenheiten

Mit mehr als 600.000 Eintritten im Jahre 2005 sind Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante (Ein-Euro-Jobs oder Zusatzjobs) für erwerbsfähige Hilfebedürftige das quantitativ wichtigste Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dabei stellen sich viele Fragen: Wer nimmt daran teil, wie verläuft die Teilnahme und welche Wirkungen hat sie? Erreichen die Zusatzjobs genau die Personen, die sonst keine Arbeit finden? Wie sind sie ausgestaltet? Tragen

die Personengruppe gefördert wird. Die Maßzahl wurde für verschiedene Gruppen mit unterschiedlicher Arbeitsmarktnähe gebildet. Dabei ergab sich für das Jahr 2005, dass schwer vermittelbare Hilfeempfänger durch Zusatzjobs nicht stärker gefördert werden als arbeitsmarktnahe Personen. So werden Personen ohne Berufsausbildung vielfach nicht stärker gefördert als Höherqualifizierte (Abbildung 1). Ebenso werden über 50jährige nicht besonders intensiv gefördert. Jugendliche und junge Erwachsene beginnen viel häufiger Zusatzjobs als Personen im Alter von 25 bis unter 50 Jahren (Abbildung 2).

Abbildung 1



Dies deutet darauf hin, dass mit Zusatzjobs auch die Arbeitsbereitschaft getestet wird und zum Teil „Creaming“ vorliegt – eine Auswahl der Teilnehmer nach ihren guten Eingliederungschancen. Die Mehrzahl der Teilnehmer verweilt in einem Ein-Euro-Job bis zu sechs Monate und arbeitet in Teilzeit, so dass sie auch während der Teilnahme ausreichend Zeit hat, einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu suchen. Offenbar möchte man damit den befürchteten „Sperrklinken-Effekt“ von Vollzeit-Maßnahmen vermeiden.

Im nächsten Schritt wird mit Matching-Methoden evaluiert, ob die geförderten Personen auch erfolgreich an den Arbeitsmarkt herangeführt und in Beschäftigung integriert wurden.

Projektmitarbeiter/innen:
 Katrin Hohmeyer, Eva Jozwiak, PD Dr. Joachim Wolff

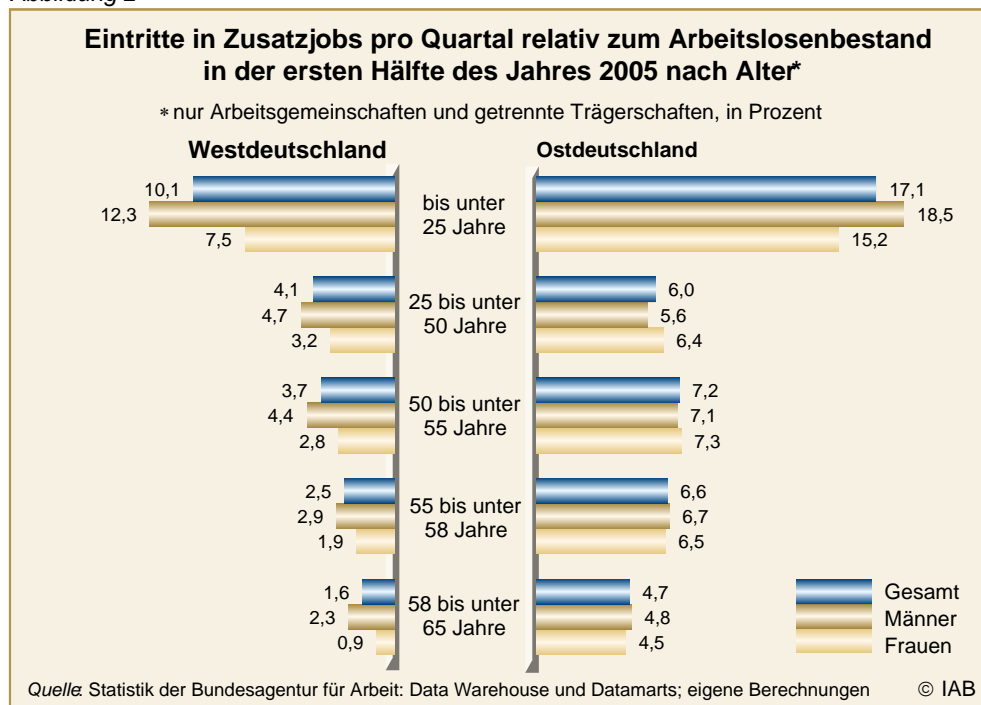
sie dazu bei, dass Arbeitslosengeld II-Bezieher ans Erwerbsleben herangeführt und in den Arbeitsmarkt integriert werden?

Um darauf Antworten zu finden, werden in einem ersten Schritt die Eintritte in Zusatzjobs im Verhältnis zum Arbeitslosenbestand einer Personengruppe betrachtet. Diese Relation ist ein Maß dafür, wie intensiv

Sanktionen gegen erwerbsfähige Hilfebedürftige: Zeigen sie Wirkung?

Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die ihren gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten nicht nachkommen, können mit einer vorübergehenden Kürzung des Arbeitslosengeldes II bestraft werden. Hierbei können Verstöße wie die Ablehnung eines Stellenangebotes oder einer Arbeitsgelegenheit geahndet

Abbildung 2



werden. Verändert sich dadurch das Verhalten der betroffenen Personen? Suchen sie verstärkt nach Arbeit oder bemühen sie sich vermehrt darum, ihre Hilfebedürftigkeit auf einem anderen Weg zu beenden?

Zur Beantwortung der Fragen wird in diesem Projekt auf Angaben der BA zurückgegriffen, die auf individueller Ebene Auskunft über Zeitpunkt und Grund einer Sanktion gegen erwerbsfähige Hilfebedürftige geben. Mit Hilfe des Propensity-Score-Matching wird untersucht, wie hilfebedürftige Arbeitslose und die übrigen erwerbsfähigen Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft auf die Sanktionen reagieren. Dabei sind verschiedene Fragen von Interesse: Beenden Arbeitslose wegen der Sanktion ihren Arbeitslosengeld II-Bezug eher? Finden sie deswegen Arbeit?

Sind solche Beschäftigungsverhältnisse stabiler oder instabiler als Beschäftigungsverhältnisse von Vergleichspersonen?

Mit der Panelbefragung „Lebensqualität und soziale Sicherung“ wird es zudem möglich, den gesamten Haushalt sankti-

onierter Personen zu beobachten. Daher untersuchen wir, inwieweit eine Sanktion bewirkt, dass Personen ihren Haushalt wechseln und dadurch die Hilfebedürftigkeit beenden. Dies kommt z. B. für junge Erwachsene in Frage, die zurück in den elterlichen Haushalt ziehen. Ebenso könnte die Hilfebedürftigkeit beendet werden, weil getrennt lebende Partner zusammenziehen, soweit der Partner/die Partnerin ein hinreichend hohes Einkommen erzielt.

Die Wirkungen werden für unterschiedliche Personengruppen quantifiziert. Durch erste Änderungen in der Sanktionsgesetzgebung können wir zudem der Frage nachgehen, ob die Sanktionswirkung auch vom Strafmaß abhängt.

Projektmitarbeiter/innen:
Barbara Hofmann, Julia Schneider, PD Dr. Joachim Wolff

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

SGB II Strukturen und Bewegungen im Niedrigeinkommensbereich

erste Reihe v.l.n.r.:

Patrizia Beck
Doreen Makrinus

zweite Reihe v.l.n.r.:

Bernhard Christoph
Dr. Tobias Graf
Helmut Rudolph
Dr. Claudia Wenzig
Kerstin Bloss



Aus einer Makroperspektive zeigt sich ein permanenter „Umschlag“ der transferabhängigen Haushalte bzw. der Bedarfsgemeinschaften. Armutsrisiken und die Inanspruchnahme von staatlichen Transferleistungen sind ungleich verteilt, ebenso die Chancen zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit. Zum Verständnis dieser Prozesse gilt es, die Einflüsse individueller Charakteristika der transferabhängigen Personen und des Haushaltskontextes auf Zugangsrisiken und Ausstiegchancen vor dem Hintergrund konkreter lokaler Arbeitsmärkte zu analysieren.

Mit Einführung des SGB II haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen erheblich verändert. Deshalb untersucht der Forschungsbereich die Strukturen von bedürftigen Haushalten, die Transfers nach dem SGB II erhalten. Von Interesse sind dabei die Haushaltszusammensetzung, der Arbeitsmarktstatus der Haushaltsmitglieder sowie die Einkommenskomponenten und ihre Auswirkungen auf die Übergänge in die Bedürftigkeit und aus ihr heraus.

Erste wichtige Hinweise zu den Auswirkungen des neuen Rechts liefern dabei Analysen des Übergangs von bedürftigen Personen und Haushalten in die neue Grundsicherung für Arbeitssuchende, aus Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bzw. aus Beschäftigung und Arbeitslosengeldbezug. Sie sind entscheidend für eine dynamische Betrachtungsweise.

Aus der Einführung des SGB II ergeben sich intendierte und nicht intendierte Änderungen im Umfang und in der Art der Inanspruchnahme staatlicher Transferleistungen. Dies beeinflusst auch die Alternativ- und Komplementärbeziehungen zwischen den staatlichen Transfersystemen. Der Forschungsbereich geht in diesem Zusammenhang v. a. folgenden Fragen nach: Wie wird durch das neue Recht der Wechsel von Personen und Haushalten zwischen den Transfersystemen beeinflusst? Wie wirkt sich dies auf die Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen der Haushalte aus? Welche Verteilungswirkungen ergeben sich hieraus bei der Finanzierung staatlicher Leistungen?

Hierfür wird zunächst eine Typologie von Bedarfsgemeinschaften entwickelt, die unterschiedliche Haushaltszusammensetzungen, den Erwerbsstatus und demographische Charakteristika berücksichtigt. Darauf aufbauend analysiert der Bereich die Dynamik im Leistungsbezug nach Bedarfsgemeinschaftstypen, auch im regionalen Kontext.

Ein weiteres Forschungsthema ist der Zusammenhang zwischen niedrigen Lohnsätzen und niedrigen Erwerbs- bzw. Haushaltseinkommen und dessen Auswirkungen auf den Transferbezug (Projekt „Einkommenskomponenten und Bedürftigkeit im Umfeld des SGB II“). Weil inzwischen mehr als eine Million Personen SGB II-Leistungen beziehen und gleichzeitig erwerbstätig sind, werden Analysen zu dieser Personengruppe und ihrem Weg in den Transferbezug immer wichtiger („working poor“). Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Untersuchung der Entwicklung von Mini- und Midi-Jobs zu, für die der Bereich ein eigenes Forschungsprojekt konzipiert hat.

Als Datengrundlage für seine Analysen entwickelt der Bereich das administrative Panel, eine repräsentative Verlaufsstichprobe von Bedarfsgemeinschaften und ihren Haushaltsmitgliedern mit Geschäftsdaten der BA. Damit kann man Strukturinformationen nicht nur im Querschnitt, sondern auch im Längsschnitt abbilden und ihre Veränderungen analysieren. Mit der Kombination von Personen- und Haushaltsinformationen zu Erwerbsverlauf, Leistungsbezug und Maßnahmeteilnahme wird eine innovative Datenbasis für die Forschung innerhalb und außerhalb des IAB bereitgestellt.

Mit seinen Simulationen und Analysen zu den quantitativen Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum SGB II hat der Bereich maßgeblich zu einer Versachlichung der Debatte um Kostenexplosion und Missbrauch des SGB II beigetragen. Diese Befunde sind in



Helmut Rudolph

Beratungen für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingeflossen und auch in mehreren Kurzberichten veröffentlicht worden. Sie legen nahe, dass sich der Anstieg der ALG II-Empfängerzahlen im Jahr 2005 weitestgehend durch andere Faktoren erklären lässt als durch einen massiven Missbrauch. Bereits vor Einführung des SGB II hatte das IAB auf solche Aspekte hingewiesen. Die aktuellen Projekte des Bereichs basieren auf diesen Vorarbeiten.

Insgesamt ist die Forschungstätigkeit des Bereichs „Strukturen und Bewegungen im Niedrigeinkommensbereich“ Teil der Wirkungsforschung zum SGB II, für die das IAB den gesetzlichen Auftrag hat. Der Forschungsbereich wurde mit der Einführung des SGB II Mitte 2005 gegründet, um strukturierte Basisinformationen und neue Datenquellen für die Forschung bereitzustellen. Seitdem ist Helmut Rudolph Bereichsleiter.

Einkommenskomponenten und Bedürftigkeit im Umfeld des SGB II

Die seit Januar 2005 gestiegene Zahl an Empfängern der Grundsicherung für Arbeitssuchende ist erklärungsbedürftig. Schuld daran könnte neben der Arbeitsmarktentwicklung und der vorwiegend diskutierten Missbrauchshypothese auch die durch das SGB II veränderte Rechtslage sein. Sie führt nämlich zu geänderten Anreizen für eine Inanspruchnahme von Sozialleistungen und möglicherweise dazu, dass sich die aus Sozialhilfeanalysen bekannte Dunkelziffer deutlich reduziert. Zusätzlich fallen die neuen gesetzlichen Grundlagen im Vergleich zur Sozialhilfe weniger restriktiv aus und erweiterten so den Kreis anspruchsberechtigter Haushalte.

Untersucht wird in diesem Projekt der quantitative und qualitative Gehalt der Hypothesen von der Erweiterung des Kreises anspruchsberechtigter Haushalte bzw. der Verringerung der Dunkelziffer. In einem institutionellen Vergleich wurden hierfür die wesentlichen rechtlichen Änderungen zu Anspruchshöhe und Anrechnungen dargestellt. Unter Verwendung früherer Dunkelzifferstudien wurden diese dann im Hinblick auf Anreize zur Inanspruchnahme analysiert. Es zeigt sich, dass es starke Argumente für beide Hypothesen gibt. So sprechen Änderungen beim Unterhaltsrückgriff gegen Angehörige oder die Leistungsgewährung aus einer Hand tendenziell für eine Verringerung der Dunkelziffer durch die neue Grundsicherung.

Um die quantitative Bedeutung der Hypothesen zur Erklärung des Anstiegs zu bestimmen, wurde der Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II mit Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 simuliert. Die Berechnungen ergeben für diesen Zeitraum ein Potential von ca. 730 000 Haushalten, die zusätzlich zu den ehemaligen Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfehaushalten einen Leistungsanspruch haben könnten.

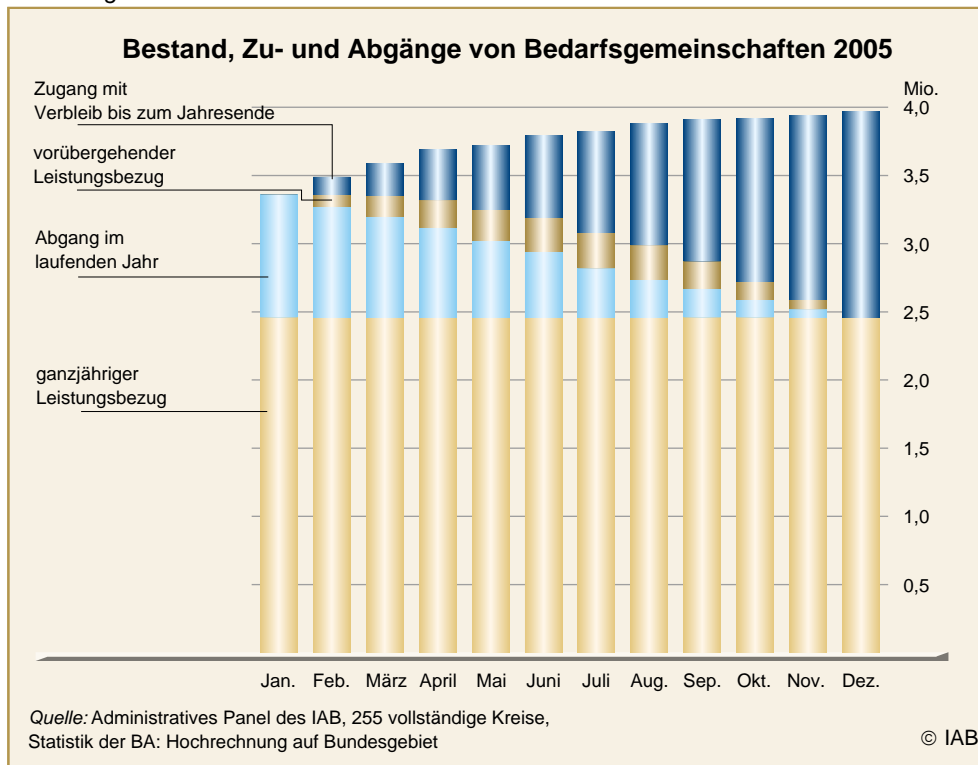
Allerdings ergeben sich nur für etwa 60 Prozent dieser Haushalte bedeutende Anspruchsbeträge, die eine Inanspruchnahme auch wahrscheinlich machen. Häufig vertreten sind nämlich in diesem Potenzial Alleinstehende, Erwerbstätige im Niedriglohnbereich und in geringerer Zahl auch Empfänger von Arbeitslosengeld und Wohngeld.

Projektmitarbeiter/innen:
Kerstin Blos, Helmut Rudolph

Administratives Panel

Mit dem administrativen Panel entwickelt der Forschungsbereich eine Datenbasis für Forschungen zur Dynamik im Niedrigeinkommensbereich. Das administrative Panel nutzt die prozessproduzierten Daten aus den Geschäftsdaten der BA für Bedarfsgemeinschaften und ihre Mitglieder und verknüpft diese im Längsschnitt. Im Jahr 2006 wurde ein Grundkonzept für das administrative Panel entwickelt und mit den verfügbaren Daten der BA gefüllt. Als erste Anwendung wurde die Fluktuation von Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2005 untersucht. Danach bezogen im Januar 2005 etwa 3,33 Mio. und im Dezember 2005 3,93 Mio. Bedarfsgemeinschaften Leistungen nach dem SGB II. Von den Bedarfsgemeinschaften waren 2,46 Mio. das ganze Jahr über hilfebedürftig und bezogen in jedem Monat SGB II-Leistungen (*Abbildung 1*). Dies ergibt eine Verbleibsrate für die ersten zwölf Monate nach der Reform

Abbildung 1



von 74 Prozent. Sie entspricht in etwa der Rate der Sozialhilfe im Jahr 2004.

Die Fluktuationsanalyse mit dem administrativen Panel zeigt, dass die Beendigung des SGB II-Bezugs teils nur vorübergehend ist, weil der Leistungsbezug nur für einige Wochen unterbrochen wurde oder Haushaltsmitglieder in anderen Bedarfsgemeinschaften weiterhin Leistungen bezogen. Etwa 60 Prozent der Abgänge im Jahr 2005 waren aber mit einem Ende der Bedürftigkeit verbunden.

Im Vergleich zu den Bedarfsgemeinschaften, die vor 2005 Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe bezogen haben, zeigt sich für die Neuzugänge im ersten Halbjahr 2005 ein deutlich beschleunigter Abgangsprozess. Von den Neuzugängen konnten nämlich durchschnittlich 43 Prozent innerhalb von zwölf Monaten den Leistungsbezug beenden. Die Chance zum Ausstieg ist also um etwa das eineinhalbfache größer als für den Ausgangsbestand vom Januar 2005 (26 Prozent).

Projektmitarbeiter:

Dr. Tobias Graf, Helmut Rudolph

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

Arbeitsgruppe Berufsforschung

Kommissarische Leitung:
Prof. Jutta Allmendinger, Ph.D.

Wolfgang Biersack
PD Dr. Uwe Blien
Dr. Hans Dietrich
Dr. Britta Matthes
Dr. Hannelore Plicht
Franziska Schreyer
Dr. Ulrich Walwei

Der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland ist stärker als jener in anderen westlichen Ländern nach beruflichen Teilmärkten untergliedert. Aktuelle Analysen zeigen, dass diese Art der Segmentierung im Zeitablauf nicht an Gewicht verliert. Berufswahlentscheidungen im Prozess der Ausbildung sind immer noch prägend für das weitere Erwerbsleben. Fehlallokationen zwischen Bewerbern und Arbeitsplätzen sind nicht nur eine Verschwendung von Ressourcen, sondern auch abträglich für die Erwerbsperspektiven der Betroffenen. Von entsprechender Bedeutung sind die Beratungsdienste der BA.

Angesichts der praktischen und wissenschaftlichen Bedeutung des Feldes ist Berufsforschung ein Schwerpunkt der Tätigkeit des IAB, der in einer dauerhaften, bereichsübergreifenden Arbeitsgruppe als Querschnittsaufgabe realisiert wird. Dabei werden einerseits Informationen in differenzierter und aufbereiteter Form vom IAB an die Beratungsdienste der BA und über das Internet direkt an Ratsuchende geliefert. Dies erfolgt in Form der Datenbasis „Berufe im Spiegel der Statistik“, die in das BERUFENET der BA unmittelbar integriert ist. Zum anderen werden wissenschaftliche konzeptionelle Analysen zum berufsstrukturellen Wandel und zu einer Vielzahl von Spezialfragen vom IAB durchgeführt.

Berufsforschung und amtliche Statistik arbeiten mit Klassifikationen, die nunmehr fast 20 Jahre alt sind und somit aktuelle Entwicklungen von Berufen nicht überall adäquat abbilden. Das IAB wirkt daher an einem Projekt mit, in dem die bestehenden Klassifikationen aktualisiert, vereinheitlicht und nach Möglichkeit auch mit internationalen Statistiken kompatibel gemacht werden sollen.

Empirisch spricht aber nach wie vor vieles dafür, dass Berufe prägend für Erwerbs- und Berufsverläufe sind. So lässt sich zeigen, dass die große Mehrheit der Ausbildungsabsolventen im Anschluss in dem erlernten Beruf tätig ist – Frauen in noch höherem Maße als Männer. Es lässt sich aber auch eine große Spanne zwischen den Berufen zeigen. Insgesamt haben Berufswechsel nach der Ausbildung tendenziell negative Folgen: Berufswechsler sind seltener als Facharbeiter tätig als jene Absolventen, die im Anschluss an die Ausbildung berufliche Kontinuität aufweisen.

Die Dynamik des Erwerbslebens macht aber Weiterbildung auch im Erwachsenenalter immer dringlicher. Im Projekt „Qualifikationen, Kompetenzen und Erwerbsverläufe“ werden Weiterbildungsaktivitäten im Lebensverlauf untersucht, wobei formale wie informale Aktivitäten in den Blick genommen werden. Dabei sollen v.a. folgende Fragen beantwortet werden: Wie hoch ist die Teilnahme Erwachsener bzw. bestimmter Subgruppen an Weiterbildung im gesamten Erwerbsverlauf? Welchen Einfluss haben Lebenssituation, Karrierepunkte und institutionelle Rahmenbedingungen auf die Teilnahme an Weiterbildung? ■

Arbeitsgruppe

Geschlechterforschung

Das Geschlecht einer Person ist eine der zentralen Determinanten ihres Verhaltens und ihrer Chancen am Arbeitsmarkt. Zahlreiche Forschungsarbeiten am IAB haben sich immer wieder mit solchen geschlechtsspezifischen Unterschieden befasst – ihrem Ausmaß, ihren Ursachen und den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zum Abbau von Ungleichheit. Um die Arbeiten zur geschlechtsbezogenen Arbeitsmarktforschung zu bündeln und zu vernetzen, wurde im Mai 2004 die Arbeitsgruppe Geschlechterforschung als bereichsübergreifendes Diskussionsforum eingerichtet.

In diesem Kreis sind alle Einheiten des IAB vertreten, die sich mit dem „gendering“ der Arbeitswelt befassen. In die Diskussion wissenschaftlicher Befunde, daraus abgeleiteten Handlungserfordernissen und künftigen Forschungsvorhaben ist zudem die Stabsstelle „Chancengleichheit am Arbeitsmarkt“ der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit eingebunden. In den Sitzungen gibt es einen regelmäßigen Austausch über aktuelle interne und externe Datenreports sowie einschlägige Publikationen, Tagungen und bereichsübergreifende Kooperationen.

Im Jahr 2006 wurden in der Arbeitsgruppe vielfältige Forschungsfragen und -ergebnisse diskutiert. So wurde die Studie „Frauen in Führungspositionen“ vorgestellt, in der nach betrieblichen Merkmalen differenziert und mit Daten des Mikrozensus das familiäre Umfeld von Führungskräften betrachtet wird. Die Studie zeigt, dass Frauen eher kleine Betriebe und solche im Gesundheits- und Sozialwesen leiten. Weibliche Führungskräfte leben öfter als ihre männlichen Kollegen allein oder mit Partnern, die ebenfalls stark an Beruf und Karriere orientiert sind. Außerdem haben sie seltener Kinder.

In einem weiteren Projekt wurden das Ausmaß und die betrieblichen Determinanten des geschlechtsspezifischen Lohnabstands in den alten und neuen Bundesländern untersucht (Forschungsbereich „SGB II Soziale Sicherung und Arbeitsmarktpartizipation“, „Kompetenzzentrum Empirische Methoden“). Auf Grundlage des verbundenen Linked-Employer-Employee-Datensatzes des IAB (LIAB) wurde insbesondere der Einfluss der Geschlechterzusammensetzung von Berufen auf den Lohnabstand innerhalb von Betrieben (Jobzellen) betrachtet.

Danach würden vollzeitbeschäftigte Frauen im Westen ein um 12 Prozent höheres Einkommen erzielen, wenn sie hinsichtlich Bildung, Berufserfahrung und Betriebszugehörigkeitsdauer mit den Männern gleichzögen. Im Osten liegt der hypothetische Höherverdienst von Frauen hingegen nur bei einem Prozent.

Mit steigendem Frauenanteil im Beruf sinkt der durchschnittliche Tagesverdienst von Frauen und Männern mit gleicher Qualifikation und Erwerbserfahrung im gleichen Betrieb. Dabei ist die Lohnleinbuße für Frauen stärker als für Männer. In gemischtgeschlechtlichen Jobzellen und in solchen mit einem deutlichen Frauenüberhang ist der Lohnabstand zwischen Frauen und Männern jeweils am größten.

Der Produktionssektor im Westen weicht von diesem Bild ab: Der Frauenanteil hat hier einen signifikanten Einfluss auf die Lohnhöhe von Männern, nicht aber auf die von Frauen. Dieses Muster der geschlechtsspezifischen Entlohnung ist zunächst durch die kulturelle Entwertung von Frauenarbeit zu erklären, die insbesondere im Dienstleistungsbereich zu beobachten ist. Zum anderen deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Frauen in Mischberufen, aber auch in frauengeprägten Jobzellen verstärkt in Positionen mit geringem Status beschäftigt sind. ■

Leitung:

Gerhard Engelbrech

Juliane Achatz
Prof. Jutta Allmendinger, Ph.D.
Dr. Axel Deeke
Kathrin Dressel
Dr. Johann Fuchs
Dr. Hermann Gartner
Eva Jozwiak
Dr. Corinna Kleinert
Dr. Susanne Kohaut
Margit Lott
Dr. Britta Matthes
Franziska Schreyer
Cornelia Sproß
Melanie Stamm
PD Dr. Gesine Stephan
Regina Stoll
Petra Wagner
Susanne Wanger
Dr. Christine Wimbauer

Arbeitsgruppe Migration und Integration

Leitung:

Elmar Hönekopp

Prof. Jutta Allmendinger, Ph.D.

Manfred Antoni

Dr. Herbert Brücker

Dr. Carola Burkert

Andreas Damelang

Dr. Axel Deeke

Dr. Sabine Fromm

Dr. Johann Fuchs

Dr. Nadia Granato

Anette Haas

Dr. Corinna Kleinert

Dr. Annetrin Niebuhr

Jörg Paulsen

Sandra Popp

Dr. Markus Promberger

Eva Schweigard

Dr. Holger Seibert

Dr. Ulrich Walwei

Dr. Rüdiger Wapler

Dr. Ulrich Wenzel

Die internationale Migration wirkt sich auf die Arbeitsmärkte unmittelbar (bei Arbeitskräften) oder zeitverzögert (etwa bei Familienangehörigen) aus. Die Integration von Migranten bzw. von Personen mit Migrationshintergrund stellt dabei eine permanente Herausforderung für Gesellschaft wie für den Arbeitsmarkt dar. Die Arbeitsgruppe Migration und Integration hat zum Ziel, die systematische Erforschung der vielfältigen Aspekte der Migration und der Integration am IAB zu intensivieren und zu koordinieren. Dabei sollen die unterschiedlichen inhaltlichen und methodischen Kompetenzen der Forschungsbereiche gebündelt werden.

Die koordinierende Funktion spiegelt sich in der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe wider, an der Wissenschaftler aus acht Forschungsbereichen sowie aus dem Regionalen Forschungsnetz beteiligt sind. Zudem ist die Arbeitsgruppe bestrebt, durch externe Kooperationen zusätzliches Know-

how ins IAB zu holen. Hier sind beispielhaft das Bundesinstitut für Berufsbildung, das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut oder das internationale Netzwerk im Rahmen der Marie-Curie-Forschungsförderung zu nennen.

Das Themenspektrum ist breit und differenziert. Mit den Ursachen und

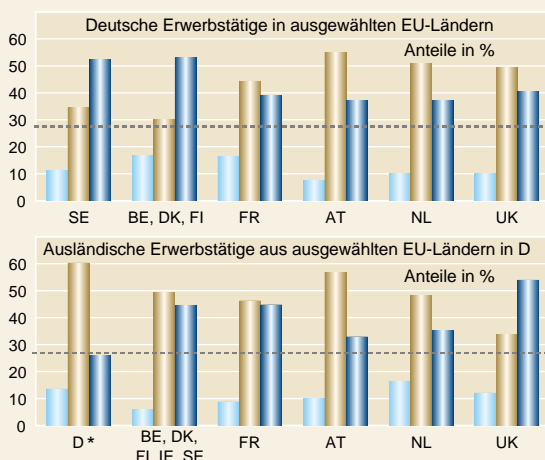
den Konsequenzen der Migration beschäftigt sich z.B. das internationale Kooperationsprojekt „Auswirkungen der Osterwei-

terung auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und ausgewählten EU-Mitgliedstaaten – bisherige Erfahrungen und künftige Entwicklungen unter besonderer Berücksichtigung der EU-Beitritte Bulgariens und Rumäniens“ (Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ in Kooperation mit der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen, dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und Cambridge Econometrics). In der Untersuchung „Erweiterte Europäische Union: Arbeitsmarktperspektiven der tschechisch-bayerischen Grenzregionen“ arbeiten der Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ und der Geographische Lehrstuhl der Universität Pilsen zusammen. Ein bereichsübergreifendes Projekt zur Beschäftigung Hochqualifizierter im EU-Kontext läuft derzeit an (Abbildung). Auswirkungen des Erwerbsverhaltens der Immigranten werden u.a. in den Arbeiten des Forschungsbereichs „Wachstum, Demographie und Arbeitsmarkt“ zu den längerfristigen Projektionen des Arbeitskräfteangebots analysiert.

Im Integrationskontext widmen sich Forschungsprojekte den ökonomischen Effekten der kulturellen Vielfalt (Forschungsbereich „Regionale Arbeitsmärkte“, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut, Oxford University), den regionalen Disparitäten bei der Beschäftigung von hochqualifizierten Ausländern (Regionales Forschungsnetz), der Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern (Regionales Forschungsnetz) sowie der Förderung der Sprachkompetenz von Arbeitslosen mit Migrationshintergrund (Forschungsgruppe „Arbeitsmarktpolitik und Europäischer Sozialfonds“). Die Verlaufsuntersuchung „Qualifikationen und Kompetenzen im Erwerbsverlauf“ (Forschungsbereich „Bildung und Beschäftigung, Lebensverläufe“) analysiert den Zusammenhang von Qualifikation und Kompetenz mit dem Erfolg von Migranten auf dem Arbeitsmarkt.

Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen

Qualifikationsniveau: ■ niedrig ■ mittel ■ hoch
Anteil der hochqualifizierten Deutschen in D: -----



* Zum Vergleich: Deutsche Erwerbstätige in D
Hinweis: BE, DK, FI, /BE, DK, FI, IE, SE - zusammengefasst wegen zu geringer Besetzungswerte, 2006 für Irland (IE) noch keine Werte vorhanden
Quelle: Eurostat, Labour Force Survey; eigene Berechnung. © IAB

Arbeitsgruppe

Leiharbeit

Die Arbeitsgruppe analysiert die Leiharbeit vor dem Hintergrund sich ändernder gesetzlicher Rahmenbedingungen und der zunehmenden Ausdifferenzierung von Erwerbsformen.

Am IAB wird Leiharbeit aus der Perspektive des Arbeitsangebotes und der Arbeitsnachfrage untersucht. Aus Sicht der Betriebsforschung (Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“) stehen vor allem folgende Fragen im Vordergrund: Warum und in welchem Umfang fragen Betriebe Leiharbeitskräfte nach? (*Abbildung*) Erhöht Leiharbeit die betriebliche Flexibilität? Nutzen Betriebe Leiharbeit eher substitutiv oder komplementär zu anderen Erwerbsformen?

Mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Aspekten der Leiharbeit und damit der Arbeitsangebotsseite befassen sich hingegen v.a. die Forschungsbereiche „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“, „Bildung und Beschäftigung, Lebensverläufe“, „Soziale Sicherung und Arbeitsmarktpartizipation“, sowie „SGB II Effektivität und Effizienz von Leistungen“.

Personen, die einen Leiharbeitsjob annehmen, sehen dies i. d. R. als einen ersten Schritt an, um danach in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis einzutreten. Stellt Leiharbeit ein Sprungbrett in den regulären Arbeitsmarkt dar? Können Personal-Service-Agenturen den Übergang in eine reguläre Beschäftigung fördern? Eng damit verbunden ist der Wunsch, Arbeitslosigkeit zu beenden. Kann Leiharbeit langfristige Beschäftigungsperspektiven bieten? Gibt es nationale und regionale Unterschiede? Bei der Beantwortung der letzten Frage fließen vor allem Kompetenzen aus dem Bereich „Regionale Arbeitsmärkte“ und dem Regionalen Forschungsnetz ein.

Die Arbeitsgruppe bündelt nicht nur die einschlägige Forschung zum Thema, sondern fördert auch den bereichs- und fachübergreifenden Austausch. Hierbei sind eine Reihe von Kooperationsprojekten entstanden, in denen Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen interdisziplinär zusammenarbeiten. Im Jahr 2006 durchgeführte oder in Planung befindliche Projekte sind: Verweildauern in Leiharbeit (Forschungsbereich „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“, Forschungsbereich „Bildung und Beschäftigung, Lebensverläufe“), Determinanten der Nachfrage nach Leiharbeit im Zeitverlauf (Forschungsbereich „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“, Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“ und Regionales Forschungsnetz), Übergänge aus Leiharbeit (Forschungsbereich „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“, Forschungsbereich „Bildung und Beschäftigung, Lebensverläufe“ und Forschungsbereich „SGB II Effektivität und Effizienz von Leistungen“).

Leitung:

Dr. Elke Jahn

Manfred Antoni

Patrizia Beck

PD Dr. Lutz Bellmann

Dr. Carola Burkert

Dr. Martin Dietz

Hans-Dieter Gerner

Christian Hohendanner

Dr. Markus Promberger

Helmut Rudolph

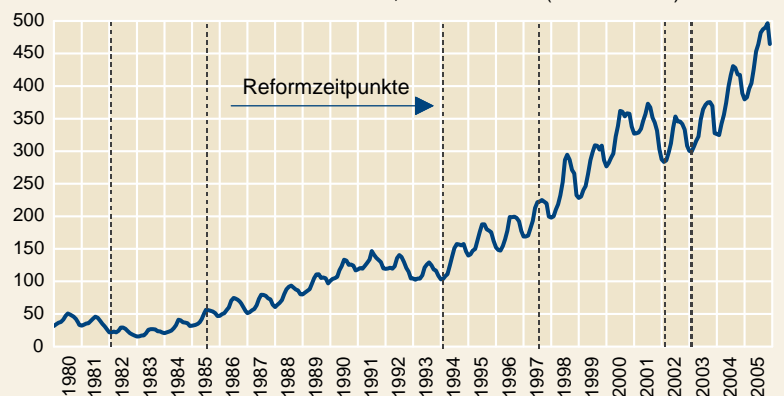
Dr. Ulrich Walwei

Dr. Katja Wolf

PD Dr. Joachim Wolff

Entwicklung der Arbeitnehmerüberlassung in Deutschland

Zahl der Leiharbeiter in 1000, 1980 bis 2005 (Monatswerte)



Quelle: Arbeitnehmerüberlassungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (bis 1992 nur Westdeutschland, danach einschließlich Ostdeutschland)

© IAB

Arbeitsgruppe Kombilohn

Leitung:

Dr. Ulrich Walwei
(kommissarisch)

Sarah Bernhard

Kerstin Bloss

PD Dr. Herbert Brücker

Dr. Martin Dietz

Michael Feil

Stefan Fuchs

Dr. Hermann Gartner

Dr. Susanne Koch

Regina Konle-Seidl

Gerhard Krug

Thomas Rhein

Helmut Rudolph

PD Dr. Gesine Stephan

Georg Sieglen

Jürgen Wiemers

PD Dr. Joachim Wolff

Im vergangenen Jahr wurde in Politik und Wirtschaft verstärkt darüber diskutiert, ob das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit über staatlich geförderte Beschäftigung zu lösen sei. Gerade im Niedriglohnbereich gibt es Bestrebungen, Arbeitslose über eine Kombination aus Marktlohn und staatlichem Zuschuss wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Außerdem wird angeregt, zusätzlich zu den bereits bestehenden Kombilöhnen weitere Instrumente einzuführen.

Mit der im Februar 2006 gegründeten AG Kombilohn soll dem zunehmenden Interesse an diesen Fragen entsprochen und damit ein deutlicher Akzent auf die Politikberatung gesetzt werden. Da die Kombilohndebatte vielfältige Dimensionen aufweist, trägt der bereichsübergreifende Gedankenaustausch in der Arbeitsgruppe wesentlich zur Qualität der Arbeitsergebnisse bei. Die Beratungstätigkeit zeigt sich unter anderem in einer Vielzahl von Vorträgen und Veranstaltungen mit politischen Entscheidungsträgern. Auch die Mitarbeiter des Regionalen Forschungsnetzes in den Regionaldirektionen sind daran stark beteiligt.

Die Beschäftigung mit Kombilohn-Ansätzen schlug sich im Jahr 2006 unter anderem in vier Kurzberichten nieder, an denen Mitarbeiter aus unterschiedlichen Bereichen beteiligt waren. Der erste Kurzbericht (Wissenschaftliche Leitung, Koordination der Evaluationsforschung) gab Antworten auf grundlegende Fragen: Was sind Kombilöhne, in welchem Ausmaß existieren sie bereits, und was wissen wir über ihre Wirkungsweise (Kurzbericht 03/06)?

Der Blick des Forschungsbereichs „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ über die nationalen Grenzen erlaubt es zudem, Unterschiede herauszuarbeiten und Lehren aus den Erfahrungen anderer Länder zu ziehen (Kurzbericht 10/06). Dabei wird jedoch deutlich, dass bei internationalen Vergleichen der institutionelle Kontext

beachtet werden muss, in den ein Kombilohn-Modell eingebettet ist. So konnten Kombilöhne in angelsächsischen Ländern mit relativ niedrigen Transferleistungen und einer strikten Aktivierungspolitik die Beschäftigung erhöhen.

Mit der Zielgruppe der älteren Arbeitslosen und der Frage der effizienten Ausgestaltung ihrer Förderung beschäftigt sich der Kurzbericht 18/06 (Wissenschaftliche Leitung, Koordination der Evaluationsforschung, Kompetenzzentrum Empirische Methoden). Darin wird gezeigt, dass befristet gewährte Lohnaufstockungen gerade älteren Arbeitslosen den Weg in eine neue Beschäftigung bahnen können, weil sie die Lücke zwischen Anspruchslohn und realisierbarem Marktlohn schließen. Grundsätzlich plädieren die Autoren für einen flexiblen Einsatz von Lohnsubventionen, so dass je nach Vermittlungshemmnis Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerzuschüsse gewährt werden können.

Der Kurzbericht 20/06 stellt die Evaluationsergebnisse des Hamburger Modells vor, des derzeit größten regionalen Kombilohn-Versuchs. Der Vergleich mit Kontrollgruppen zeigt, dass Kombilohn-Teilnehmer bessere Wiedereingliederungschancen haben.

Neben den Kurzberichten liegen Forschungsberichte zum Einstiegsgeld (Forschungsbereich „SGB II Effektivität und Effizienz von Leistungen“) sowie zur Entwicklung des Niedriglohnssektors in Deutschland (Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“) vor. Außerdem haben zwei Mitglieder der Arbeitsgruppe in Kooperation mit Peter Bofinger und Sascha Genders von der Universität Würzburg im Auftrag des Sächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit einen Vorschlag für einen flächendeckenden Kombilohn im Niedriglohnssektor ausgearbeitet. ■

Arbeitsgruppe

Linked-Employer-Employee-Datensatz

Die Analyse von Daten, die Informationen über Beschäftigte und Arbeitgeber enthalten, hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Mit diesen so genannten Linked-Employer-Employee-Datensätzen ist erstmals die simultane Schätzung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt oder die Trennung von Firmen- und Personeneffekten möglich.

Der Linked-Employer-Employee-Datensatz des IAB (LIAB) entsteht durch die Verknüpfung von Personendaten aus der Beschäftigten-Leistungs-Historik (BLH) mit Betriebsdaten aus dem IAB-Betriebspanel und aus Aggregationen über die Betriebsnummer in der Beschäftigtenstatistik. Diese in Deutschland einzigartige Analysegrundlage ist für viele Forschungsfelder von großem Nutzen: so für die Analyse betrieblicher und individueller Weiterbildungseffekte, der beruflichen und betrieblichen Fluktuation, geschlechtsspezifischer Ungleichheiten, von Gewerkschaftseinflüssen auf Lohnungleichheit oder Mobilität sowie der Effekte neuer Organisationsstrukturen und Technologien.

Wegen der Komplexität des Datensatzes ist eine besonders enge Vernetzung von Herstellern und Nutzern der Daten nötig. Hierzu wurde im IAB die Arbeitsgruppe LIAB eingerichtet. Sie beschäftigt sich insbesondere mit der datentechnischen Organisation des LIAB, den Erfahrungen beim Umgang mit der Datenquelle, der Systematisierung und Intensivierung von Projekten mit externer Beteiligung sowie der Darstellung aller Projekte und ihrer Ergebnisse.

Die Arbeitsgruppe wurde bei der Konzeption allgemeingültiger LIAB-Versionen im Forschungsdatenzentrum der BA im IAB (Forschungsdatenzentrum) maßgeblich von Holger Alda unterstützt. Der LIAB wird seit April 2005 in einem LIAB-Querschnittsmodell und in LIAB-Längsschnittsmodellen angeboten. Im LIAB-Querschnittsmodell ist das IAB-Betriebspanel enthalten.

Es wird mit sämtlichen Beschäftigtenmeldungen der Betriebe zum Stichtag 30. Juni verknüpft. Somit liegen für jeden Betrieb und jede Erhebungswelle Einzelangaben zu allen Beschäftigten vor. Im LIAB-Längsschnittsmodell sind Betriebe enthalten, die an drei aufeinander folgenden Befragungen teilgenommen haben. Diese Betriebe werden mit allen Personen verknüpft, die im selben Zeitraum mindestens einen Tag in einem dieser Betriebe beschäftigt waren.

Beispiel für ein Projekt auf Grundlage des LIAB ist der deutsche Beitrag zu einer international vergleichenden Studie über Mobilität und Lohnstrukturen von Holger Alda (Forschungsdatenzentrum), Lutz Bellmann (Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“) und Hermann Gartner (Kompetenzzentrum Empirische Methoden). Darin werden die Lohnstrukturen sowie die Zu- und Abgänge von Beschäftigten auf Betriebsebene untersucht. In den 90er Jahren ist die Einkommensungleichheit innerhalb und zwischen den Betrieben gestiegen, aber auch die Arbeitskräftemobilität. Dabei lässt sich die wachsende Ungleichheit nur teilweise durch Veränderungen der Berufsstruktur in den Betrieben erklären. Erste Untersuchungsergebnisse wurden Ende 2005 als IAB-Discussionpaper 18/2005 veröffentlicht. Die Länderstudien werden von Edward Lazear und Kathryn Shaw in einem Sammelband des National Bureau of Economic Research herausgegeben.

Nachdem die Arbeiten an den LIAB-Versionen fertig waren und die Daten im Forschungsdatenzentrum bereit lagen, löste sich die Arbeitsgruppe im Jahr 2006 auf. Der Austausch über Arbeiten mit dem LIAB findet nun in internen Diskussionsforen des IAB, in den Nutzerkonferenzen und auf Tagungen statt. So veranstaltete das IAB im September 2006 in Nürnberg eine international hochrangig besetzte „Conference on the Analysis of Firms and Employees (CAFE)“.

Leitung:

Stefan Bender

Dr. Holger Alda

PD Dr. Uwe Blien

Dr. Udo Brix

Dr. Hermann Gartner

Anette Haas

Dr. Peter Jacobebbinghaus

Steffen Kaimer

Dr. Susanne Kohaut

Van Phan thi Hong

Arbeitsgruppe Haushaltspanel

Leitung:

Dr. Mark Trappmann

Juliane Achatz

Bernhard Christoph

Katrin Hohmeyer

Dr. Susanne Koch

Dr. Peter Kupka

Doreen Makrinus

Dr. Britta Matthes

Dr. Markus Promberger

Dr. Laura Romeu Gordo

Helmut Rudolph

Dr. Claudia Wenzig

PD Dr. Joachim Wolff

Die Arbeitsgruppe Haushaltspanel ist eine übergreifende Kooperation der Forschungsbereiche „Bildung und Beschäftigung, Lebensverläufe“, „SGB II Soziale Sicherung und Arbeitsmarktpartizipation“, „SGB II Effektivität und Effizienz von Leistungen“, „SGB II Strukturen und Bewegungen im Niedrigeinkommensbereich“, „Koordination der Evaluationsforschung“. Wegen der Größe des Projekts wurde die Gruppe zudem extern beraten durch Rainer Schnell (Universität Konstanz), Jürgen Schupp (SOEP-Gruppe), Bernd Fitzenberger und Reinhard Hujer (beide Universität Frankfurt).

Die AG ist verantwortlich für die Planung und Durchführung des Haushaltspanels „Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung“ (PASS), das mit der SGB II-Evaluation ins Leben gerufen wurde und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanziert wird. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass die individuellen und sozialen Folgen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nur dann adäquat untersucht werden können, wenn auch der Haushaltskontext von Leistungsempfängern berücksichtigt wird. Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik trifft auf haushaltstypische Lebensumstände und entfaltet deshalb kontextabhängige Wirkungen.

Die durch das Panel bereit gestellte Datengrundlage wird in der Arbeitsmarkt- und Armutforschung sowie für die Evaluation sozialpolitischer Maßnahmen benötigt. Sie soll u.a. der Beschreibung und Analyse der Lebenslagen von Leistungsempfängern und einkommensschwachen Erwerbstätigen dienen. Zudem ist sie Basis für Analysen zu Determinanten des Zugangs bzw. des Abgangs aus dem Leistungsbezug sowie für die Evaluation von SGB II-Maßnahmen.

Die Arbeitsgruppe hat auf der Grundlage eines Gutachtens von Rainer Schnell ein neues Design mit zwei Teilstichproben entwickelt: Für die erste Teilstichprobe wurden Bedarfsgemeinschaften aus Prozessdaten

der BA gezogen, zu denen jeweils der vollständige Haushalt befragt wird. Bei der zweiten Teilstichprobe handelt es sich um eine Bevölkerungsstichprobe, in der aber einkommensschwächere Personen überproportional vertreten sind. Dafür wurde ein Statusindex herangezogen, den ein kommerzieller Anbieter kleinräumig aggregiert anbietet, und eine Stichprobe von Hausadressen mit Schwerpunkt im unteren Statussegment gezogen. Aus diesen Adressen wurden die Zielhaushalte ausgewählt. Beide Stichproben lassen sich gemeinsam auf alle Haushalte in Deutschland hochrechnen.

Beide Teilstichproben umfassen jeweils 6000 Haushalte. Es handelt sich um eine Mixed-Mode-Erhebung, bei der alle Personen mit Telefon telefonisch, alle übrigen persönlich aufgesucht und befragt werden. Damit auch Migrantengruppen ohne ausreichende Deutschkenntnisse repräsentiert sind, wurde der Fragebogen ins Türkische, Russische und Englische übersetzt.

Er umfasst Fragen zu Demographie, Haushaltszusammensetzung, Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, Einkommen, Verarmung, Bezug von SGB II-Leistungen, Kontakten zu SGB II-Trägern, Maßnahmeteilnahme, Gesundheit und sozialer Einbettung.

Das PASS ging im Dezember 2006 erstmals ins Feld. Weitere Wellen werden jährlich mindestens bis zum Jahr 2009 folgen.

Am 1. Januar 2007 wurde die Arbeitsgruppe in den neuen Forschungsbereich ‚Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung‘ überführt. Dieser Forschungsbereich wird die Erhebung in allen Belangen betreuen. Zusätzlich werden dort aber auch Forschungsfragen zu den Themen „Dauer und Dynamik des Leistungsbezugs und von Armutslagen“, „Versorgungslage von Haushalten“ und „Methodische Begleitforschung“ bearbeitet. ■



erste Reihe v.l.n.r.:

PD. Dr. Susanne Rässler
 Dr. Johannes Ludsteck
 Barbara Hofmann

zweite Reihe v.l.n.r.:

Dr. Hermann Gartner
 Heinz Gommlich
 Jörg Drechsler
 Karoline Wießner
 Dr. Hans Kiesel
 Gerhard Krug
 Thomas Büttner



Wettbewerbsfähigkeit und politische Akzeptanz einer großen wissenschaftlichen Einrichtung wie dem IAB hängen entscheidend davon ab, dass sie empirische Methoden und Verfahren einsetzt, die „state of the art“ sind und laufend weiterentwickelt werden. Solche methodische Fundierung kann jedoch nicht von jedem einzelnen Mitarbeiter und allen Forschungsbereichen erwartet werden. Deshalb ist es zweckmäßig, diese Kompetenzen in einer darauf spezialisierten organisatorischen Einheit zu bündeln. Auch das operative Geschäft der Bundesagentur für Arbeit ist auf aktuelles methodisches Know-how in Fragen der empirischen Analyse angewiesen. Denn die BA setzt seit geraumer Zeit auf eine stärker wirkungsorientierte Steuerung des Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Hieraus erwächst kontinuierlicher Beratungsbedarf, dem sich das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit zu stellen hat.

Aus diesen Gründen wurde am IAB das „Kompetenzzentrum Empirische Methoden“ (KEM) eingerichtet. Seine wesentliche Aufgabe ist es, die Qualität empirischer Arbeitsmarktanalysen laufend zu verbessern. Dies geschieht einerseits dadurch, dass komplexe methodische Fragen anderer Bereiche in Kooperationsprojekten bear-

beitet werden. Beispiele hierfür sind die Umschätzungen von Wirtschaftszweigen und Regionaldaten sowie die umfassenden Wirkungsanalysen von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, in denen beispielsweise individuelle kausale Effekte geschätzt werden oder auch die Schätzung von Effekten regionaler Arbeitsmarktpolitik. An der Arbeit des KEM wird auch deutlich, wie mit dem Einsatz und der Weiterentwicklung anspruchsvoller statistischer und ökonomischer Methoden neue Erkenntnisse gewonnen werden können. Hier lassen sich etwa die faktische Anonymisierung von Betriebsdaten, die Ergänzung fehlender Lohninformationen oder auch die Untersuchungen zur Prognose der Arbeitskräftenachfrage nennen.

Das Kompetenzzentrum trägt damit zur Weiterentwicklung der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei. Zu den Innovationen zählt insbesondere die Verbesserung der Datenqualität. So wurde mit den Linked-Employer-Employee-Daten (LIAB) des IAB ein Datensatz entwickelt, der prozessproduzierte Daten und Befragungsdaten verknüpft (AG LIAB, S. 55). Für viele Fragen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist er die wichtigste Analysequelle und inzwischen auch über das Forschungsdatenzentrum der BA im IAB zugänglich. Durch

den Einsatz sogenannter „Missing Data Techniken“ werden ferner neue Daten für die Forschung erschlossen bzw. bestehende Daten verbessert. KEM erhöht deren Nutzbarkeit aber auch durch die Entwicklung von Standards für Qualitätsberichte und Hochrechnungsverfahren für eigene Erhebungen des IAB.

In der Scientific Community ist das Kompetenzzentrum in hohem Maße präsent. Hier von zeugen die beachtliche Zahl von Veröffentlichungen in referierten Zeitschriften, die aktive Teilnahme an internationalen wissenschaftlichen Kongressen sowie Lehraufträge an deutschen und ausländischen Universitäten. Zudem organisiert KEM internationale Konferenzen mit renommierten Wissenschaftlern und führt Workshops zu methodischen Spezialfragen durch, z. B. zur Anonymisierung von Individualdaten, zu „Spatial Statistics“ oder zur Kausalitätsmessung. Zur Wahrnehmung seiner vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben kooperiert das Kompetenzzentrum intensiv mit namhaften Wissenschaftlern, wie mit Prof. Donald B. Rubin von der Universität Harvard in Cambridge.

Innerhalb des IAB ist das Kompetenzzentrum ebenfalls stark vernetzt. Dafür sorgen Beratungskontakte oder gemeinsame Projekte mit Forschungsbereichen, z. B. zu den Wirkungsanalysen mit dem Forschungsbereich „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“, zu Aspekten der Regionalforschung mit dem Forschungsbereich „Regionale Arbeitsmärkte“ oder zur Prognose der Arbeitskräftenachfrage mit dem Forschungsbereich „Konjunktur, Arbeitszeit und Arbeitsmarkt“. Hinzu kommt die intensive Zusammenarbeit mit dem Forschungsdatenzentrum sowie regelmäßige Weiterbildungskurse zu ökonometrischen Methoden, Stichprobenverfahren und statistischen Programmpaketen.

Vom methodischen Know-how des Kompetenzzentrums profitiert auch die arbeits-



PD. Dr. Susanne Rässler

marktpolitische Praxis. Es findet direkten Eingang in das operative Geschäft der Bundesagentur für Arbeit. Ein Beispiel für die vielen Schnittstellen ist die Nutzung der Ergebnisse aus dem Projekt „Treatment Effects and Prediction“ (TrEffer) für Planungs- und Steuerungszwecke in den Agenturen für Arbeit. Konzepte zur Hochrechnung von Arbeitslosenzahlen (ILO/BA-Zahlen) und zur Saisonbereinigung von Arbeitsmarktkennziffern unterstützen die regelmäßige Berichterstattung der BA über den Arbeitsmarkt.

In KEM sind Vertreter unterschiedlicher Disziplinen von der Mathematik über die Statistik und Ökonomie bis zur Soziologie tätig, die in Empirie und Methoden besonders ausgewiesen sind.

Das Kompetenzzentrum wurde 2004 gegründet und wird seitdem von PD Dr. Susanne Rässler geleitet, die darüber hinaus dem Bereich Produkt- und Programmanalyse in der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit vorsteht.

Treatment Effects and Prediction (TrEffeR)

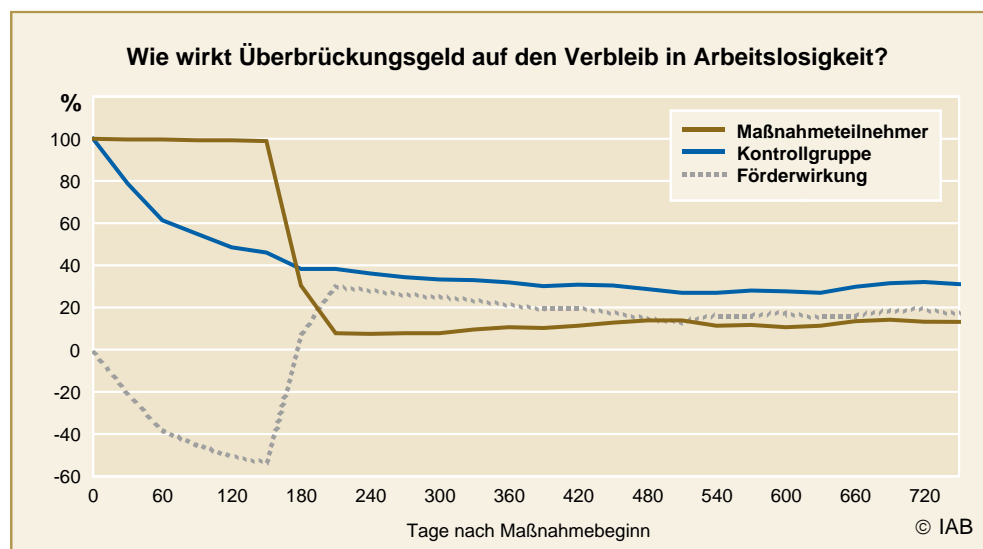
Für den effektiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist eine möglichst genaue Messung ihrer Wirkung notwendig. Von Interesse ist dabei sowohl die Evaluation von Maßnahmen als auch die Prognose der Wirkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf „Neukunden“ der BA.

Mit dem TrEffeR-Projekt werden beide Ziele verfolgt: Erstens geht es um eine umfassende retrospektive Evaluation der Maßnahmen der BA. Gegenwärtig wird dazu auf Agenturebene die durchschnittliche Wirkung der Förderung auf die Geförderten geschätzt, also die Effektivität von Maßnahmen auf der Mikroebene. Danach werden mit aufwändigen parametrischen Verfahren die individuellen kausalen Effekte der Maßnahmenteilnahme für alle Teilnehmer geschätzt. Damit bekäme die BA für ihr operatives Geschäft ein Instrument für kleinräumige Analysen und Auswertungen. Nur wenn eine Maßnahme in der gewünschten Weise wirkt, kann sich ja ihr Einsatz auch unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten rentieren.

Zweitens soll die Wirkungsanalyse künftig die Arbeit der Vermittler unterstützen. In einem Targeting-System sollen ihnen

statistisch valide Prognosen der kausalen Effekte verschiedener Maßnahmen für Arbeitsuchende angeboten werden, eine Orientierungshilfe für die Zuweisung in Maßnahmen. Beispiele hierfür gibt es bereits in den USA, in Kanada und in der Schweiz. Wichtiger Bestandteil von TrEffeR ist eine neu aufgebaute Datenbank der BA, auf deren Grundlage die Schätzungen und Prognosen durchgeführt werden können.

Aggregierte Analysen aus dem Projekt zeigen, dass insbesondere Eingliederungszuschüsse, betriebliche Trainingsmaßnahmen sowie das Überbrückungsgeld dazu beitragen konnten, dass die Teilnehmer nach der Förderung seltener arbeitslos waren als eine Kontrollgruppe. Auswertungen auf individueller Ebene vermitteln allerdings ein sehr differenziertes Bild. So lassen sich bei fast allen Maßnahmen positive Effekte finden. Die Grafik zeigt die Auswirkung von Überbrückungsgeld auf die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, für eine ausgewählte Arbeitsagentur in Westdeutschland (*Abbildung*). Bereits kurz nach Beendigung der Maßnahme, die üblicherweise 180 Tage dauert, sind deutlich mehr Personen aus der Maßnahmengruppe nicht mehr arbeitslos gemeldet als Personen aus der Kontrollgruppe.



Das Projekt wird methodisch begleitet von Prof. Donald B. Rubin (Harvard University, USA) und in Kooperation mit dem Forschungsbereich „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ des IAB und der Abteilung „Produkt- und Programmanalyse“ der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt.

Projektmitarbeiter/innen:

Aus dem IAB: PD Dr. Susanne Rässler, PD Dr. Gesine Stephan, Britta Ullrich

extern: Alexis Diamond (Harvard University, USA), Prof. Donald B. Rubin, Ph. D. (Harvard University, USA)

Faktische Anonymisierung von Betriebsdaten

Um Datenschutz zu gewährleisten, ist das IAB-Betriebspanel derzeit externen Forschern nur im Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit oder per Fernabfrage zugänglich. Eine Bereitstellung als Scientific-Use-File ist wünschenswert und wäre möglich, wenn der Datensatz anonymisiert werden könnte. Dabei ist sicher zu stellen, dass einerseits einzelne Betriebe nicht identifiziert, andererseits aber auch die gleichen Untersuchungen durchgeführt werden können wie mit den Originaldaten.

Im Projekt soll ein Verfahren erprobt werden, das die Originaldaten dadurch anonymisiert, dass synthetische Datensätze erzeugt werden. Hergestellt werden diese synthetischen Abbilder der Originaldaten mit Methoden der multiplen Imputation. Dieses Verfahren garantiert, dass der synthetische Datensatz die gleichen Korrelationsmuster enthält wie der Originaldatensatz. Die synthetischen Betriebsdaten sollen dann der Forschungsgemeinschaft als Scientific-Use-File zur Verfügung gestellt werden.

In der ersten Projektphase wurde ein Datensatz anonymisiert, den Thomas Zwick (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) bereits für eine Untersuchung der Ausbildungsaktivitäten von Betrieben verwendet hat. Unsere KEM-Analysen mit diesem Beispiel haben gezeigt, dass mittels synthetischer Daten die Ergebnisse der Untersuchungen mit den Originaldaten repliziert werden konnten.

Finanziert wird das Projekt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Kooperationspartner sind das FDZ der BA im IAB, das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter, das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung.

Projektmitarbeiter/innen:

PD Dr. Lutz Bellmann, Stefan Bender, Jörg Drechsler, Agnes Dundler, PD Dr. Susanne Rässler

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

erste Reihe v.l.n.r.:

Dagmar Herrlinger
 Silke Adler
 Agnes Dundler
 Dr. Peter Jacobebbinghaus

zweite Reihe v.l.n.r.:

Alexandra Schmucker
 Susanne Meßmann
 Nils Drews
 Stefan Bender
 Jens Stephani
 Christina Bauer
 Florian Schwarzenberger
 Dana Müller



nicht im Bild:

Dominik Groll
 Stefan Seth

Das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der BA im IAB bereitet Individualdatensätze auf, die im Bereich der Sozialversicherung und in der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung entstehen und stellt sie für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung. Das Angebot des FDZ richtet sich sowohl an die eigenen wie an externe Forscherinnen und Forscher. Sie erhalten dadurch nicht nur neue Möglichkeiten für die Analyse komplexer Mikrodaten. Das FDZ fördert auch den Einsatz konkurrierender wissenschaftlicher Ansätze und trägt damit auch zur Qualitätssicherung der Daten bei.

Das FDZ entwickelt hierzu transparente und standardisierte Zugangsregelungen unter Einhaltung der geltenden Datenschutzbestimmungen. Es führt Aufbereitungen, Aktualisierungen und Prüfungen der Daten durch und dokumentiert genau und umfassend die bereitgestellten Daten unter Berücksichtigung rechtlicher Aspekte der Datensicherheit. Es berät auch individuell über Datenzugang, Datenhandling und Analysemöglichkeiten sowie zur Reichweite und Gültigkeit der Daten.

Mit seinen im Internet verfügbaren Dokumentationen und Arbeitshilfen wie dem FDZ-Datenreport oder dem FDZ-Methodenreport, mit seinen Workshops und Nutzerkonferenzen erleichtert das FDZ externen Forscherinnen und Forschern die Arbeit mit den Datensätzen.

In erster Linie ist das Forschungsdatenzentrum also eine serviceorientierte Einrichtung. Für die Qualität des Datenangebots und der Beratung ist es jedoch unabdingbar, dass die FDZ-Mitarbeiter auch selbst empirisch forschen. Im Umgang mit den Inhalten und Auswertungsmöglichkeiten der Datensätze entsteht erst jenes fundierte Wissen, das in die Nutzerberatung eingehen kann und die Reputation des FDZ ausmacht.

Zu den international konkurrenzfähigen und umfangreichen Mikrodatensätzen des FDZ gehören das IAB-Betriebspanel, die IAB-Beschäftigtenstichproben (IABS), das BA-Beschäftigten-Panel (BAP), die Stichprobe der Integrierten Erwerbsbiographien des IAB (IEBS), das Betriebs-Historik-Panel (BHP) und der Linked-Employer-Employee-Datensatz des IAB (LIAB).

So ist der LIAB gegenwärtig der einzige in Deutschland zugängliche integrierte Betriebs- und Personendatensatz, mit dem man die Angebots- und Nachfrageseite des Arbeitsmarktes simultan analysieren kann (AG LIAB, S. 55). Die IABS ist eine der zentralen Datenquellen für die Analyse von Erwerbsverläufen und Leistungsbezugsbiographien. Das IAB-Betriebspanel ist die deutschlandweit größte repräsentative Arbeitgeberbefragung zu betrieblichen Bestimmungsgrößen der Beschäftigung. Es gilt als die zentrale Quelle für die Analysen der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes.

Organisatorisch ist das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit am IAB angesiedelt, wodurch eine enge Verzahnung mit dem Expertenwissen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gewährleistet ist.

Durch den ständigen Austausch mit den Forschungsbereichen des IAB, dem Servicebereich ITM des IAB und dem Fachbereich „Datenzentrum der Statistik der BA“ sammelt das FDZ Erfahrungen, die unmittelbar in den Entstehungsprozess, die Pflege und Weiterentwicklung der Datensätze einfließen. Dadurch gelingt es, die Betreuung der Nutzerinnen und Nutzer laufend zu verbessern.

Das FDZ aktualisiert seine Daten ständig, erstellt und erweitert Datensätze und bereinigt oder generiert neue Datenmerkmale. Dabei versteht sich das FDZ als Mittler zwischen den Datenproduzenten wie der BA, den Forschungsabteilungen und Projektgruppen des IAB sowie der externen Wissenschaft. Für seine Nutzerinnen und Nutzer organisiert das FDZ deshalb verschiedene Treffen. Zum Beispiel diente die 2. Nutzerkonferenz des FDZ im Dezember 2006 dazu, die Nutzerinnen und Nutzer der BA- und IAB-Daten mit ihren Forschungsergebnissen zusammenzubringen. Auf der international hochrangig besetzten „Conference on the Analysis of Firms and



Stefan Bender

Employees“ (CAFE 2006) wurden neue Forschungsentwicklungen zu Betrieben und Beschäftigten diskutiert. Beide Konferenzen belegen, dass das FDZ mit der nationalen und internationalen Forschungslandschaft bereits sehr eng vernetzt ist.

Mit dem Aufbau eines Forschungsdatenzentrums wurde im Dezember 2003 begonnen, da es in Deutschland bis dato an einem systematischen Zugang zu Sozialdaten fehlte. Nach der positiven Evaluation durch den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten im April 2006 wurde das FDZ dauerhaft als unabhängiges Forschungsdatenzentrum der BA am IAB etabliert.

Seit Mitte 2005 leitet Stefan Bender das FDZ.

Erwerbsverläufe von Männern und Frauen – Analyse über fünf Jahrzehnte

Die Kontinuität individueller Erwerbsverläufe spielt eine wichtige Rolle für die Stabilität der Einkommen und das Niveau des sozialen Schutzes. Sie gibt Sicherheit in der Lebensführung und Lebensplanung. Um Erwerbsbiographien zu erforschen, wird ein in seiner Art einzigartiger Datensatz, die IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975–1995, herangezogen und um Zusatzinformationen der Deutschen Rentenversicherung ergänzt.

In einem Teilprojekt wurden bereits die Erwerbsverläufe von Müttern und kinderlosen Frauen verglichen. Dabei zeigte sich, dass Babyphasen und Erziehungszeiten zu Lücken in der Erwerbsbiographie führen, die es erschweren, die einmal erreichte berufliche Stellung beizubehalten oder gar zu verbessern. So sind Frauen, die Familie und Beruf vereinbaren müssen, auf ein exzellentes Zeitmanagement angewiesen.

Eine weitere Untersuchung behandelte die Frage, ob die am deutschen Arbeitsmarkt lange Zeit übliche kontinuierliche Beschäftigung auch heute noch dominiert. Die Beantwortung dieser Frage ist nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Politikberatung wichtig. So sind etwa die künftigen Rentenzahlungen von der Dauer der vorherigen Beschäftigung abhängig.

Für vier ausgewählte Kohorten (1929-1931, 1939-1941, 1949-1951, 1959-1961) wurde die Erwerbsbeteiligung, die kumulierte Beschäftigungsdauer ab dem 30. Lebensjahr, das Verhältnis von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit und die Dauer der Arbeitslosigkeit untersucht. Allgemein lässt sich feststellen, dass jüngere Kohorten stärker von der Zunahme unterbrochener Erwerbsverläufe betroffen sind als ältere. Über zwei Jahrzehnte kontinuierlich beschäftigt waren vor allem Männer der Geburtsjahrgänge 1939-1941 sowie Frauen,

die zwischen 1949 und 1951 geboren sind (*Abbildung*). Während Arbeitslosigkeit bei den älteren Kohorten erst spät im Erwerbsverlauf eintritt, sind die jüngeren Kohorten bereits früh von Arbeitslosigkeit betroffen. Eine schnelle Rückkehr ins Erwerbsleben gelingt nach einer Unterbrechung durch Arbeitslosigkeit zumindest der Mehrheit der Männer, unabhängig von ihrer Kohortenzugehörigkeit.

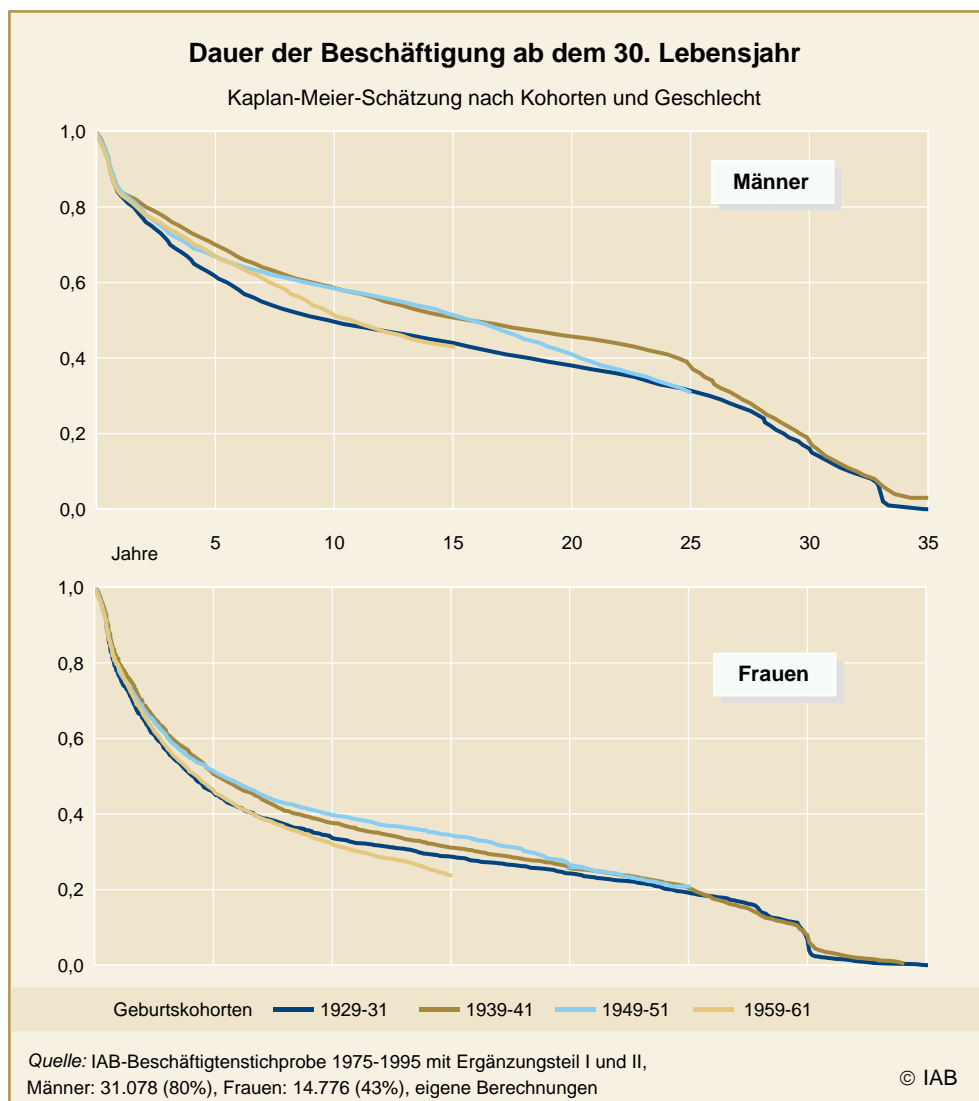
Es ist geplant, die Analysen im weiteren Projektverlauf auf alle Geburtsjahrgänge auszudehnen. Des Weiteren sind 2007 Analysen zu den Auswirkungen der Bildungsexpansion auf die Erwerbsverläufe von Männern und Frauen beabsichtigt.

Projektmitarbeiterinnen:
Agnes Dundler, Dana Müller

Berufliche Weiterbildung als Bestandteil lebenslangen Lernens – Theoretische und empirische Analysen

In diesem Projekt wird das berufliche Weiterbildungsgeschehen in Deutschland umfassend theoretisch und empirisch analysiert. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Identifikation des kausalen Effektes der Weiterbildung. Hierunter fallen private Renditen für Arbeitnehmer und Unternehmer wie soziale Erträge für die Gesellschaft. Die hierbei gewonnen Erkenntnisse sollen in bildungspolitische Handlungsempfehlungen für die Entwicklung einer konsistenten Strategie zur Förderung lebenslangen Lernens münden.

Das Besondere an diesem Projekt ist die Erfassung der Weiterbildungsaktivitäten auf der Betriebs- und Personenebene. Dazu ist ein Linked-Employer-Employee-Datensatz als primäre Datenquelle notwendig. Dieser liefert hierfür die ideale Ausgangsbasis, weil er auf Unternehmensebene bereits Informationen zu beruflichen Weiterbildungsaktivitäten enthält (AG LIAB, S. 55).



Notwendig ist allerdings eine ergänzende Befragung von Arbeitnehmern, die in drei Wellen 2007, 2008 und 2009 jeweils 6.000 Personen umfassen wird. Das Projekt wird von der Leibniz-Gemeinschaft gefördert und wird in Kooperation mit dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung und infas Bonn durchgeführt.

Projektmitarbeiter/innen:
Stefan Bender, Martina Huber, Alexandra Schmucker,

■ Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

Teilnehmer/innen des IAB-
WiSo- Graduiertenkollegs:

erste Reihe v.l.n.r.:

Barbara Hofmann
Britta Ullrich
Eva Geithner
Hans-Dieter Gerner
Dirk Oberschachtsiek

zweite Reihe v.l.n.r.:

Michael Moritz
Gerhard Krug
Roman Lutz
Christian Hohendanner
Florian Janik
Marcus Kunz
Jens Stegmaier
Thomas Büttner
André Pahnke

nicht im Bild:

Katrin Hohmeyer
Eva Jozwiak
Julia Schneider



Das IAB-WiSo-Graduiertenprogramm

Das IAB hat im Oktober 2004 zusammen mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg (WiSo) ein Programm zur Förderung von Promotionsvorhaben im Bereich der Arbeitsmarktforschung eingerichtet. Es wendet sich an überdurchschnittlich qualifizierte Hochschulabsolventen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die sich in ihrer Dissertation mit der empirischen und theoretischen Erforschung des Arbeitsmarktes oder der Entwicklung geeigneter statistisch-ökonomischer Methoden beschäftigen. Dabei werden solche Dissertationsvorhaben bevorzugt gefördert, die von der Anbindung an das IAB in besonderer Weise profitieren und von denen das IAB in besonderer Weise profitiert.

Im Jahr 2006 wurden sechs weitere Stipendiatinnen und Stipendiaten aufgenommen. An der Auswahl waren von Seiten der WiSo-Fakultät Prof. Hermann Scherl und Prof. Claus Schnabel, aus dem IAB Prof. Jutta Allmendinger, PD Dr. Susanne Rässler und PD Dr. Gesine Stephan beteiligt, also Vertreterinnen und Vertreter beider Institutionen. Dies schuf die Möglichkeit, den Graduierten jeweils Betreuerinnen und Betreuer aus beiden Institutionen zuzuordnen. Da die Zweitgutachten der habilitierten

IAB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch formal anerkannt werden, ist eine optimale Betreuungssituation für die Stipendiatinnen und Stipendiaten gewährleistet.

Die Graduierten nehmen während des Studienprogramms an vier Lehrmodulen teil, welche die inhaltlichen und methodischen Kompetenzen der Teilnehmer im Bereich der Arbeitsmarktforschung vertiefen. Neben einem Modul zu statistischen Analyseverfahren sind die theoretischen Grundlagen der Arbeitsmarktforschung ebenso im Studienprogramm verankert wie die institutionelle Ausgestaltung des Arbeitsmarktes und die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus erhalten die Teilnehmer eine Einführung in die Datenbestände des IAB und profitieren von den umfangreichen Weiterbildungsangeboten. Zudem finden regelmäßige Kolloquien des Kollegs statt. Schließlich beteiligen sich die Stipendiatinnen und Stipendiaten auch an allgemeinen Veranstaltungen und Vortragsreihen des IAB. Darüber hinaus werden sie dazu ermuntert, auch auf wissenschaftlichen Kongressen außerhalb des IAB vorzutragen.

Die Arbeiten profitieren mithin nicht nur vom Austausch mit den Betreuerinnen und Betreuern und vom Austausch der Stipendiatinnen und Stipendiaten untereinander,

sondern auch von den Anregungen anderer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IAB und der WiSo-Fakultät. Die Graduierten stehen so in ständigem Kontakt mit der aktuellen Forschung.

Empirische Forschungsvorhaben der Stipendiatinnen und Stipendiaten haben etwa die Auswirkungen von Sperrzeiten und Sanktionen auf das Verhalten von Leistungsempfängern, Fragen der Arbeitszeit, der Lohnentwicklung und der beruflichen Bildung zum Gegenstand. Theoretisch erforscht werden z.B. auch die Möglichkeiten und Grenzen einer privaten Arbeitslosenversicherung. Andere Forschungsarbeiten setzen sich mit statistisch-ökonomischen Methoden auseinander oder prüfen vorhandene Datenbestände auf bisher ungenutzte Analysemöglichkeiten.

Dabei können die Graduierten auf eine Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen zugreifen. So wird mit prozessproduzierten Daten der BA im Rahmen einer mikroökonomischen Evaluationsstudie ebenso gearbeitet wie mit eigenen Datensätzen des IAB. Beispielsweise werden derzeit das IAB-Betriebspanel, die IAB-Beschäftigtenstichprobe, die IABS-Regionalstichprobe und der Linked-Employee- Employer Datensatz von den Promovierenden ausgewertet. Mit ihren Arbeiten sind die Graduierten des IAB vornehmlich in den Forschungsbereichen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Betriebe und Beschäftigung, Regionale Arbeitsmärkte, Effektivität und Effizienz von Leistungen sowie im Kompetenzzentrum Empirische Methoden ein- und angebunden. An der WiSo-Fakultät besteht eine Anbindung vor allem an die Lehrstühle von Prof. Claus Schnabel (Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik) und Prof. Klaus Moser (Lehrstuhl für Psychologie, insbesondere Wirtschafts- und Sozialpsychologie).

Zusätzlich zu den derzeit zwölf Stipendiatinnen und Stipendiaten beteiligen sich sechs wissenschaftliche Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter des IAB als Kollegiatinnen bzw. Kollegiaten am Graduiertenprogramm. Von den insgesamt 18 laufenden Promotionsprojekten werden voraussichtlich vier im Laufe des Jahres 2007 abgeschlossen.

Das offene Doktorandenseminar

Einen weiteren Baustein zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses am IAB bildet das ‚offene Doktorandenseminar‘. Derzeit sind etwa 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben ihrer hauptberuflichen Forschungstätigkeit mit Dissertationsvorhaben beschäftigt. Auch für diese Promovierenden soll ein intensiver, wechselseitiger Austausch gefördert werden. Daher gibt es seit Frühjahr 2006 ein neues Forum für die Promovierenden am IAB. Es dient der Vernetzung, Diskussion und Qualitätssicherung zwischen den Promovierenden, thematisch Interessierten und Betreuern aller am IAB vertretenen akademischen Disziplinen.

Das Forum setzt v. a. darauf, den informellen Austausch zu befördern und für die Promotionsprojekte fruchtbar zu machen. Die Teilnehmer können ihre Dissertationsprojekte dort nicht nur als Ganzes präsentieren, sondern bei Bedarf auch einzelne Teile zur Diskussion zu stellen, etwa methodische oder theoretische Probleme. Neben solchen inhaltlichen Diskussionen sind auch propädeutische und psychologische Aspekte des Promotionsprozesses Gegenstand des Seminars. Der Erfolg der Veranstaltung zeigt sich nicht zuletzt darin, dass mittlerweile auch Teilnehmer des IAB-WiSo-Graduiertenprogramms zusätzlich zu ihren Pflichtveranstaltungen teilnehmen. Das offene Doktorandenseminar wird von Prof. Jutta Allmendinger und Dr. Markus Promberger geleitet.

- Informationen zum GradAB Programm und zum Bewerbungs- und Auswahlverfahren stehen im Internet bereit unter: <http://iab.de/iab/aktuell/graduiertenprogramm.htm>

v.l.n.r.:

Markus Gottwald
 Dr. Annette Henninger
 Dr. Christine Wimbauer
 Anna Baran
 Stefan Eckl
 Maria Bachmann
 Anke Spura



„Liebe, Arbeit, Anerkennung – Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren“

Im Projekt wird die Lebenssituation und Alltagsgestaltung von Doppelkarriere-Paaren untersucht. Im Zentrum stehen wechselseitige Anerkennung in diesen Paaren und deren Verhältnis zu gesellschaftlichen Anerkennungsstrukturen, vor allem zur Erwerbsarbeit.

Arbeit und Familie befinden sich gegenwärtig im Wandel. Durch die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen sowie eine Entgrenzung von ‚Arbeit‘ und ‚Leben‘ wird die Gültigkeit des männlichen Familienernährer-Modells und die damit verbundene Trennung der Sphären in Frage gestellt. Zugleich wird auch die althergebrachte geschlechtsspezifische Anerkennungsordnung obsolet, in der der Mann für den Beruf zuständig ist und die Frau für Haus und Kinder. Dies gilt besonders für Doppelkarriere-Paare, bei denen beide Partner hohe Bildung und großes berufliches Engagement aufweisen und sich als zumindest beruflich Gleiche gegenüber stehen.

Die daran anschließenden Fragen lauten: Wie gestalten Doppelkarriere-Paare ihren Alltag zwischen Beruf und Familie? Geht mit den Veränderungen von Arbeits- und

Familienformen eine Entgrenzung und vor allem eine Angleichung der Anerkennungschancen in Paarbeziehungen sowie von gesellschaftlicher Anerkennung in der Erwerbstätigkeit, der Familie oder im Ehrenamt einher? Oder lassen sich nach wie vor geschlechtsspezifische Ungleichheiten finden? Wird z.B. die Karriere der Frau im Zweifel zugunsten der des Mannes zurückgestellt, wie die IAB-Führungskräftestudie belegt? Diese Fragen werden auf drei Ebenen untersucht: Auf der Ebene von Paaren, von Arbeitsorganisationen und von sozialstaatlichen Regelungen.

Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierte Nachwuchsgruppe hat am 01.01.2006 ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Laufzeit beträgt voraussichtlich 5 Jahre, bis zum 31.12.2010. Die Nachwuchsgruppe ist mit dem IAB und dort insbesondere mit dem Forschungsbereich „SGB II Soziale Sicherung und Arbeitsmarktpartizipation“ assoziiert und an die Universität Erlangen-Nürnberg angebunden.

Teilprojekte der Nachwuchsgruppe

1. Doppelkarriere-Paare

Untersucht wird die Lebenssituation und Alltagsgestaltung von Doppelkarriere-Paaren im Spannungsfeld zwischen Beruf und

Familie: Wie können zwei Karrieren und Privatleben vereinbart werden, welche Handlungsstrategien sind Erfolg versprechend? Wofür erkennen sich die Partner wechselseitig an? Welche (geschlechtsspezifischen) Ungleichheiten lassen sich auffinden? Wie hängen diese mit gesellschaftlichen Wertvorstellungen zusammen?

Im Einzelnen wird z.B. danach gefragt, wie die Partner unterschiedliche Lebensbereiche wie Familie, Arbeit, Freizeit oder Ehrenamt bewerten und in welchem Wertverhältnis sie zueinander stehen. Von Interesse ist auch, wie berufliche Aspekte, etwa zeitliche, räumliche und inhaltliche Anforderungen, die ungleichen Anerkennungschancen in Doppelkarriere-Paaren beeinflussen.

2. Arbeitsorganisationen

Ziel des zweiten Forschungsstrangs ist es, den Umgang ausgewählter Betriebe mit (Doppelkarriere-)Paaren herauszuarbeiten. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob und wie Arbeitsorganisationen Paare als Paare behandeln: Tragen Doppelkarriere-Paare besondere Bedürfnisse an die Arbeitgeber heran? Versuchen diese, sich darauf einzustellen und wenn ja, wie und in welchem Ausmaß? Welche Rolle spielen hierbei Themen wie ‚familienfreundliche Personalpolitik‘ oder ‚Work-life-Balance‘?

Des Weiteren werden die Motive analysiert, die dem Umgang der Betriebe mit (Doppelkarriere-)Paaren zugrunde liegen. Wenn die Lebenssituation von Doppelkarriere-Paaren berücksichtigt wird, geschieht dies deshalb, weil Doppelkarriere-Paare ein hohes Potenzial an qualifizierten Mitarbeitern bieten? Geht es um die Förderung von Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit? Oder um eine familienfreundliche Personalpolitik? Die Untersuchung der Motive der Arbeitsorganisationen ist bedeutsam, da sie Aufschluss über gesellschaftliche Wertvorstellungen geben können.



3. Sozialpolitische Regelungen

Hier wird die Anerkennungsordnung in sozialpolitischen Institutionen mit Blick auf Paare und Geschlecht untersucht sowie deren Veränderung durch die gegenwärtigen Sozialstaatsreformen. In einem ersten Schritt wird gefragt, welche Familienformen bzw. Formen des Zusammenlebens (verheiratet oder nicht, mit oder ohne Kinder) institutionell anerkannt und ggf. finanziell gefördert werden. Hierzu werden sozial- und familienrechtliche, aber auch steuer- und arbeitsrechtliche Regelungen analysiert.

In einem zweiten Schritt geht es darum, zu analysieren, wie sich Maßnahmen des gegenwärtigen Sozialstaatsumbaus konkret auf Paare auswirken und welche Formen der gesellschaftlichen Anerkennung darin zum Ausdruck kommen. Bisher deutet sich an, dass die ungleiche Anerkennung von Erwerbs- und Familienarbeit fortgeschrieben wird – trotz einiger familienfreundlicher Maßnahmen wie des 2007 eingeführten Elterngeldes. Zugleich zeichnet sich etwa im Zuge der ‚Arbeitsmarktaktivierung‘ ab, dass Anreize zur Aufnahme von Erwerbsarbeit zunehmend auf beide Geschlechter zielen.

Publikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

erste Reihe v.l.n.r.:

Dr. Martin Schludi
Christiane Spies

zweite Reihe v.l.n.r.:

Jutta Palm-Nowak
Elfriede Sonntag
Ricardo Martínez Moya
Regina Stoll
Wolfgang Braun
Monika Pickel
Martina Dorsch
Ulrich Möller

nicht im Bild:

Ursula Bethmann
Erika Popp
Jutta Sebald
Elisabeth Strauß



Die Forschungstätigkeit des IAB richtet sich gleichermaßen an Wissenschaft, Fachöffentlichkeit und politische Entscheidungsträger wie die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Dabei sind wissenschaftliche Exzellenz einerseits, Forschungs- und Publikationsfreiheit andererseits die Voraussetzung dafür, dass qualifizierter und unabhängiger, gelegentlich auch kritischer, Rat erteilt werden kann.

Der Servicebereich Publikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (PPÖ) ist die Brücke des Instituts zu Öffentlichkeit und Medien. Im Vordergrund steht die umfassende und aktuelle Information über die Forschungsergebnisse des IAB. Zu diesem Zweck wurde ein differenziertes und modernes Medienkonzept entwickelt, das sich an der Nachfrage und damit am Kunden orientiert.

Die Vielfalt der IAB-Medien soll den Interessen und Lesegewohnheiten der verschiedenen Zielgruppen entgegenkommen. Primär an die wissenschaftliche Öffentlichkeit richtet sich die „Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung“, ein referiertes Forum für die deutschsprachige und internationale Arbeitsmarktforschung. Darin werden vorwiegend Beiträge externer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler publiziert.

Ein weiteres, in erster Linie für die Wissenschaft bestimmtes Medium ist neben den Reihen des Forschungsdatenzentrums („FDZ-Datenreport“ und „FDZ-Methodenreport“) das „IAB-DiscussionPaper“. Auch bei den im Eigenverlag herausgegebenen „Beiträgen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ ist die wissenschaftliche Öffentlichkeit die wichtigste Zielgruppe. Demgegenüber richten sich die in der Campus-Reihe erscheinenden Buchpublikationen des IAB tendenziell an Wissenschaft und Fachöffentlichkeit gleichermaßen.

Die IAB-Kurzberichte, die unverändert eine zentrale Rolle im Medienkonzept des Instituts einnehmen, richten sich v.a. an die Fachöffentlichkeit aus Politik und Arbeitsverwaltung, mittelbar auch an die allgemeine Öffentlichkeit. Im Jahr 2006 sind 29 Ausgaben erschienen. Wichtige Themen waren u.a. Kombilohn, Rente mit 67, Frauen in Führungspositionen und die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung. Einen ähnlichen Adressatenkreis wie die Kurzberichte hat auch das 2005 ins Leben gerufene Info-Magazin IAB-Forum. 2006 sind zwei Ausgaben mit den Themenschwerpunkten „Arbeitsmarktreform“ und „Alter“ erschienen.

Über die Pressearbeit werden die Forschungsergebnisse der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht. Dadurch hat sich die Medienresonanz des IAB weiter erhöht: Monatlich erschienen gut 150 Zeitschriften- und Zeitungsartikel, in denen das IAB erwähnt wurde - 30 Prozent mehr als im Jahr 2005 (siehe Editorial).

Printmedien und Pressearbeit des IAB werden durch ein umfassendes Online-Angebot auf www.iab.de und einen elektronischen Newsletter ergänzt. Der Service-Bereich trägt die Verantwortung für den Auftritt des IAB im World Wide Web insgesamt. Dazu gehören sowohl die strukturelle als auch die inhaltliche und redaktionelle Gestaltung des Inter- und Intranets.

Für die Wahrnehmung des Instituts ist schließlich auch das äußere Erscheinungsbild nicht ganz unwichtig. Der Servicebereich arbeitet an der Entwicklung eines neuen Corporate Design. Hierfür ist das IAB-Logo ein wichtiger Baustein. Es spiegelt die Individualität, Offenheit und Vielfalt wider, die unser Selbstverständnis als wissenschaftliche Einrichtung prägen. Leitidee war, das Logo in unterschiedlichen Versionen verwenden zu können, ohne dabei die Regeln des Corporate Design zu verletzen. Es kann je nach Medium und Anlass variiert werden, behält jedoch trotz großer Varianz stets seinen Wiedererkennungswert. Dies zeigen die verschiedenen Farbkombinationen - neun mehrfarbige sowie –notfalls- eine Blau- und eine Schwarzvariante (Editorial S. VII ff.). Der Tradition wird Rechnung getragen, indem die blaue Buchstabenkombination „IAB“ bestehen bleibt. Gleichzeitig bietet die quadratische Fläche Raum für das Spiel mit Formen und Farben. Auch für das Forschungsdatenzentrum der BA im IAB ist das Konzept in modifizierter Form gut verwendbar.



Ulrich Möller

Der Servicebereich PPÖ existiert in seiner jetzigen Form seit Anfang 2004 und wird seitdem von Ulrich Möller geleitet. ■



Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

*erste Reihe v.l.n.r.:*

Claudia Weber
 Elisabeth Hummel
 Dr. Jürgen Passenberger
 Cerstin Erler
 Jörg Szameitat
 Melanie Stamm
 Martin Saurien

zweite Reihe v.l.n.r.:

Hassan Siami
 Wolfgang Majer
 Torsten Clauss
 Dr. Christian Seysen
 Joß Steinke
 Nicolas Keil
 Markus Köhler
 Dr. Ewald Gratz
 Ralf Zimmermann
 Christine Eichhammer
 Ali Athmani
 Rudolf Böhm
 Wolfgang Mössinger
 Björn Eichler

nicht im Bild:

Anja Beyerlein
 Steffen Kaimer
 Claudia Lehnert
 Martina Oertel
 Katja Schwertfeger
 Ulrich Thomsen

Viele Fragen der Arbeitsmarktforschung sind nur auf einer entsprechenden Datengrundlage zu beantworten. Deshalb erschließt der Bereich die Daten der Bundesagentur für Arbeit, bereitet sie auf und stellt sie der Forschung zur Verfügung – beispielsweise für die Evaluation arbeitsmarktpolitischer Instrumente und Programme. Ziel ist, die Forscher im IAB so zu betreuen, dass sie alle Daten ihren Forschungszwecken gemäß nutzen können.

Der Servicebereich stellt nicht nur Grundlagen für empirische Analysen bereit, sondern wirkt auch aktiv an den Forschungsprozessen mit. Zudem sorgt er für die Grundlagen der IT-Infrastruktur des IAB und verwaltet die Bereitstellung und den Betrieb der IT-Systeme. Dabei arbeitet ITM eng mit der Zentrale und dem IT-Systemhaus der Bundesagentur für Arbeit zusammen.

Erstellung und Weiterentwicklung forschungsadäquater Datenprodukte bildeten 2006 wieder den Schwerpunkt der Arbeiten im Bereich. Insbesondere wurden die „Integrierten Erwerbsbiografien (IEB)“ als übergeordnetes Datenprodukt, das die Beschäftigten-, die Leistungs- und die Maßnahmehistorik verknüpft, in einer erneuerten Version für die Forschungsbereiche freigegeben. Gleichzeitig wurden die

Konzeptualisierungs- und Umsetzungsarbeiten zur Erstellung eines IEB-Scientific Use Files begonnen. Dies wird einer breiten wissenschaftlichen Öffentlichkeit den Zugang zu den Daten der IEB ermöglichen.

Auch die Arbeiten zur Erschließung von Daten für die Forschung im SGB II-Bereich wurden planmäßig vorgebracht. Die erste Version dieser „Leistungsempfänger-Historik Grundsicherung (LHG)“ enthält Angaben aus Verfahren zur Gewährung von Arbeitslosengeld II. Außerdem ist der Bereich an den konzeptionellen Arbeiten zur Integration von Daten der zugelassenen kommunalen Träger beteiligt. Erfolgreich abgeschlossen wurde auch die Unterstützung der Evaluation der Hartz I-III-Gesetze im Auftrag des Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Daran waren insgesamt achtzehn Forschungs- und Befragungsinstitute beteiligt, die auch mit den benötigten Daten versorgt werden konnten. In den über 200 Datenpaketen wurden insgesamt ca. 4.500 Daten- und Dokumentationsfiles übermittelt. Für die Evaluationsforschung nach § 6c des SGB II hat der Bereich einen eigenen Vertrag mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Datenbereitstellung abgeschlossen.

Im Vorfeld wurden hierzu intensive Recherche- und Erschließungsarbeiten durchgeführt sowie die Auftragnehmer der § 6c-Felder datentechnisch beraten.

Gemeinsam mit den anderen Servicebereichen am IAB hat der Bereich die Arbeiten am Projekt „Integrierte interne Services im IAB“ (ISI) aufgenommen. Ziel des Projektes ist es, die Datenbasis der Servicebereiche des IAB zusammenzuführen und weiterzuentwickeln, um so die Qualität der Geschäftsdaten und die Steuerung des IAB zu optimieren.

Schließlich wurde gemeinsam mit dem IT-Systemhaus der BA begonnen, Möglichkeiten zur Optimierung des IT-Service für das IAB auszuloten. Ziel des Projektes ist es, die Zusammenarbeit im IT-Bereich zu verbessern und zu prüfen, ob das Projekt in die Linienorganisation des IT-Systemhauses zu integrieren ist.

Der Bereich ITM wird seit Herbst 1997 von Dr. Jürgen Passenberger geleitet. ■



Dr. Jürgen Passenberger

erste Reihe v.l.n.r.:

Maria Gaworek
 Gabriele Birnthaler
 Renate Oyen
 Sonja Heinlein
 Liane Holler

zweite Reihe v.l.n.r.:

Judith Bendel-Claus
 Marianne Hoffmann
 Friedrich Riedel
 Albert Endreß
 Petra Wagner
 Ursula Georgoulas
 Christl Lobinger
 Ulrike Kress
 Georgine Stenglein

nicht im Bild:

Jutta Deuerlein
 Jörg Paulsen
 Monika Pöllot
 Brigitte Rosenecker



Wissenschaftler innerhalb und außerhalb des IAB, aber auch Politik und Fachöffentlichkeit sind auf die systematische Sammlung und Bereitstellung wissenschaftlicher Informationen über den Arbeitsmarkt angewiesen. Der Servicebereich Dokumentation und Bibliothek erfüllt diese Aufgabe, indem er Informationen aus Forschung und Literatur beschafft, auswählt, strukturiert und verdichtet. Die Dokumentationsdatenbanken sind an der ganzen Breite des Arbeitsmarktgeschehens ausgerichtet.

Die Bibliothek erfüllt darüber hinaus Aufgaben bei der Literaturversorgung der BA. Neben IAB und BA kann auch die interessierte Öffentlichkeit auf die Angebote der Dokumentation und der Präsenzbibliothek zurückgreifen.

Die datenbankbasierten Informationsdienste des Bereichs erfüllen einerseits eine Transferfunktion, indem sie anwendungsbezogen aufbereitete Forschungsergebnisse zu aktuellen Themen an ein breiteres Publikum vermitteln. Andererseits tragen sie zur wissenschaftlichen Effizienz innerhalb und außerhalb des IAB bei. Sie erleichtern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, ihr berufliches Umfeld zu beobachten, dessen Erträge in den eigenen Forschungsprozess zu integrieren und Doppelarbeit zu vermeiden.

Elektronische Publikationsformen gewinnen dabei gegenüber den konventionellen Medien immer mehr an Gewicht. Die IAB-Bibliothek trägt dem durch einen konsequenten Ausbau der Lizenzierung online verfügbarer wissenschaftlicher Fachzeitschriften Rechnung. So konnte dieses Angebot wesentlich erweitert werden – sowohl hinsichtlich der Zahl von Titeln als auch hinsichtlich des Umfangs verfügbarer Jahrgänge. Für etwa 150 der wichtigsten Zeitschriftentitel gibt es mittlerweile eine Lizenz, die auch den aktuellen Jahrgang umfasst. Insgesamt stehen über 2000 Online-Lizenzen zur Verfügung.

Neben den Volltext-Journals wird auch das Angebot intern verfügbarer Referenzdatenbanken immer mehr erweitert. Im Jahr 2006 sind u.a. die CSA Sociological Abstracts und die wirtschaftswissenschaftliche Literaturdatenbank EconLit hinzugekommen.

Die IAB-Literaturdatenbank LitDokAB – Bestandteil des Informationssystems proARBEIT – wird ständig erweitert und aktualisiert. Zusätzlich wurde die Möglichkeit individueller Push-Dienste geschaffen, die im monatlichen Turnus über thematisch relevante Neuauflagen aus Bibliothek und Literaturdatenbank informieren und zur Relevanzbewertung nach Art der Veröffentlichung sortiert sind - etwa SSCI-Journals, sonstige referierte Zeitschriften oder Discussion Papers.

Das webbasierte Angebot der IAB Info-Plattform hat große Resonanz gefunden und wurde um weitere Informationssammlungen ergänzt. Einige davon wurden kurzfristig in Reaktion auf die aktuelle politische Debatte konzipiert. Dazu zählen u. a. die Themen „Kombilohn“, „Gewinn- und Kapitalbeteiligung von Beschäftigten“, „EU-Dienstleistungsrichtlinie“, „Mehr Beschäftigung durch weniger Kündigungsschutz?“. Darüber hinaus werden IAB-Veranstaltungen durch IABInfoSpezial begleitet, aktuell z.B. die Workshops „Arbeitsmärkte und Mobilität“ sowie „Arbeit und Fairness“. Die der Informationsplattform zugrunde liegende Technik wird mittlerweile auch an anderer Stelle genutzt. Zum Beispiel vom Forschungsdatenzentrum der BA im IAB, das sie zur Darstellung der Publikationen einsetzt, die auf Grundlage der FDZ-Daten entstanden sind.

Schließlich unterstützt der Servicebereich die Forscherinnen und Forscher des IAB im Prozess wissenschaftlichen Publizierens durch die Bereitstellung von Daten, die der Bewertung wissenschaftlicher Zeitschriften dienen können. Die dafür aufgebaute Datenbank ist durch die Integration weiterer



Ulrike Kress

Zeitschriftenratings und Zeitschriftenrankings erheblich gewachsen. In diesem Aufgabenfeld angesiedelt sind auch bibliometrische Analysen, die zur vergleichenden Bewertung der Publikationsleistung des IAB und deren Wahrnehmung in der Scientific Community beitragen.

Der Bereich ging in seiner jetzigen Form und Aufgabenverteilung Anfang 2004 aus dem alten Bereich „Information und Dokumentation“ hervor. Zu diesem Zeitpunkt übernahm Ulrike Kress die Leitung, die sie bis heute innehat. Bei der Umstrukturierung der übrigen Organisationseinheiten der BA im Nürnberger Verwaltungszentrum wurden Aufgaben und Personal von drei weiteren Bibliotheken übernommen. ■

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte



v.l.n.r.:
Sandra Scholz
Dr. Peter Kupka
Dr. Susanne Koch

Das IAB erforscht den Arbeitsmarkt gemäß seines gesetzlichen Auftrages, der im SGB III (§ 282) und SGB II (§ 55) definiert ist. Hervorgehoben wird in beiden Rechtskreisen die herausragende Bedeutung der Evaluationsforschung. Entsprechend umfassend und differenziert sind die einschlägigen Projekte, inhaltlich wie methodisch. Evaluationsforschung wird im IAB von vielen Forschungsbereichen betrieben.

Die Aufgabe der Stabsstelle „Eval“ ist es, diese Forschungen und ihre Ergebnisse transparent zu machen und zu bündeln, Forschungslücken zu identifizieren und Impulse für neue Forschungsprojekte zu setzen. Darüber hinaus ist Eval der zentrale Ansprechpartner für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die BA. Eval sorgt für die Abstimmung des Forschungsprogramms und stellt steuerungsrelevante Informationen bereit. Hinzu kommen ebenfalls institutionalisierte Kontakte zu anderen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituten, insbesondere zu denen, die an Forschungsprojekten des BMAS beteiligt sind.

Zu den Aktivitäten von Eval gehört auch die Organisation von Konferenzen und Workshops zur Evaluationsforschung für unterschiedliche Zielgruppen. So wurde im Jahr 2006 ein Workshop zu den Zwi-

schenergebnissen der Hartz-Evaluation für Mitglieder der Selbstverwaltung veranstaltet und eine wissenschaftliche Konferenz zum Stand der Evaluationsforschung in Deutschland durchgeführt. Auf großes Interesse bei den Führungskräften der Arbeitsagenturen stößt regelmäßig ein zusammen mit der Führungsakademie der BA organisierter Workshop, bei dem aktuelle Forschungsergebnisse aus dem IAB vorgestellt und mit Praktikern diskutiert werden. Auf diese Weise wird der Dialog zwischen IAB und Arbeitsagenturen erheblich verbessert.

Im Bereich der SGB II-Forschung vertritt Eval das IAB gegenüber den Forschern im Forschungsverbund zur Experimentierklausel (§ 6c SGB II) und dem zugehörigen Arbeitskreis „Evaluation“ der Länder. Dadurch ist eine möglichst enge Verzahnung i. S. des Forschungsauftrags nach § 55 SGB II gewährleistet, die Synergien erzeugt und Doppelforschungen zu vermeiden hilft.

Über die Koordinationsaufgabe in der Evaluationsforschung hinaus stellt Eval mit den Projektmitarbeitern in den Stützpunktagenturen (ProLAB) selbst Ressourcen für die Wirkungsforschung bereit. Die ProLAB kommen in zahlreichen Forschungsprojekten des IAB zum Einsatz, insbesondere bei Implementationsanalysen. Mit ihren umfassenden und speziellen Kenntnissen über die BA und dem einzigartigen Feldzugang in den Arbeitsagenturen können die ProLAB den Wissenschaftlern wichtige Hintergrundinformationen geben. Durch die Anbindung an die Agenturen besitzen die ProLAB Zugang zu agenturspezifischen Informationen und Fachverfahren. Hierbei können sie neben den formellen Informationskanälen auch ihre persönlichen Kontakte nutzen. Ihre Ausbildung und Berufserfahrung versetzt sie in die Lage, die Fachverfahren der BA intensiv auszuwerten und so für jedes Forschungsprojekt die benötigten Informationen und Daten gezielt bereitzustellen. Mit ihren Kontakten vor Ort können sie für jede Arbeitsmarktfrage rasch

den entsprechenden Feldzugang schaffen. Zugleich sind die ProlAB durch ihre Zugehörigkeit zum IAB mit den Forschungsinhalten des Instituts vertraut. Sie beherrschen die für Arbeitsmarktfragen relevanten Rechentechniken und haben große Erfahrung im Führen von Experteninterviews.

Ohne die ProlAB wären viele Forschungsdesigns nicht oder nur mit erheblich größerem Aufwand durchführbar. Insgesamt hat das IAB deshalb v. a. dort einen großen Wettbewerbsvorteil, wo es um Detailkenntnisse der Arbeit in den regionalen Einheiten und einen schnellen und direkten Zugriff auf die dort verfügbaren Informationen geht.

Schließlich übernimmt Eval wichtige Aufgaben bei der Forschungsplanung des IAB. So koordiniert und organisiert der Bereich die interne Qualitätssicherung neu angemeldeter Forschungsprojekte. Die AG Projektbegutachtung, die mit der internen Qualitätssicherung befasst ist, wird von Eval betreut und gegenwärtig von Dr. Peter Kupka geleitet. Die Arbeitsgruppe, in der die Forschungsbereiche, Stabsstellen und die wissenschaftliche Leitung vertreten sind, hat seit Februar 2006 mit internen und ex-



Dr. Susanne Koch

ternen Experten ein Begutachtungsverfahren erarbeitet und im Institut verankert, das alle wissenschaftlichen Kriterien erfüllt.

Gegründet wurde die „Koordination der Evaluationsforschung“ mit dem Aufbau der SGB II-Forschung im IAB Mitte 2005 und wird seitdem von Dr. Susanne Koch geleitet. ■

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte



Projektmitarbeiter/innen in den Stützpunktagenturen:
v.l.n.r.:

Norbert Schön (Berlin Nord)
Ulrike Büschel (Schwerin)
Detlef Güttler (Bonn)
Elke Lowien-Bolenz (Düsseldorf)
Volker Daumann (Kiel)
Rainer Cofalka (Göppingen)
Otfried Steinmeister (Hannover-Garbsen)
Christine Hense (Halle)
Werner Eichinger (Landshut)

nicht im Bild:

Gerhard Geier (Bamberg)
Albert Stichter-Werner (Saarbrücken)

erste Reihe v.l.n.r.:

Katrin Neumeier
Annette Arnold
Claudia Baur
Barbara Wünsche
Norbert Schauer

zweite Reihe v.l.n.r.:

Wolfgang Lorenz
Karin Elsner
Birgit Steffen
Gertrud Steele
Elisabeth Roß
Kristina Greb
Michael Stops
Cornelia Fritsch
Myriam Batteiger
Klaus Hilles

nicht im Bild:

Anke Feise



Die Geschäftsleitung Personal und Haushalt ist für die Bereiche Personal, Haushalt und Kontraktmanagement, Recht (Justizariat) sowie Veranstaltungsmanagement verantwortlich. Im Jahr 2006 wurden zusätzlich zum Tagesgeschäft mehrere größere Projekte in Angriff genommen und realisiert. Zu diesen Projekten zählt z. B. das neue Personalentwicklungskonzept, das modernen Standards des Wissenschaftsmanagements entspricht. Wichtig war auch die Gestaltung neuer Tätigkeits- und Kompetenzprofile für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts als Basis für ein neues Tarifsysteem, die Schaffung einer dauerhaften Finanzierungsgrundlage auch für die neuen Forschungsbereiche des IAB sowie die erstmalige Umsetzung eines monetären Leistungsprämienmodells.

Ziel des neuen Personalentwicklungskonzepts für wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist deren kontinuierliche Förderung. Hierfür wird der Bildungsbedarf bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern regelmäßig ermittelt und Fördermöglichkeiten und Weiterbildungsangebote abgestimmt. Die zur Verfügung stehenden Qualifizierungsmodule sind durchaus vielfältig: Sie reichen von Schulungen im IAB oder der BA über die Teilnahme an internationalen Fortbildungen

wie Summer Schools bis hin zu Sabbaticals zur Förderung wissenschaftlicher Qualifikationen. Im Jahr 2006 wurde ein erster Sabbaticalaufenthalt in Harvard (USA) für Habilitationsarbeiten organisiert.

Die Geschäftsleitung Personal betreut zudem das Graduiertenprogramm des IAB, mit dem gezielt talentierte Nachwuchswissenschaftler gefördert werden (S. 66 ff.).

Für die habilitierten Führungskräfte im IAB soll die Verknüpfung von Forschung und Lehre gefördert und eine direkte Verbindung zur universitären Landschaft gehalten und gestärkt werden. Dafür wurden Kooperationsvereinbarungen zur Einrichtung von Stiftungsprofessuren mit den Universitäten Bamberg und Erlangen-Nürnberg abgeschlossen.

Eine weitere Herausforderung war die Anpassung des IAB an das neue Tarifsysteem der Bundesagentur für Arbeit. Zahlreiche Nachjustierungen am Status Quo mussten vorgenommen werden. Das neue Bezahlungssystem wendet sich vom Lebensalterprinzip ab; Leistungs- und Ergebnisorientierung sind nun die bestimmenden Faktoren. Insgesamt sieht das Konzept nun acht Entgeltgruppen vor. Anhand der erstmalig für jeden Dienstposten erstellten Tätigkeits- und Kompetenzprofile wurde

für jeden Mitarbeiter die erforderliche Zuordnung getroffen. Die Funktionsstufen, Entwicklungsstufen und die leistungsbezogenen Bezahlungselemente sind zusätzliche wichtige Bausteine für eine flexiblere und stärker leistungsbezogene Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Erstmals konnte im Jahr 2006 den Leistungsträgern des IAB als Anerkennung eine monetäre Prämie gezahlt werden. Kriterien für die Auszahlung der Prämien waren u. a. wissenschaftliche Exzellenz, übergreifendes Engagement für das Institut, Mut in internen Auseinandersetzungen und im souveränen Umgang mit der Öffentlichkeit sowie die Stärkung des Instituts durch dauerhaft hervorragende Basisarbeiten.

Im Bereich Personal geht es auch darum, für die Forschungs- und Servicebereiche sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine planbare Arbeitsgrundlage zu schaffen – etwa durch die Schaffung einer dauerhaften Finanzierungsbasis auch für neu eingerichtete Stellen. So wurde im Jahr 2006 für das Forschungsdatenzentrum nach erfolgreicher Evaluation durch den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten eine dauerhafte Finanzierung durch die Bundesagentur für Arbeit gesichert. Auch im Rahmen der SGB II-Forschung sind ab 2007 unbefristete Planstellen vorhanden. Damit besteht auch in diesem Bereich die Möglichkeit eines „tenure track“, also einer späteren Entfristung bei Vorliegen definierter Erfolgskriterien.

Zudem wurde die Organisation vieler wichtiger Veranstaltungen im Jahr 2006 professionell unterstützt. Wichtige internationale Konferenzen, die vom Verwaltungsmanagement organisatorisch betreut wurden, waren beispielsweise die „Conference on the Analysis of Firms and Employees“ und der Workshop „Evaluation of Passive and Active Labour Market Policies for the Long-Term Unemployed and Social Benefit Recipients“.



Claudia Baur

Die Bereiche Haushalt und Kontraktmanagement sowie Justizariat trugen im abgelaufenen Jahr maßgeblich zu einer kontinuierlichen, rechtlich abgesicherten Arbeit des Instituts bei.

Der Bereich wurde mit der Umstrukturierung des Instituts zum 01.01.2004 eingerichtet. Die Leitung hat seitdem Claudia Baur. ■

Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

Geschäftsleitung Controlling und Qualitätsmanagement

v.l.n.r.:

Markus Janser
Angela Koller
Dr. Jürgen Passenberger
Thorsten Hühn



Wissenschaftliche Organisationen stehen heute – wie andere Organisationen auch – vor der Herausforderung, ihre Arbeit kontinuierlich zu erfassen und für vielfältige Zwecke zu dokumentieren. Insbesondere große Forschungsinstitute wie das IAB sind auf ein systematisches und transparentes Berichtswesen angewiesen. Es leistet einen wesentlichen Beitrag zur Steuerung des Instituts und seiner Forschungsbereiche, erleichtert die Planung der Forschungsarbeiten und trägt zur Qualitätssicherung der Ergebnisse bei.

Die Hauptaufgaben des Bereiches Geschäftsleitung Controlling und Qualitätsmanagement (GfC) liegen im betriebswirtschaftlichen und wissenschaftsorientierten Controlling sowie in der Optimierung der Geschäftsprozesse des IAB. Der Bereich trägt Mitverantwortung für eine effiziente Aufgabenerledigung und für die Umsetzung der geschäftspolitischen Ziele in den einzelnen Forschungs- und Servicebereichen. Durch intensiven Austausch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen des Instituts verfügt er über einen Informationsvorsprung, mit dem er die Institutsleitung vorausschauend beraten und unterstützen kann.

Das IAB hat in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Maßnahmen sein Profil geschärft und seine Arbeitsabläufe optimiert. Das „wissenschaftsorientierte Controlling im IAB“ umfasst heute ein Bündel von Prozessen und Instrumenten, die den Steuerungsprozess unmittelbar unterstützen (*Abbildung*). Zentrales Werkzeug ist das webbasierte Informationssystem *IABaktiv*. Dort aktualisieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Informationen u.a. zu neuen Veröffentlichungen und Vorträgen. Aber auch Beratungsleistungen und weitere Kerntätigkeiten werden von den Bereichen an das Controlling gemeldet und von dort aus für die unterschiedlichen Zielgruppen aufbereitet.

Daneben werden alle laufenden Forschungsprojekte erfasst, ausführlich dokumentiert und der Projektverlauf abgebildet.

Die Leistungs- und Projektdaten werden institutsweit sichtbar gemacht. Die Führungskräfte sowie alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erhalten regelmäßig Controlling-Informationen über ihren eigenen und über andere Bereiche. Dieses Berichtswesen bildet das Rückgrat aller Controllingprozesse im IAB. Neben der Einführung einer internen Quartalsberichterstattung wurde ein standardisiertes Berichtsportfolio

aufgebaut, das für unterschiedliche Zwecke schnell und flexibel angepasst werden kann – sei es für Evaluationszwecke oder die Rechenschaftsberichte an die Bundesagentur für Arbeit oder das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Ein Schwerpunkt der Arbeit von GfC war die Betreuung der von der Institutsleitung in Auftrag gegebenen Analyse der internen Organisation des IAB. Dabei wurde eine Vielzahl von Maßnahmen vorgeschlagen. Die Umsetzung der Arbeitspakete soll von GfC begleitet werden.

Damit die Service- und Geschäftsleitungsbereiche möglichst effizient arbeiten können, entwickeln GfC und ITM derzeit eine integrierte IT-Infrastruktur (IISI) für alle Servicebereiche. Diese soll bald den Zugriff auf die gemeinsamen Geschäftsdaten erlauben und gleichzeitig die Anforderungen der einzelnen Bereiche berücksichtigen.



Dr. Jürgen Passenberger

Vorgesehen sind dabei einfache Anpassungen an IABaktiv, aber auch die Prüfung komplexer Customer-Relationship-Management-Lösungen. ■



Näheres zu den Projekten des Bereiches unter www.iab.de/iab/projekte

